

WIR SIND

40



12.300 Einwohner – 7 Gemeinden – eine Verwaltung

Immer in Bewegung

**Rechtsverordnung
zur Neugliederung der Gemeinden
im Landkreis Rhön-Grabfeld**

vom 12. April 1976

Auf Grund der Art. 11 und 12 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern, der Art. 3, 4 und 5 des Ersten Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 247) und des Art. 5 des Zweiten Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung vom 15. Dezember 1971 (GVBl S. 450), jeweils geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1975 (GVBl S. 413), erläßt die Regierung von Unterfranken folgende Rechtsverordnung:

1. Teil: Neugliederung

1. Abschnitt: Eingemeindungen und Gemeindeneubildungen

•
•
•

§ 24

Es wird eine Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale mit dem Sitz in Bad Neustadt a. d. Saale gebildet. Sie umfaßt folgende Mitgliedsgemeinden:

- a) die Gemeinde Burglauer; § 9 Abs. 3 der Rechtsverordnung der Bayerischen Staatsregierung zur Änderung von Grenzen der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte vom 12. März 1976 (GVBl S. 37) bleibt unberührt,
- b) die Gemeinde Hohenroth,
- c) die Gemeinde Niederlauer,
- d) die Gemeinde Rödelmaier,
- e) die Gemeinde Salz,
- f) die Gemeinde Strahlungen und
- g) die Gemeinde Schönau a. d. Brend.

•
•

§ 32

(1) Diese Rechtsverordnung tritt am 1. Mai 1978 in Kraft.

**Würzburg, 12. April 1976
Regierung von Unterfranken**

**Meyer
Regierungspräsident**



Unsere ersten Bürgermeister



Unser VG-Personal

INHALT

Vorwort	5	Interkommunale Zusammenarbeit	
Die Gemeindegebietsreform vom 01.05.1978			
• Bericht von Herrn Johann Böhm	8	• Der Vorsitzende der NES-Allianz im Interview	62
• Die Gemeindeverwaltung vor der Gebietsreform	9	• Interkommunale Zusammenarbeit der VG	63
• Die Gemeindegebietsreform am Beispiel der Gemeinden Burgwallbach und Schönau	12		
Die Verwaltungsgemeinschaft „Damals – heute“		Die Gemeinden mit Ortsteilen/Weiler	
• Die Männer der ersten Stunde	14	• Burglauer	65
• Der Geschäftsstellenleiter Karl Hemmert	18	• Hohenroth mit Leutershausen und Windshausen	68
• Die Gemeinschaftsversammlung	19	• Niederlauer mit Ober- und Unterebersbach	71
• Wie hat sich Verwaltungsarbeit und Kommunalpolitik verändert	20	• Rödelmaier	74
• Der Standort der VG-Geschäftsstelle	24	• Salz	76
• Einführung EDV	26	• Schönau a. d. Brend mit Burgwallbach	79
• Gemeinderat Gerhard Müller im Interview	28	• Strahlungen mit Rheinfeldshof	82
• Meilensteine 1978 – 2018	31		
• Die VG und ihre Mitarbeiter	33		
• Entwicklung der VG Bad Neustadt	53		
• Die VG und ihre Bürgermeister	54		
• Gewerbetreibende der VG-Mitgliedsgemeinden im Interview	56		
• Wir gedenken unserer verstorbenen Kollegen	58		
• Bauentwicklung in den VG Mitgliedsgemeinden	59		
• Schlagzeilen aus der Presse	60		
Ausblick			
• Eine Einschätzung der Anforderungen an die Kommunalverwaltung der nächsten Jahre	85		
• 7 Bürgermeister – 7 Themen – 7 Visionen	89		

VORWORT

Ein Erfolgsmodell feiert Jubiläum

Als im Mai vor vierzig Jahren – eigentlich waren die politischen Entscheidungen hierzu schon deutlich früher gefallen – die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt offiziell ihren Verwaltungsbetrieb aufnahm, konnte noch niemand ahnen, dass dieses Konstrukt vier Jahrzehnte später aus dem Verwaltungstagsalltag der sieben Gemeinden nicht mehr wegzudenken ist, und ein Erfolgsmodell werden wird.

Es war für die politisch Verantwortlichen der selbständigen Gemeinden Burglauer, Hohenroth (mit Leutershausen und Windshausen) Niederlauer (mit Ober- und Unterebersbach) Rödelmaier, Salz, Schönnau a. d. Brend (mit Burgwallbach) und Strahlungen damals sicher nicht einfach, die Organisation der gemeindlichen Verwaltung u. a. mit Kasse und Standesamt aus der eigenen Verantwortung und in „fremde“ Hände zu geben. Vorbehalte – so hört man heute noch von Älteren – waren durchaus vorhanden, zumal ja auch noch die Nachbargemeinden von den gleichen Mitarbeitern betreut wurden.

Gleichzeitig war aber auch das Vertrauen vorhanden, dass die handelnden Personen, insbesondere die Geschäftsleitung und die Mitarbeiter, die Verwaltungsangelegenheiten der Kommunen ohne Unter-

schied erledigen würden.

Dieses Vertrauen wurde, so kann rückblickend festgestellt werden, nicht enttäuscht.

Ein Grund hierfür ist sicherlich die Kontinuität in der Geschäftsleitung, die durch die beiden Leiter Verwaltungsrat Karl Hemmert (1978 bis 2003) und Verwaltungsrat Bernhard Rösch (2004 bis 2018) gewährleistet wurde.

Ohne das harmonische Vertrauensverhältnis der sieben beteiligten Kommunen untereinander, vertreten durch die sieben ersten Bürgermeister, wäre dieser Erfolg jedoch nicht möglich geworden. Mittlerweile 21 Bürgermeister haben inzwischen Einfluss auf die Arbeit der Verwaltung genommen, gleichzeitig aber auch durch den gegenseitigen Respekt untereinander dafür gesorgt, dass die Verwaltungsarbeit in den vergangenen vierzig Jahren ohne größere atmosphärische Störungen ablaufen konnte.

Darüber hinaus waren die politischen Entscheidungsträger jederzeit offen, auf Veränderungen in Verwaltungsabläufen, sei es in organisatorischer oder technischer Hinsicht, einzugehen. So wurde jederzeit großer Wert darauf gelegt, die personelle Ausstattung den Bedürfnissen der Gemeinden anzupassen.

Aus den ursprünglich 15 Stellen ist die VG inzwischen auf 35 Stellen angewachsen. Das gute Arbeitsumfeld wird durch eine extrem niedrige Fluktuation bestätigt.

Die politisch Verantwortlichen und die Geschäftsleitung sorgen dafür, dass auch die technische Ausstattung der IT immer auf den neuesten Stand gehalten wird.

So können wir sicher sein, dass die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt auch für die künftigen Herausforderungen der nächsten Generation gerüstet ist. Damit wird das Hauptziel erreicht, eine moderne Verwaltung für die über 12.000 Bürgerinnen und Bürger der sieben Mitgliedsgemeinden zu sein.



Richard Knaier

Gemeinschaftsvorsitzender

GRUSSWORTE

Verwaltungsgemeinschaft – ein selbsterklärendes Wort: „Gemeinschaftlich verwalten“. Für die sieben Mitgliedsgemeinden und für die politisch Verantwortlichen bedeutete das bei der Gründung der VG 1978 Neuland. Zum einen hatte man jetzt eine fachlich professionelle Verwaltung, zum anderen musste man sich diese mit anderen teilen. Gespannt, ob das funktioniert, werden sich manche gedacht haben. Und? Es hat bei unserer Verwaltungsgemeinschaft bis heute nahezu reibungslos funktioniert.

Warum ist das so? Die Bürgermeister und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger haben sehr schnell den Wert von Fachleuten in der Kommunalverwaltung gespürt. Die Bürgermeister, weil sie nun tagtäglich direkten Zugriff auf Verwaltungsfachleistungen zur rechtssicheren Gestaltung ihrer politischen Arbeit hatten. Die Bürgerschaft, da sie für persönliche und rechtliche Fragen unmittelbare Ansprechpartner in der eigenen Gemeindeverwaltung vorfanden und darüber hinaus fundierte und schnelle Dienstleistungen wohnortnah in Anspruch nehmen konnten.

Diese Wertstellungen drücken gleichzeitig, vom Beginn bis heute, den Anspruch der Geschäftsleitung und der Mitarbeiter für ihre eigene Tätigkeit aus. Unsere Verwaltung ist ein Geschäftsmodell, mit hochqualifiziertem Personal in zahlreichen Tätigkeitsfeldern, welche durch die gemeinsame Nutzung wirtschaftlich

und effektiv für sieben Gemeinden mit 12.300 Einwohnern eingesetzt wird. Fachliches Können der Mitarbeiter ist die eine Seite. Ebenso wichtig ist uns, persönliche Kompetenz, Empathie und Wertschätzung an den Tag zu legen. Diese Einstellungen sind nicht nur uns als Verwaltungsleute, sondern auch unseren Bürgermeistern ganz persönlich wichtig, so dass wir gemeinsam seit Jahrzehnten eine enorme Schlagkraft an den Tag legen können.

Die Aufgaben der Kommunalverwaltung sind seit Gründung der Verwaltungsgemeinschaft um ein Vielfaches gewachsen. Den Anforderungen konnten wir durch hochmotiviertes Personal, kontinuierliche Verstärkungen, stetige eigene Ausbildung sowie durch den Einsatz moderner technischer und organisatorischer Hilfsmittel Rechnung tragen. Gleichzeitig hatten wir keine nennenswerte Personalfloktuation, so dass die „Räder“ immer gut ineinander gegriffen haben und unsere VG stets gut „in Fahrt“ bleiben konnte. Weitere Bedeutung hatten klare politische Zielsetzungen und Entscheidungen, verbunden mit einem straffen Umsetzungswillen. Eine geschlossene und sehr dynamische Mannschaftsleistung auf die wir stolz sind.

Mein Dank gilt allen meinen Kolleginnen und Kollegen für ihren Fleiß, ihrer gegenseitigen Wertschätzung und auch für ihre innovativen Kräfte in den vergangenen 40 Jahren. In gleicher Weise danke ich unseren

Bürgermeistern und der Bürgermeisterin für ihr Vertrauen, für ihre konsequente, wie auch effektive politische Haltung und für die überaus gute Zusammenarbeit.

Für die kommenden Jahre wünsche ich das fortwährende Gelingen, Veränderungen und neue Möglichkeiten rechtzeitig zu erkennen und darauf mit Bedacht, aber konsequent für eine weitere erfolgreiche Zeit in guter Zusammenarbeit einzugehen.



Bernhard Rösch

Dipl. Verwaltungswirt (FH),
Betriebswirt BVS
Geschäftsstellenleiter

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zum 1. Mai 1978 wurde die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale mit den Gemeinden Burglauer, Hohenroth, Niederlauer, Rödelmaier, Salz, Schönau a. d. Brend und Strahlungen, ebenso wie zahlreiche andere Verwaltungsgemeinschaften in Bayern gegründet.

Das Besondere an der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale war und ist, dass im Zuge dieser Gründung zwei Gemeinden aus dem Landkreis Bad Kissingen, nämlich Burglauer und Strahlungen, in unseren Landkreis umgegliedert wurden.

Die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale ist eine Erfolgsgeschichte. Die kommunalen Aufgaben und die Angelegenheiten der Einwohner werden dort – so wie es damals Ziel der bayerischen Staatsregierung war – in bestmöglicher Weise erfüllt und bearbeitet. Die Führung der Verwaltungsgemeinschaft hat zu jeder Zeit größten Wert auf ein hohes Qualitätsniveau gelegt und immer das öffentliche Wohl im Blick. Die erfolgreiche Entwicklung der Mitgliedsgemeinden und die sehr gute Dienstleistung für alle Bürgerinnen und Bürger zeigen die ausgezeichnete Arbeit der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale.

Ich bedanke mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale unter der bewährten Führung von Herrn Karl Hemmert in der Zeit vom 01.05.1978 bis zum 31.12.2003 und Herrn Bernhard Rösch seit 01.01.2004.



Ihr

Thomas Habermann

Landrat

DIE GEMEINDEGEBIETSREFORM

VOM 01.05.1978



Von Herrn Landtagspräsident und MdL a. D. Johann Böhm

Anfang der siebziger Jahre verantwortlicher Juristischer Staatsbeamter am Landratsamt Bad Neustadt a. d. Saale

„Gebietsreform“: Das war eine der meistdiskutierten staatlichen Zielsetzungen zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Es ging darum, die Bezirke, Landkreise und Gemeinden neu zu ordnen. Das Thema erhielt die Gemüter.

Die Neuabgrenzung der sieben bayerischen Bezirke ging freilich relativ reibungslos über die Bühne. Es wurde ja kein einziger Bezirk aufgelöst; somit ging kein Präsidentenposten verloren, die Bezirkstage blieben alle erhalten, die Bezirkshauptstädte wurden nicht in Frage gestellt.

Die Landkreisreform dagegen war schon heiß umkämpft. Rund die Hälfte der Kreise verlor die Selbstständigkeit; sie wurden Nachbarn angegliedert oder mit anderen zu neuen Kreisen zusammengelegt. Da fielen viele Posten für Mandatsträger weg, da verloren viele Städte das Attribut „Kreisstadt“, da mussten

Kreisbedienstete an einen anderen Dienstort überwechseln, da wurden die Wege vieler Bürger zu „ihrem“ Landratsamt weiter.

Aber Bezirke und Landkreise sind letztlich eher Verwaltungseinheiten, nicht „ursprüngliche“ Körperschaften wie Gemeinden. Jeweils auf dem Wege der Gesetzgebung (Bezirke) oder des Verordnungserlasses (Landkreise) – also zentral für samt Bayern – wurde 1972 die neue Struktur festgelegt. Bei uns wurde aus den Landkreisen Bad Neustadt, Mellrichstadt und Königshofen der „Landkreis Rhön-Grabfeld“; ergänzt wurde dieser durch das Gebiet der Gemeinde Strahlungen. 1978 kam noch das Gebiet der Gemeinde Burglauer hinzu.

Die Gemeinden haben – im Unterschied zu Bezirken und Landkreisen – hohen Verfassungsrang. Sie sind „ursprüngliche Gebietskörperschaften“; sie „bilden die Grundlagen des Staates“, wie die Gemeindeordnung sagt. Der Staat darf sie umbilden, darf die eine oder andere auflösen, er kann die Gemeinden aber nicht abschaffen. Mit ihnen muss er sehr behutsam umgehen. Deshalb war jede Bezirksregierung im Zuge der Gebietsreform gehalten, von Fall zu Fall zu prüfen, welche Lösung die verfassungsrechtlich Gebotene sein kann.

Die Fülle der Aufgaben, die eine Gemeinde zu bewältigen hat, hatte in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen. Vor allem Kleinstgemeinden waren dadurch über-

fordert. Da die Aufgaben auch anspruchsvoller wurden, war zu ihrer Erledigung qualifiziertes Personal notwendig. Zwangsläufig mussten die Gemeinden daher größer und leistungsfähiger werden. Vor diesem Hintergrund war die Reform der Gemeinden notwendig und daher verfassungsrechtlich zulässig, ja geradezu geboten.

Wo lag die Mindestgröße? In etlichen Bundesländern sah man diese bei wenigstens 5.000 – teilweise auch bei 10.000 Einwohnern. Einheiten hoher Größenordnung konnte man – so argumentierten wir in Bayern – nicht nur dadurch erreichen, dass man Kleingemeinden die Eigenständigkeit nahm und sie zu Einheitsgemeinden zusammenschloss. Man konnte aber auch Gemeinden mit etwa 1.000 bis 1.200 Einwohnern selbstständig belassen und sie zu Verwaltungsgemeinschaften (Eigenständigkeit der Mitglieder im sog. „eigenen Wirkungskreis“, aber gemeinsame Verwaltungsstelle für die staatlich verordneten Aufgaben) zusammenfügen.

In Bayern setzte man auf die zweite Alternative. Deshalb gibt es heutzutage viele Verwaltungsgemeinschaften. Eine davon ist die VG Bad Neustadt. Diese hat sich geradezu zu einem Musterbeispiel entwickelt.

*Johann Böhm
Landtagspräsident und MdL a. D.*

DIE GEMEINDEVERWALTUNG

VOR DER GEBIETSREFORM AM BEISPIEL DER GEMEINDE SALZ

Von Christa Volkheimer, Gemeindebedienstete in der Gemeinde Salz

Die Tätigkeiten und Verwaltungsaufgaben in den früheren 12 kleinen Rathäusern, unserer (nach den Gebietsreformen 1972 und 1978) jetzigen 7 selbständigen Gemeinden hat sich seit Gründung der Verwaltungsgemeinschaft grundlegend verändert.

Ich weiß noch, dass sich früher in meiner Heimatgemeinde Salz die Gemeindekanzlei im Obergeschoß der Dorfwirtschaft gegenüber der Kirche befand. Sie bestand aus einer Amtsstube im Obergeschoss. Dort kümmerte sich der ehrenamtliche Bürgermeister (diesen Begriff gibt es erst seit etwa 1880 = von den Bürgern bestellter Meister) um die Anliegen der Mitmenschen und erledigte die notwendigen Aufgaben für die landwirtschaftlich geprägte Gemeinde. Der Bürgermeister hielt dort seine Amtsstunden ab, in denen die Bürgerinnen und Bürger ihre Anträge und Wünsche vorbrachten. Diese legte er, falls notwendig, den Gemeinderäten (Frauen im Gemeinderat gab es damals noch nicht) zur Entscheidung in der Gemeinderatssitzung vor. Der Bürgermeister war auch Standesbeamter, beurkundete die Personenstandsfälle und nahm in seiner Gemeinde die zivilrechtlichen Trauungen vor. Meist war der Bürgermeister selbst Landwirt und aus diesem Grund auch außerhalb der offiziellen Amtsstunden in dringenden Fällen gut erreichbar. Die sogenannte „gute Stube“, das Wohn-

zimmer, wurde auch in meiner Kindheit noch, nur an Sonn- und Feiertagen oder zu feierlichen Anlässen genutzt. Sie diente im Haus des Bürgermeisters auch manchmal als Amtsstube und Besprechungsraum. Ein Bürgermeister musste sich, neben seiner Tätigkeit als Landwirt, über viele rechtliche Vorschriften informieren. Das Landratsamt stand ihm zur Seite und war damals noch für viele Verwaltungstätigkeiten zuständig, die später auf die Städte und Gemeinden übergingen (z. B. Ausweis- und Passwesen).

In den Kriegsjahren stand dem Bürgermeister bereits eine schreibgewandte Frau aus dem Dorf als Gemeindeschreiberin stundenweise zur Seite. Sie übernahm die schriftlichen Angelegenheiten und verwaltete zugleich die Gemeindekasse. Nach dem Krieg übernahm diese Tä-

tigkeit als Gemeindeschreiberin späterer Bürgermeister Hermann Müller. In dieser Zeit haben auch in vielen anderen Nachbargemeinden kriegsversehrte Männer eine Tätigkeit in der Gemeinde oder öffentlichen Ämtern übernommen. Durch das „Wirtschaftswunder“, die günstige Lage zur Kreisstadt und den Zuzug von Gastarbeitern wuchs das Dorf Salz. Es siedelten sich Handwerks- und andere Gewerbebetriebe an. Dies brachte auch einige Arbeitsplätze für die Bevölkerung. In den 60er-Jahren war die Ausweisung eines Neubaugebietes am „Frauenberg“, verbunden mit einem weiteren Übergang in dieses Baugebiet erforderlich. Später vergrößerten auch einige Landwirte ihren Betrieb und siedelten Richtung Gemarkungsgrenze Strahlungen/Niederlauer aus.



Volksschule und Altes Rathaus Salz

DIE GEMEINDEVERWALTUNG

Bevölkerungswachstum - Alte Schule wird Rathaus und Standesamt

Die Aufgaben der Gemeinde wurden immer umfangreicher. Erfreulicherweise stieg mit der Bevölkerungszahl auch die Anzahl der Kinder im Dorf. Dadurch wurde 1961/62 der Neubau einer Volksschule am Centplatz (jetzt Gemeindezentrum und Rathaus) erforderlich. Die Gemeindekanzlei zog in das Erdgeschoss der alten Schule vor der Kirche (Hauptstr. 12, jetzt Pater-Gregor-Becker-Haus) um. Aus der Schule wurde das Rathaus mit einem Sitzungssaal, Gemeindekanzlei, Bürgermeisterzimmer und Kassenraum sowie einem Archiv im Erdgeschoss. Der ehrenamtliche Bürgermeister Hermann Müller, der auch gleichzeitig lange die Aufgaben des Gemeindeschreibers mit übernommen hatte sowie der ehrenamtliche Kassier der Gemeinde schieden aus Altersgründen 1972 aus. Die wachsenden gemeindlichen Aufgaben konnten nicht mehr mit ehrenamtlichen Kräften bewältigt werden. Der Gemeinderat beschloss, neben einer Kassiererin in Teilzeit auch eine hauptamtliche Gemeindeschreiberin einzustellen. Ich nahm meine Tätigkeit als Gemeindeschreiberin in meinem früheren Schulgebäude auf.

Die Tätigkeit als hauptamtliche Gemeindeschreiberin war sehr interessant und abwechslungsreich und umfasste alle Tätigkeiten, die in einer Gemeindekanzlei anfielen. Von Vorteil für die standesamtli-

chen Tätigkeiten im Rathaus war es, dass ich in der Schule im Fach „Schönschrift“ noch die alte Deutsche Schrift (Sütterlin) gelernt hatte. Standesamte gibt es in Deutschland seit 1876. Bis dahin wurden die Geburten, Eheschließungen und Sterbefällen durch die Kirchen in die Matrikelbücher eingetragen. Die alten, gebundenen Personenstandsbücher im Standesamt sowie die alphabetischen Namensverzeichnisse mussten noch mit urkundenechter Tinte mit der Hand geführt werden. Kugelschreiber (urkundenecht) war erst etwas später erlaubt. Im Rathaus mussten unzählige Formulare und Vordrucke bereitgehalten werden. Zum Schreiben stand in der Regel nur eine alte mechanische Schreibmaschine zur Verfügung, auf der man kräftig „herumhämmern“ musste. Die Sälzer Gemeinderäte dachten damals aber schon fortschrittlich und ich bekam eine moderne, elektrische, rote Kugelkopfschreibmaschine!

Die Einwohner- und Gewerbekartei sowie Friedhofskartei wurde noch in alphabetischer Reihenfolge, auf Karteikarten in einer Hängekartei geführt. Auf der Einwohnerkartei wurden alle Personendaten inkl. Adresse, Religion, Ausweisdaten, Steuerklassen, Zuzugs- und Wegzugsdaten, Eheschließung, Tod usw. vermerkt und bei Veränderungen geändert bzw. ergänzt.

Die Bevölkerung des Ortes kam zur Erledigung aller Anliegen z. B. Beantragung von Ausweisen, Lohnsteuerkarten, Bauanträgen, Renten- u.



Bürgermeister Georg Straub und Hermann Müller im Dienstzimmer des Rathauses Salz

sozialen Anträgen, standesamtliche Angelegenheiten (Anmeldung von Geburten-, Eheschließung, Sterbefälle und Urkundenausstellungen, Kirchenaustrittserklärungen sowie An- u. Abmeldungen von Personen oder gewerblichen Betrieben, Be-antragung von Mülltonnen, Hundemarken, Wasseruhren usw.) ins Rathaus im Dorf.

Als Gemeindeschreiberin musste man sich mit allen Aufgaben befassen. An der Seite des Bürgermeisters war man „Einzelkämpferin“ in der Verwaltung. Neben der Grabvergabe und Führung der Friedhofspläne gehörte auch die Mitwirkung bei der Führung der Denkmalliste zu den Aufgaben der Gemeindekanzlei. Die Wasserrechnungen mussten einzeln ¼-jährlich geschrieben werden. Die Tierseuchenbeiträge wurden anhand von Erhebungen ermittelt und verrechnet. Oft kamen auch Landwirte oder mithelfende Familienmitglieder ins Rathaus, die sich bei der Arbeit in der Landwirtschaft verletzt hatten, um die Meldung zur Berufsgenossenschaft abzugeben. Damals wurden auch noch jährlich alle Karteikarten einzeln durchgeschaut,

VOR DER GEBIETSREFORM

um die wehrpflichtigen Männer zum Eintritt in die örtliche Feuerwehr zu ermitteln und anzuschreiben. Wer keinen Dienst bei der Freiwilligen Feuerwehr leistete, musste (bis zu einem gewissen Alter) Feuerschutzabgabe nach der gemeindlichen Satzung bezahlen. Auch die Erfassung zur Bundeswehr lief über den Tisch der Gemeindekanzlei. Die Erfassung von statistischen Erhebungen direkt auf den Bauernhöfen im Dorf z. B. Bodenbenutzungserhebungen (Größe der Anbauflächen und der Feldfrüchte) und Tierzählungen gehörte ebenso zu den Tätigkeiten. Durch die vielseitigen Anliegen, mit denen die Bevölkerung in die Gemeindekanzlei kam, kannte man jede Familie persönlich und wusste genau über die Wohnverhältnisse Bescheid. Vieles hat sich mit der Zeit verändert. Einige Aufgaben sind inzwischen weggefallen. Die Gemeinden erheben zum Beispiel keine Feuerschutzabgabe mehr und auch die Wehrerfassung ist durch die Abschaffung der Wehrpflicht entfallen. Auch Lohnsteuerkarten müssen nicht mehr jedes Jahr für jede beschäftigte Person ausgestellt werden.

Ortsschelle, Gemeindediener und Bekanntmachungen

In der Gemeinde gab es früher auch einen „Gemeindediener“. Er verteilte z. B. Briefe und Bescheide in die Häuser und war auch für dringende Bekanntmachungen zuständig. Er blieb an verschiedenen Stellen im Dorf mit seinem Fahrrad stehen und rief: „Bekanntmachung, Bekanntmachung...!“ Möglichst laut verlas

er die Anordnungen der Gemeinde oder Veranstaltungs- und Fälligkeitstermine usw.



Fahrzeug für Bekanntmachungen

Als ich ins Rathaus kam, war vom Fortschrift schon etwas zu erkennen. Die alte Amtsglocke hatte ausgedient und den Gemeindediener auf dem Fahrrad gab es nicht mehr. In der Gemeinde gab es inzwischen 6 Aushangkästen, in denen die Beschlüsse der Gemeinde, Termine, Veranstaltungshinweise und sonstige Informationen für die Bevölkerung ausgehängt wurden. Wichtige Bekanntmachungen oder örtliche Veranstaltungshinweise wurden jetzt nicht mehr durch den Gemeindediener mit der Amtsglocke „ausgeschellt“, sondern etwas fortschrittlicher mittels Lautsprecher, der auf das Dach eines Autos montiert wurde, mit flotter Musik aus dem Kassettenrecorder und Mikrofon, in allen Straßen des Dorfes bekanntgemacht.

Gemeindekasse - bargeldloser Zahlungsverkehr

Viele Bürger hatten damals noch kein Konto auf einer Bank, um Überweisungen zu tätigen. Auch ich be-

kam, wie viele Beschäftigte in Handwerks- und kleineren Betrieben, meinen Lohn bis Ende 1971 noch am Monatsende vom Chef direkt ausgezahlt in einer „Lohntüte“ mit Bargeld und Gehaltsstreifen. Das Geld wurde daheim aufbewahrt. Aus diesem Grund kamen damals oft die Bürger selbst ins Rathaus und haben ihre Gebühren und Steuern zum Fälligkeitstermin direkt in der Gemeindekasse eingezahlt.

Christa Volkheimer



Christa Volkheimer am Arbeitsplatz

Anmerkung:

Aus diesem Bericht ist auch sehr gut zu erkennen, wie die Arbeit und welche Aufgaben des Tagesgeschäfts 1978 aus den Mitgliedsgemeinden in die gemeinsame Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft übernommen wurden. (Bernhard Rösch, Geschäftsstellenleiter)

DIE GEMEINDEGEBIETSREFORM

AM BEISPIEL DER GEMEINDEN BURGWALLBACH UND SCHÖNAU



Ehemaliges Gemeindehaus in Burgwallbach

In der Gebietsreform vom 01.07.1972 wurde u. a. verlangt, dass kleine Kommunen sich in größere Einheiten zusammenschließen und durch eine leistungsfähige Verwaltungsgemeinschaft neu strukturiert werden sollten. Für Bürgermeister und Gemeinderat von Burgwallbach und Schönau war das ein schmerzhafter Eingriff in die Selbstverwaltung ihrer Gemeinden.

Bürgermeister Elmar Griebel mit seinem Gemeinderat suchten ab 1972 intensiv nach Wegen, um selbstständig bleiben zu können. Sie wollten eine Verbindung mit den Gemeinden Reyersbach, Rödles, Burgwallbach und Wegfurt eingehen, um ein Kleinzentrum mit Sitz in Schönau a. d. Brend zu bilden. Aber vier Gemeinden bevorzugten einen anderen Weg.

Der Burgwallbacher Gemeinderat

In der Sitzung am 20.03.1973 war der Gemeinderat Burgwallbach der Ansicht, dass ein Beitritt zu einer Verwaltungsgemeinschaft vorerst ausreicht und ein Zusammenschluss mit einer anderen Gemeinde vorläufig nicht richtig ist. Am 15.05.1973 lud der Gemeinderat Burgwallbach Bürgermeister Elmar Griebel von Schönau a. d. Brend ein, um dessen Stellungnahme in Bezug auf eine mögliche Eingliederung nach Bischofsheim oder die Pläne für eine gemeinsame Verwaltung zu hören. Der Gemeinderat gewann die Meinung, dass eine Angliederung an Schönau a. d. Brend empfehlenswert wäre, man wollte jedoch dazu auch die Meinung der Bürger in einer Versammlung hören. Mittlerweile fanden auch Verhandlungen mit der Gemeinde Brendlorenzen und der Stadt Bad Neustadt a. d. Saale statt. Einen freiwilligen Zu-

sammenschluss mit einer Gemeinde bis 31.12.1975, bei der es 150.000 DM gab, wollte man nicht eingehen, da vermutet wurde, dass diese Prämie für Verwaltungseinrichtungen geschluckt würde. Man wollte außerdem die offizielle Begründung der Regierung von Unterfranken zur neuen Gemeindegliederung abwarten.

Am 07.12.1975 stimmte der Gemeinderat von Burgwallbach der Zielplanung der Regierung von Unterfranken zu, sich mit der Gemeinde Schönau a. d. Brend zum 01.01.1978 zusammenzuschließen.

Der Schönauer Gemeinderat

Am 20.03.1973 zur Diskussion Verwaltungsgemeinschaft: Eine VG mit Sitz im neuerbauten Rathaus Brendlorenzen, welches möglicherweise insgesamt 9.000 Einwohner zählt, wird als günstigste Lösung betrachtet. Die Gemeinde Schönau a. d. Brend soll jedoch so lange es irgendwie möglich ist wegen der Verwaltungserne für die Bürger und den hohen Verwaltungskosten selbstständig bleiben.



Gemeindehaus in Schönau a. d. Brend

Ein Zusammenschluss gegen den Brendverlauf wird abgelehnt.

17.12.1975: Der Gemeinderat stimmt dem Beschluss des Gemeinderates von Burgwallbach zu, eine Einheitsgemeinde zu bilden, nachdem Wegfurt nach einem Bürgerentscheid bereits vorzeitig und freiwillig in die Stadt Bischofsheim eingemeindet wurde. In der vorausgegangenen Bürgerversammlung lautete das einstimmige Votum noch auf Selbstständigkeit mit der Gemeinde Burgwallbach. Da jedoch nach den Erwägungen der Regierung von Unterfranken dies nicht erreicht werden kann, beschließt der Gemeinderat Schönau a. d. Brend den Beitritt zur VG Bad Neustadt zum 01.05.1978. Am 05.01.1977 bei Anwesenheit des Gemeinderates von Burgwallbach, beschließt der Gemeinderat von Schönau a. d. Brend, dass aus den Gemeinden Schönau a. d. Brend und Burgwallbach eine neue Gemeinde gebildet wird.

Die neue Gemeinde soll den Namen „Schönau a. d. Brend“ erhalten. Der bisherige Name der Gemeinde Burgwallbach soll als Gemeindeteilname weitergeführt werden.

Schönau a. d. Brend und Burgwallbach wurden daraufhin durch Rechtsverordnung der Regierung von Unterfranken zum 01.01.1978 zur Gemeinde Schönau a. d. Brend zusammengeführt. Bis zur Neuwahl des Gemeinderates am 05.03.1978 wurde in der Sitzung vom 09.11.1977 als geschäftsführender Bürgermeis-



Monarchie

Foto: Manfred Zirkelbach

ter vom 01.01.-05.03.1978 der bisherige erste Bürgermeister Elmar Griebel, Schönau a. d. Brend bestimmt. Der neu gewählte Bürgermeister und Gemeinderat nahmen nach der Wahl am 05.03.1978 ihre Geschäfte auf.



Altbürgermeister Walter Vey

Schönau a. d. Brend

Dazu eine Episode am Rande:

Die Schönauer Fosenöchter nutzten die „Regierungslose Zeit“ zur Ausrufung einer Monarchie und installierten als neuen Monarchen „Hans den I. von der Insel“ - Hans Stäblein, seinerzeit Sitzungspräsident der Schönauer Fosenöchter. Walter Vey, der spätere Bürgermeister verzeichnete auf einer großen Tafel die Anmeldung der neuen Untertanen. Manfred Zirkelbach als Herold gab die neuen Gesetzesbestände auf einer mehrere Meter langen Schriftrolle zur Kenntnis. Dabei wurde unter anderem gefordert, dass „jeder sein eigener Narr“ sei, und dass auch „in Zukunft die Kirche im Dorf“ zu bleiben habe.

DIE MÄNNER DER ERSTEN STUNDE

Die Bayerische Gebietsreform 1972 bis 1978 war für die Kommunalpolitik eine große Herausforderung. Seit Jahrhunderten bestehende Gemeinden wurden aufgelöst und mit anderen Gemeinden zusammengeschlossen. Von der Reform betroffen waren auch ganze Landkreise. Teilweise führten diese Maßnahmen zu heftigen Streitigkeiten und tiefen Zerwürfnissen zwischen den verantwortlichen Politikern und innerhalb der Bevölkerung. Andererseits war diese Neugliederung verwaltungstechnisch und politisch dringend notwendig und unumgänglich.

Im Falle der Gemeinden rund um die Kreisstadt Bad Neustadt a. d. Saale kann sich das Ergebnis dieser Neugliederung durchaus sehen lassen. Hier hatten sich sieben Gemeinden zusammengeschlossen und gemeinsam eine Verwaltungsgemeinschaft gegründet. Längst ist diese Verwaltungsgemeinschaft den Kinderschuhen entwachsen und hat sich bis zum heutigen Tag als hochleistungsfähig und äußerst effizient erwiesen.

Einfach war das nicht. Es ist wohl den Männern der ersten Stunde zu verdanken, dass alles relativ glatt und harmonisch verlaufen ist. Gemeint sind damit die damals amtierenden Bürgermeister der sieben Gemeinden und die Geschäftsleitung der VG. Aber nicht nur sie hatten einen wesentlichen Anteil an dem erfolgreichen Zusammenschluss. Auch die damaligen Gemeinderäte sowie die Beamten und Angestellten im Be-

reich dieser Gemeinden haben sich durch ihre kompromissbereite und konstruktive Arbeit große Verdienste erworben.

Der Weg in eine Verwaltungsgemeinschaft war für die sieben Gemeinden keineswegs vorgezeichnet oder gar alternativlos. Es gab verschiedene Überlegungen und Möglichkeiten. Eines war aber allen Bürgermeistern gemeinsam, man wollte das Beste für die Gemeinde und die eigene Selbstständigkeit erhalten. Eingemeindungen wurden äußerst skeptisch betrachtet.

Umso mehr müssen die Bürgermeister der ehemals selbstständigen, aber sehr kleinen Gemeinden Burgwallbach, Leutershausen, Windhausen, Oberebersbach und Unterebersbach erwähnt werden. In Burgwallbach war dies Bürgermeister **Rudi Stumpf**, in Leutershausen Bürgermeister **Erich Graf**, in Windhausen Bürgermeister **Hugo Müller**, in Oberebersbach Bürgermeister **Anton Voll** und in Unterebersbach Bürgermeister **Walter Schmitt**.

Für diese sehr kleinen Gemeinden war die Aussicht, die Selbstständigkeit zu bewahren, äußerst gering. Hier ging es wesentlich darum, wo man sich anschließen sollte. Auch hier gab es insbesondere für Burgwallbach mehrere Alternativen. Letztlich ging Burgwallbach zur Gemeinde Schönau a. d. Brend, die Gemeinden Leutershausen und Windhausen zur Gemeinde Hohenroth und Ober- und Unterebersbach

wurden mit Niederlauer verbunden. Damals sicherlich keine einfachen Entscheidungen.

Es ist den Bürgermeistern dieser kleinen Gemeinden, aber auch den Bürgermeistern und Gemeinderäten der aufnehmenden Gemeinden zu verdanken, dass Gräben überwunden wurden und neue zukunftsfähige Zusammenschlüsse entstanden sind.

Bezogen auf die damals amtierenden Bürgermeister kann man wirklich von einer sehr glücklichen Konstellation sprechen. Es waren die richtigen Männer zur richtigen Zeit am richtigen Platz. Was sie auszeichnete, war eine große Nähe zu den Bürgern und deren Sorgen. Bodenständig, mit einem ausgeprägten Realitätssinn und wenn es sein musste durchsetzungskraftig.

Dabei hatten sie unbedingt die Zukunft ihrer Gemeinden vor Augen. Diesbezüglich gaben sie sich keiner Illusionen hin. Dass kleine Gemeindevorwaltungen die ständig wachsenden Aufgaben nicht mehr bewältigen konnten war allen sehr schnell klar.

In ihren Fähigkeiten und persönlichen Eigenschaften waren sie sehr unterschiedlich, konnten sich aber durchaus gut ergänzen, wenn es um die gemeinsame Sache ging.

Nicht immer war dies einfach. Der Weg war mitunter von größeren Diskussionen und Konflikten gesäumt.

Aber der Wille, die Eigenständigkeit zu bewahren und die Einsicht, dass dies nur mit einer gemeinsamen Verwaltung erreicht werden konnte, einte sie zum Schluss alle. Ganz wesentlich für den Erfolg auf diesem schwierigen Weg war ein hohes Maß an Kollegialität untereinander und nicht zuletzt die Fähigkeit zu einer gepflegten Geselligkeit auch nach einer hitzigen Sitzung.

Es waren vor allem drei Männer die den Zusammenschluss zu einer gemeinsamen Verwaltung wesentlich voran brachten: die damaligen „Politikerschwergewichte“: Edmund Grom, Josef Volkmuth und Elmar Griebel.



Edmund Grom †, vom 01.05.1966 bis 31.12.1992 Bürgermeister von Hohenroth, Kreisrat und Gemeinschaftsvorsitzender der VG von 1978 bis 1992. Er war ein Mann mit klaren Vorstellungen von der Zukunft seiner Gemeinde und politisch sehr aktiv sowie in vielen Ehrenämtern an führender Stelle tätig. Bis heute profitiert die Gemeinde Hohenroth und die VG von den Weichenstellungen und Investitionen in seiner Amtszeit.

Ihm war klar, dass für eine weitere gute Entwicklung der Gemeinden eine leistungsfähige Verwaltung notwendig war. Die Einstellung des Verwaltungsfachmannes und späteren Geschäftsstellenleiters der VG Karl Hemmert schon 1972 bei der Gemeinde Hohenroth war ein entscheidender Zug, um seine Gemeinde und später die VG auf eine optimale fachliche und organisatorische Basis zu stellen. Grom war überaus geschickt im Verhandeln mit einem untrüglichen Gespür für das jeweils Machbare. Mit seiner Fähigkeit, Menschen für seine Ziele zu gewinnen, lenkte er die Entwicklung in die Richtung einer gemeinsamen Verwaltung. Wesentliche Unterstützung erhielt er dabei von seinen Bürgermeisterkollegen Josef Volkmuth und Elmar Griebel, denen er auch freundschaftlich verbunden war. Bei der Auswahl von Personal hatte er gemeinsam mit Karl Hemmert ein feines und untrügliches Gespür für die richtigen Leute. Zielstrebig baute er als erster Gemeinschaftsvorsitzender die gemeinsame Verwaltung auf und fügte die sieben Gemeinden innerhalb der VG zu einer starken Gemeinschaft zusammen, die bis heute Bestand hat.



Josef Volkmuth †, vom 01.05.1960 bis 12.02.1995 Bürgermeister der Gemeinde Niederlauer, Kreisrat und stellvertretender Landrat. Er war ein echter Vollblutpolitiker: Bestens vernetzt und äußerst geschickt, wenn es galt seine Ziele in die Tat umzusetzen. Diese Eigenschaften kamen dem jungen Zusammenschluss sehr zu gute. Er verstand es auch, unterschiedliche Meinungen unter einen Hut zu bringen. Volkmuth war in führender Position im Tierzuchamt Bad Neustadt. Von daher brachte er auch ein fundiertes Wissen über die Aufgaben und Möglichkeiten einer leistungsfähigen Verwaltung mit. Er hatte ein großes Herz für die Sorgen und Nöte der Landwirtschaft. Ebenso wie seinem Amtskollegen Edmund Grom war ihm der Zusammenhalt und die Kollegialität der Bürgermeister innerhalb der VG äußerst wichtig. Auch bei schwierigen Themen fand man immer wieder einen gemeinsamen Weg.

DIE MÄNNER DER ERSTEN STUNDE



Elmar Griebel †, vom 01.05.1966 bis 30.04.1996 Bürgermeister der Gemeinde Schönaу a. d. Brend und Kreisrat, von 1978 bis 1984 stellvertretender Gemeinschaftsvorsitzender der VG. Nicht ganz einfach war für Elmar Griebel der Weg in die VG Bad Neustadt a. d. Saale. Verschiedenste Konstellationen waren für die Gemeinde Schönaу a. d. Brend und für die kleine Gemeinde Burgwallbach in der Diskussion. Nachdem die Regierung die Bildung eines Kleinzentrums abgelehnt hatte, waren die Weichen in Richtung Zusammenschluss gestellt. Die Gemeinden Schönaу a. d. Brend und Burgwallbach schlossen sich zusammen. Ein klares Ziel vor Augen, engagierte sich Elmar Griebel jetzt beim Aufbau der VG mit aller Kraft. Ihm war klar, dass seine Gemeinde gemeinsam mit den anderen Gemeinden und einer leistungsfähigen Verwaltung nur gewinnen konnte.



Josef Kirchner †, von 01.05.1966 bis 30.04.1990 Bürgermeister der Gemeinde Rödelmaier. Er war ein sehr bodenständiger und engagierter Bürgermeister, der stets seinen Bürgern sehr nah war. Dass eine so kleine Gemeinde wie Rödelmaier keine eigene Verwaltung haben konnte, war ihm und seinem Gemeinderat durchaus bewusst. Sein größtes Ziel war, die Selbstständigkeit seiner Gemeinde zu erhalten. Keinesfalls sollte Rödelmaier lediglich als Ortsteil einer anderen Gemeinde angeschlossen werden. Eine gemeinsame Verwaltung, dabei aber die Selbstständigkeit zu bewahren, war eine gute Lösung für die kleine Gemeinde, auch wenn es Bürgermeister Kirchner sehr schwer fiel, die Akten der Gemeinde aus der Hand zu geben. Andere Optionen wären mit dem Verlust der Selbstständigkeit verbunden gewesen. Das wäre nicht in seinem Sinne gewesen.



Ludwig Müller †, vom 01.05.1972 bis 30.04.1990 Bürgermeister der Gemeinde Salz, Kreisrat und von 1984 bis 1990 stellvertretender Gemeinschaftsvorsitzender der VG. Ludwig Müller trat sein Amt als Bürgermeister mit dem Beginn der Gebietsreform an. Ruhige Zeiten waren das nicht. Salz war schon damals eine aufstrebende Gemeinde. Für die Selbstständigkeit der Gemeinde war die unmittelbare Nähe zur Kreisstadt Bad Neustadt a. d. Saale durchaus eine Gefahr, aber auch eine Chance. Ludwig Müller erkannte schon bald, dass die Gemeinde gut zu den anderen Gemeinden rund um die Kreisstadt passen würde. So konnte die Selbstständigkeit gewahrt werden. Sein persönlich gutes Verhältnis zu den benachbarten Bürgermeistern bestärkte ihn in dieser Haltung.



Günter Burger †, vom 01.05.1978 bis 30.04.2002 Bürgermeister der Gemeinde Strahlungen, Kreisrat und von 1990 bis 1996 stellvertretender Vorsitzender der VG. Dass sich die Gemeinde Strahlungen überhaupt der VG Bad Neustadt a. d. Saale anschließen konnte, ist eigentlich dem Vorgänger von Bürgermeister Günter Burger zu verdanken. Bürgermeister Ivo Weber stellte damals die Weichen und brachte gleich zu Beginn der Gebietsreform die Gemeinde Strahlungen aus dem Landkreis Bad Kissingen in den Landkreis Bad Neustadt a. d. Saale. Günter Burger war ein junger, äußerst engagierter und politisch sehr aktiver Bürgermeister. Es gab viel aufzuholen in seiner Gemeinde. Er wusste um den Wert einer leistungsfähigen Verwaltung. Anders wären seine Vorhaben kaum umsetzbar gewesen. Wirtschaftlichen Weitblick, kaufmännisches Geschick und organisatorische Fähigkeiten brachte er aus seinem Beruf als Großhandelskaufmann mit. Von diesen Fähigkeiten konnte besonders seine Gemeinde Strahlungen, aber auch die VG gerade in den Jahren des Aufbaus profitieren.

Rudi Erhard, vom 01.05.1966 bis 30.04.2002 Bürgermeister der Gemeinde Burglauer, Kreisrat und von 1993 bis 2002 Gemeinschaftsvorsitzender der VG. Für ihn war der Weg in die VG Bad Neustadt a. d. Saale nicht ganz so einfach. Zu Beginn der Reform war er von einem Verbleib der Gemeinde im Landkreis Bad Kissingen noch fest überzeugt. Doch die Umstände änderten sich rasch. Die Aussicht, ein Stadtteil von Münnsterstadt zu werden, war für ihn nicht verlockend. Auch noch so interessante Angebote konnten ihn als erfahrenen Kommunalpolitiker nicht umstimmen. Es wäre das Aus für die selbstständige Gemeinde Burglauer gewesen. Gemeinderat und Bürger waren in dieser Angelegenheit zutiefst gespalten. Es kostete Rudi Erhard viel Kraft Gemeinderat und Bürger zu überzeugen, sich dem Landkreis Bad Neustadt a. d. Saale anzuschließen. Dort bot sich der Zusammenschluss mit den Gemeinden rund um Bad Neustadt a. d. Saale an. Die Gemeinde Strahlungen hatte diesen Weg bereits beschritten. Letztlich stimmten dann der Gemeinderat mit knapper Mehrheit und die Bürger von Burglauer mit einer deutlicheren Mehrheit für den Anschluss an den Landkreis

Bad Neustadt a. d. Saale. Damit war der Weg in die VG Bad Neustadt a. d. Saale geebnet. 1993 wurde Bürgermeister Rudi Erhard als Nachfolger von Edmund Grom schließlich Gemeinschaftsvorsitzender der VG Bad Neustadt a. d. Saale. Mit seiner weitsichtigen, kollegialen und durchsetzungskraftigen Arbeitsweise begünstigte er die Weiterentwicklung der Verwaltungsgemeinschaft als moderne und technisch stets fortgeschrittene Verwaltung der Mitgliedsgemeinden.

Text: Erwin Kruczek

DER ERSTE GESCHÄFTSSTELLENLEITER KARL HEMMERT



Karl Hemmert

Karl Hemmert leitete die Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft nach ihrer Gründung knapp 26 Jahre. Davor führte er die gemeindliche Buchungsstelle am Landratsamt und ab 1972 die Gemeindeverwaltung Hohenroth. Dem Verwaltungsfachmann wurden deshalb bereits die Gründungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Verwaltungsgemeinschaft vor 1978 übertragen.

Der Verwaltungsbeamte entwickelte die Strukturen der VG mit der Geschäftsteilung und dem notwendigen Personalbedarf. Auf seine Initiative wurden bereits zu Beginn des Jahres 1978 drei erste Mitarbeiter der VG eingestellt, die mit ihm zusammen die notwendigen Daten, wie Einwohnerdaten, Steuerdateien, usw. zusammenführten, sowie die Sachanschaffungen und vieles mehr bewerkstelligten. Karl Hemmert kümmerte sich um die Personalzusammenführung aus den

bestehenden Verwaltungen, sowie die darüber hinaus notwendigen Einstellungen, die von der vorbereitenden Gemeinschaftsversammlung entschieden wurden. So startete der Verwaltungsbetrieb am 1.5.1978 für alle Mitgliedsgemeinden mit ihm als Geschäftsstellenleiter und dem heutigen Geschäftsstellenleiter Bernhard Rösch als seinen Stellvertreter praktisch ohne nennenswerte Anlaufschwierigkeiten.

Karl Hemmert galt als ausgewiesener Finanzfachmann und führte neben der Geschäftsstellenleitung als Kämmerer die Finanzabteilung der VG. Dazu gehörten von Anfang an die Aufstellung, Steuerung und Abwicklung von teilweise mehr als 10 Haushalten für die Gemeinden und Zweckverbände. Eine umfassende Aufgabe. Die Mitgliedsgemeinden profitierten erheblich vom finanziellen Geschick, von seinem umfassenden Wissen über das Haushalts-, Abgaben- und Steuerrecht, sowie vom staatlichen Zuwendungswesen. Dazu besaß Hemmert ein großes Netzwerk, das er für die Gemeinden nutzte.

Als Geschäftsstellenleiter verstand der damals 38jährige Karl Hemmert von Anfang an Teamgeist zu entwickeln und die Mitarbeiter zu einer leistungsfähigen Mannschaft zu formen. Er überzeugte damit schnell die Bürgermeister der VG-Mitgliedsgemeinden vom Wert der gemeinsamen Verwaltung. Zusammen mit dem Gemeinschaftsvorsitzenden Bürgermeister Edmund Grom gelang

ihm auch bald das notwendige Vertrauen der Gemeinden für ihre neue Verwaltung zu finden.

Seinen Mitarbeitern ließ er den nötigen Raum eigene Impulse in ihre Arbeit einzubringen und damit die Leistungsbereitschaft und die Arbeitsfreude zu fördern. Er vertraute seiner jungen Truppe und unterstützte sie im Bedarfsfalle mit seinem breiten Fachwissen. Schon im zweiten Jahr des Bestehens der VG initiierte Karl Hemmert die Ausbildung von Nachwuchs. Später, in Zeiten schlechter Beschäftigungslagen, auch um jungen Menschen eine Ausbildung zu ermöglichen. Viele der heutigen Mitarbeiter wurden in der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt ausgebildet.

Karl Hemmert trat Ende 2003 in den Ruhestand. Er bleibt der wichtigste Baustein im Fundament der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt. Karl Hemmert lebt in Bad Neustadt a. d. Saale.

Zum 40-jährigen Bestehen der Verwaltungsgemeinschaft:

**Herzlichen Dank,
lieber Karl Hemmert
für Deine wegweisende Arbeit!**

Von Bernhard Rösch,
heutiger Geschäftsstellenleiter der VG

GEMEINSCHAFTSVERSAMMLUNG

Die Verwaltungsgemeinschaft ist nach der Verwaltungsgemeinschaftsordnung ein Zusammenschluss benachbarter kreisangehöriger Gemeinden unter Aufrechterhaltung des Bestands der beteiligten Gemeinden. Sie erfüllt öffentliche Aufgaben und dient der Stärkung der Leistungs- und Verwaltungskraft ihrer Mitgliedsgemeinden.

Das bestimmende Organ der Verwaltungsgemeinschaft ist die Gemeinschaftsversammlung. Nach Außen wird die Verwaltungsgemeinschaft durch den Gemeinschaftsvorsitzenden vertreten.

Die Gemeinschaftsversammlung besteht aus den Vertretern der Mitgliedsgemeinden. Vertreter sind die ersten Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder, deren Anzahl sich nach der Zahl der Einwohner bestimmt. Gegenwärtig sind die Mitgliedsgemeinden wie folgt in der 22-köpfigen Gemeinschaftsversammlung vertreten:

- Burglauer	3 Mitglieder
- Hohenroth	5 Mitglieder
- Niederlauer	3 Mitglieder
- Rödelmaier	2 Mitglieder
- Salz	4 Mitglieder
- Schönau a. d. Brend	3 Mitglieder
- Strahlungen	2 Mitglieder

Die Gemeinschaftsversammlung beschließt im Wesentlichen den Haushalt der VG, also die Finanzausstattung, die Personalbesetzung, sowie wichtige Investitionen und Beschaffungen der Verwaltung.



Gemeinschaftsversammlung 2018

Die Verwaltungsgemeinschaft wird weitgehend durch Zuweisungen des Staates für die Aufgabenerfüllung des übertragenen Wirkungskreises und durch Umlagen der Mitgliedsgemeinden, die sich nach den Einwohnerzahlen bestimmen, finanziert.

Erster Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft ist einer der ersten Bürgermeister, der von der Gemeinschaftsversammlung, ebenso wie sein Stellvertreter, gewählt wird.

Die Verwaltungsgemeinschaft nimmt alle Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises ihrer Mitgliedsgemeinden wahr. Somit obliegen der VG in eigener Zuständigkeit alle sogenannten Staatsaufgaben, wie beispielsweise das Melde- und Passwesen.

Die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft erfüllen die

Aufgaben des eigenen Wirkungskreises. Dazu gehören insbesondere ihre eigene Gemeinde- und Bauentwicklung, besonderes die Wasserversorgung, die Steuerung ihrer Finanzausstattung im Rahmen ihrer Finanzhoheit, und weitere Aufgaben. Die VG erledigt dazu die notwendigen Verwaltungsaufgaben. Dazu gehören die Beratungen der Gemeinden, die Vorbereitung der Gemeinderatsbeschlüsse und deren Vollzug in enger Zusammenarbeit mit dem ersten Bürgermeister.

Text: Bernhard Rösch, Geschäftsstellenleiter

WIE HAT SICH VERWALTUNGSARBEIT UND KOMMUNALPOLITIK VERÄNDERT?

Mit Gründung der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale wurden die Aufgaben der Gemeindeschreiber und der Gemeindekassen aller sieben selbstständigen Gemeinden übernommen. Die Buchungsstelle im Landratsamt wurde aufgelöst und auch diese Aufgaben von der Verwaltungsgemeinschaft übernommen. Das festangestellte Personal der VG-Mitgliedsgemeinden wechselte zur VG und bildete dort mit weiteren neu eingestellten Beamten und Angestellten der Grundstock für den Aufbau einer neuen Verwaltung.

Die Leitung der VG-Geschäftsstelle wurde dem Verwaltungsbeamten Karl Hemmert übertragen, der als Leiter der gemeindlichen Buchungsstelle im Landratsamt Bad Neustadt a. d. Saale (bis 1972) und als Geschäftsleiter der Gemeinde Hohenroth (1972-1978) reichlich kommunale Verwaltungserfahrung mitbrachte. Neben den fachlichen Aufgaben und der Zusammenführung des Personals mit Anfangs 15 Vollzeitkräften bestand die Kunst zunächst auch darin, die sieben Gemeinden in eine Verwaltungseinheit und zu einer Solidargemeinschaft zusammenwachsen zu lassen – eine entscheidende Aufgabe für die Schlagkraft der gemeinsamen Verwaltung.

Edmund Grom und Karl Hemmert hatten das von Anfang an erkannt und ihre Verwaltung und die Zusammenarbeit so geführt, dass der Wert einer spezialisierten Verwaltung,

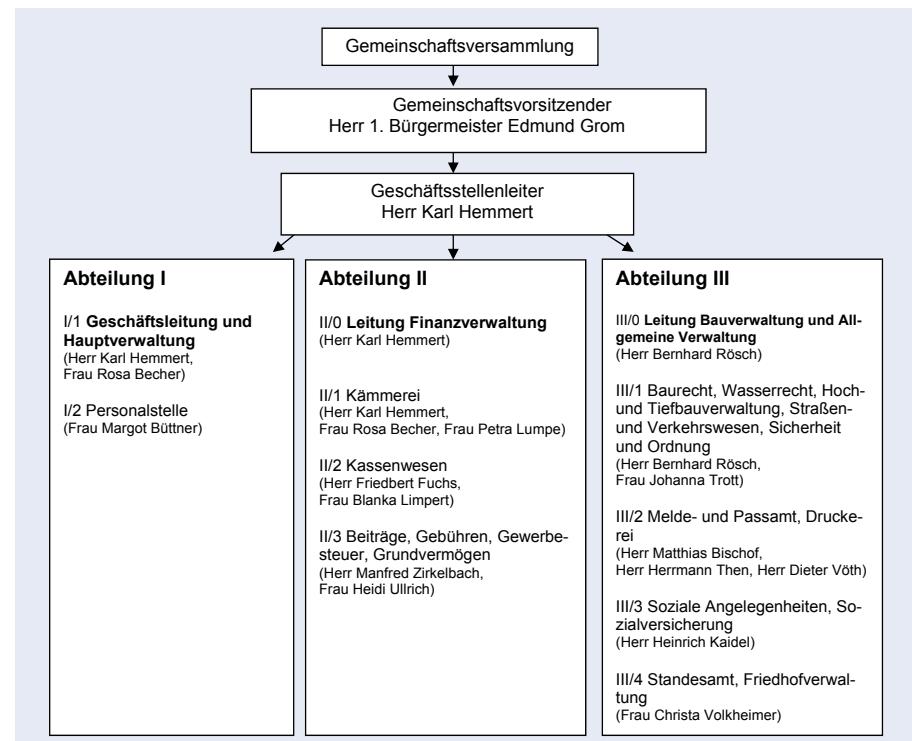
des gegenseitigen Austausches und der Zusammenarbeit schnell sichtbar wurde.

Im Gegensatz zu früher waren die Mitarbeiter nicht mehr Mädchen für alles, sondern wurden gezielt in Fachbereichen eingesetzt. Dabei sind sie in ihren Gebieten für alle Mitgliedsgemeinden gleichermaßen tätig. In der Anfangszeit dachten viele Bürger, dass die Mitarbeiter nach Gemeinden eingesetzt werden und fragten, wo sie den/die Sachbearbeiter/in für die Gemeinde (z. B. Hohenroth) finden.

Personalstruktur

Technisch war die Verwaltung 1978 mit manuellen und elektrischen Schreibmaschinen, Tischrechnern, einer IT-Eingabestation, einem Kopierer und einem Walzendrucker für Massendrucksachen sowie Telefonen ausgestattet. Das Personal hatte teilweise eine fachliche Ausbildung. Insbesondere die aus den Mitgliedsgemeinden übernommenen Kräfte waren zum Teil angeleert. Bautechnische Kräfte hatten wir nicht. IT-technisch fand lediglich eine zentrale Verarbeitung von Massendaten (Melddaten, Gebührenberechnungen, u. a.) bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung – AKDB statt. Die Eingabe der auf Formblättern erfassten Daten er-

Die erste Organisationsmatrix der Verwaltungsgemeinschaft 1978 sah wie folgt aus:



folgte von einer Eingabestation im Haus aus.

Heute stehen ausschließlich ausgebildete Fachleute zur Verfügung. Wir haben neben den Verwaltungsspezialisten IT-Fachleute, Bauingenieure und Bautechniker.

Arbeitsorganisation

Innerhalb unseres Hauses wurde die Arbeit seit 1978 in erheblichem Maße weiter aufgesplittet. Wir sind 1978 mit acht Sachgebieten gestartet. Heute können wir in 14 Sachgebieten noch spezialisierter und detaillierter die Aufgabenstellungen

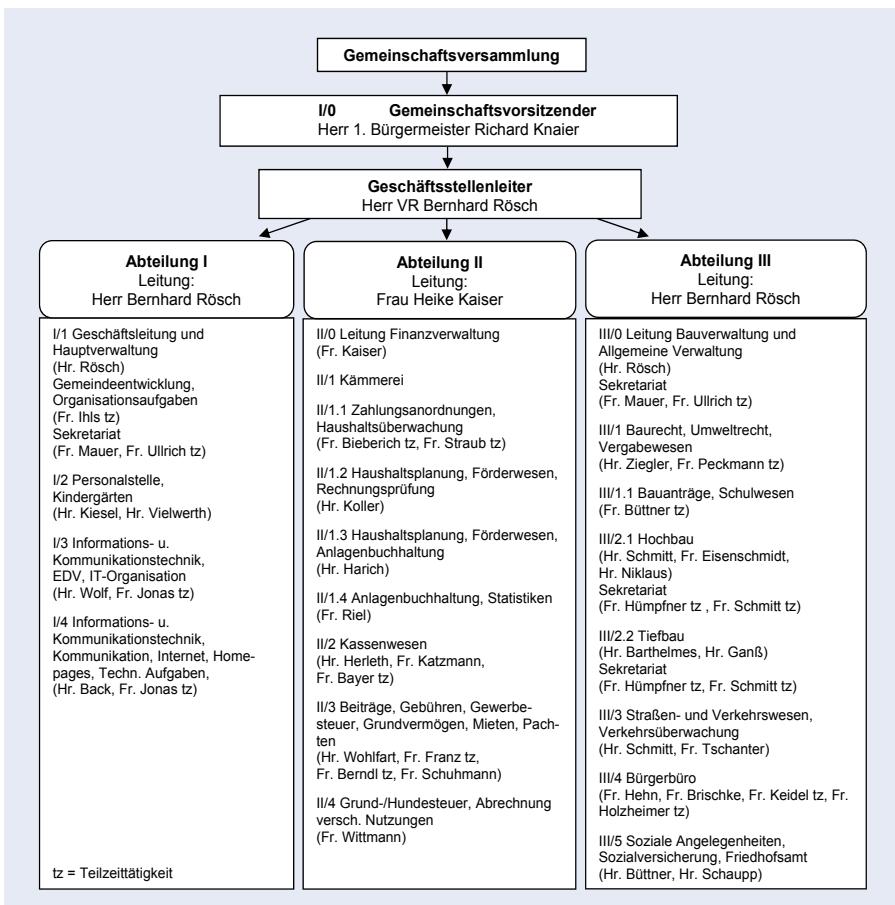
bewältigen. Das ist schon allein für die Beratungs- und Strategiearbeit ein enormer Vorteil.

Die Zuarbeit für die Gemeinderatssitzungen hat sich gegenüber 1978 völlig verändert. In den ersten VG-Jahren wurden die meisten Behandlungspunkte in den Sitzungen noch auf Basis von mündlichen Vorträgen ohne vorherige Information für die Gemeinderäte behandelt. Die Vorbereitungsarbeit hat sich über Folienpräsentationen auf dem Overheadprojektor, bis zur heutigen digitalen Präsentation und insbesondere der Nutzung eines digitalen

Ratsinformationssystems seit vielen Jahren mit elektronischen Vorlagen im Vorfeld der Sitzung stetig entwickelt.

Die Verwaltungsarbeit ist in ihrem Umfang und ihrer Vielfalt enorm gewachsen. Von einer politisch apostrophierten Verringerung der rechtlichen und technischen Anforderungen ist nichts zu spüren. Unsere Arbeit ist zwischenzeitlich nicht nur von Bundes- und Landesrecht mit zahlreichen Vollzugsvorschriften, sondern auch umfassend von europäischen Richtlinien beeinflusst. Ebenso bestimmen technische Richtlinien und Normen in umfänglicher Weise das Baugeschehen. Im staatlichen Zuwendungswesen sind die Vorschriften und Abstimmungsansprüche sehr umfassend.

Aktuelle Organisationsmatrix



Wenn etwas geringer geworden ist, so sind es die rechtlichen Anforderungen im privaten Baubereich. Hier ist im Bauordnungsrecht einiges in die Eigenverantwortung der Bauherren übertragen worden. Die örtlichen Regularien in Baugebieten sind nur noch auf grobe Rahmenbestimmungen begrenzt. Die sich daraus ergebende Individualisierung des Wohnungsbaus ist in allen neuen Baugebieten sichtbar.

Nach außen hat die Verwaltungsgemeinschaft im Jahre 2005 das Standesamt auf die Stadt Bad Neustadt verlagert. Diese Maßnahme führte zu einer deutlich wirtschaftlicheren Aufgabenabwicklung für alle Beteiligten. Zudem sind für unsere Bürger

WIE HAT SICH VERWALTUNGSArbeit

die Wege in Bad Neustadt nicht weiter geworden.

Ist die Verwaltungsgemeinschaft schon selbst ein Verbund der interkommunalen Zusammenarbeit, so hat sich diese erheblich weiterentwickelt. Wir arbeiten in Zweckverbänden und durch vertragliche Lösungen in rund 10 großen Handlungsfeldern mit anderen Städten und Gemeinden ebenso wie mit anderen Verwaltungen zusammen, wobei wir besonders im unmittelbaren Verwaltungsbereich auch für andere Verwaltungseinheiten tätig sind.

Die Bürger haben heute ganz andere Möglichkeiten, sich in die Entwicklung der Gemeinden einzubringen. Die Öffentlichkeitsarbeit ist mit Gemeindeblättern und Homepages stetig in der Weiterentwicklung und Optimierung begriffen. Die Informationen in den öffentlichen Gemeinderatssitzungen sind transparent und äußerst interessant. Leider ist das Interesse daran sehr gering. Erfreulich ist jedoch die bürgerliche Mitwirkungsbereitschaft bei den aktuellen Konzeptentwicklungen für die Innenbereiche der Dörfer.

Deutsche Vereinigung

Eine besondere Rolle spielte auch für die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt die Grenzöffnung am 9. November 1989 und Wiedervereinigung Deutschlands. Über Nacht kamen viele Bürger/innen der früheren DDR in unsere Region. Die Menschen standen mit ihren Ausweisen in der Innenstadt Schlange,

um sich im Landratsamt das Begrüßungsgeld in Höhe von 100 DM pro Person auszahlen zu lassen. Die Bediensteten der VG unterstützten, wie andere Gemeindeverwaltungen auch, das Landratamt und halfen bei der Auszahlung.

Auch durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Spätaussiedlern aus Polen, Rumänien und den Staaten der früheren Sowjetunion mussten in den Behörden viele zusätzliche Aufgaben und Tätigkeiten bewältigt werden. Die Menschen mussten in Wohnungen und Übergangswohnheimen untergebracht werden. Die Meldeämter hatten mit An- und Abmeldungen usw. alle Hände voll zu tun und mussten die Leute mit neuen Ausweispapieren versorgen. Hier waren u. a. die ausländischen Urkunden zu prüfen. Dazu war es für die Urkunden aus der ehem. Sowjetunion notwendig, kurzfristig das Transliterieren der kyrillischen Schrift zu lernen, um die Personenstandurkunden und Reisepässe prüfen zu können. Es wurden viele Namenserklärungen für die Aussiedler bzw. Spätaussiedler entgegen genommen sowie Familienbücher auf Antrag angelegt. Das Renten- und Sozialamt der VG unterstützte die Menschen bei vielen Antragstellungen in den Bereichen Soziales und Sozialversicherungen.

Anforderungen

Die wichtigsten Anforderungen an die Verwaltungsgemeinschaften sind in den 40 Jahren seit ihrer Gründung allerdings gleich geblie-

ben. Eine erfolgreiche kommunale Arbeit wird in erster Linie von starken Bürgermeisterpersönlichkeiten mit guter Kommunikationsfähigkeit, von verbindlichen Strategien der Gremien, von einer klugen Finanzpolitik und einer fachlich starken und modern organisierten Verwaltung bestimmt.

Verändert haben sich die Wege bis zu den Entscheidungen, sie sind oft länger geworden. Gemeindepolitik heutzutage ist wesentlich transparenter, Entscheidungsvorgänge erfahren meist eine breitere Meinungsfindung. Die Verwaltung ist in den einzelnen Handlungsfeldern bis zur IT und Bautechnik fachlich noch spezifischer besetzt. Außerdem arbeiten die Gemeinden – oft projektbezogen – wesentlich enger zusammen und partizipieren voneinander. Das gilt vor allem in einer Verwaltungsgemeinschaft.

Beim Umgang mit den Bürgern wird die Individualisierung der Menschen immer sichtbarer. Einzelinteressen und Kompromisslosigkeit treten stärker hervor und stellen für Bürgermeister und Verwaltung besonders schwierige Herausforderungen dar.

Die Kraft der Verwaltung konnte durch eine straffe fachliche Ausrichtung und einem sehr guten Teamgeist erfolgreich entfaltet werden. Die VG wurde in den 40 Jahren von den Bürgermeistern Edmund Grom (15 Jahre), Rudi Erhard (9 Jahre), Oskar Kaiser (4 Jahre) und Richard

UND KOMMUNALPOLITIK VERÄNDERT?

Knaier (12 Jahre) sowie von den Geschäftsstellenleitern Karl Hemmert (26 Jahre) und Bernhard Rösch (14 Jahre) geführt. Die VG-Gemeinden entwickelten sich in den 40 Jahren fulminant. Der Ausbau der Infrastruktur, die Siedlungsentwicklung und die Änderungen der Bevölkerungsstruktur stellten die größten Herausforderungen, sowohl organisatorisch wie finanzpolitisch dar.

Gemeindestrukturen

Die Gemeinden innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft waren 1978 noch stark landwirtschaftlich geprägt. Heute überwiegen Wohnen und Gewerbeeinrichtungen die Funktion in den Gemeinden. Zahlreiche gewerbliche Arbeitsplätze sind entstanden. Das Wohnen in den Gemeinden steht im Vordergrund. Die Nähe zur Kreisstadt mit zahlreichen Arbeitsplätzen spielt eine besondere Rolle. In den 1980er-Jahren stellten fast alle Gemeinden der VG ihre Wasserversorgungen mit neuen Brunnen und Förderanlagen auf neue Beine. Die Abwasserentsorgung erfuhr durch den umfassenden Ausbau des Abwasserleitungssystems und die Anschlüsse der Gemeinden an die zentrale Kläranlage des Abwasserverbandes Saale-Lauer eine zeitgemäße umweltgerechte Qualitätssteigerung. Das örtliche Straßennetz erweiterte sich durch den Siedlungsbau beträchtlich.

Erhebliche Steigerungen der Schülerzahlen und der bauliche Verbesserungsbedarf sorgten für Schulneubauten oder -erweiterungen. Die

Kinderzahlen und die Veränderungen im Betreuungsbedarf führten in allen Gemeinden zum Neubau der Kinderbetreuungsstätten. Derzeit beginnt in Schönau der neunte Kindergartenneubau innerhalb der VG. Zahlreiche öffentliche Sport- und Freizeiteinrichtungen, wie Mehrzweckhallen entstanden.

Alle diese Infrastruktureinrichtungen erfordern Unterhaltungsarbeiten, technische Weiterentwicklungen und vorausschauende Finanzierungskonzepte. Auch dieser Anspruch konnte im VG-Bereich in enger Zusammenarbeit der Bürgermeister mit fachrechter Einbindung der Verwaltung und dem leistungsgerechten Ausbau der Bauhöfe gut erfüllt werden. Im VG-Bereich sind beispielsweise insgesamt 94 Kilometer innerörtliche Straßen sowie in etwa die gleichen Längen an Wasser- und Abwasserleitungen zu unterhalten. Ein Beispiel der Effizienz der Zusammenarbeit ist neben der VG selbst ein gemeinsamer Wassermeister, die gemeinsam entwickelte Bauhofgemeinschaft Brend-Saale, aber auch die Verbünde in der Wasserversorgung mit den Stadtwerken Bad Neustadt. Ein wichtiges Element ist vor allem auch der Einsatz von eigenen Architekten und Ingenieuren.

Erste Bürgermeister

Am Ende noch ein Wort zu unseren ersten Bürgermeistern. Wir haben derzeit zwei hauptamtliche und fünf ehrenamtliche erste Bürgermeister in unserer VG. Die Aufgaben und die Verantwortung der Bürgermeis-

ter werden von der Öffentlichkeit in aller Regel völlig unterschätzt. Die Bürgermeister führen mit einer Gemeinde praktisch kleinere oder größere mittelständische Betriebe, allerdings mit umfassenden Einflussfaktoren aus Gemeinderat, Bürgerschaft, Behörden, Zuwendungsgebern und Verwaltung. Sie sind als Visionäre, Entwickler, Moderatoren, Führungskräfte, Steuerleute, Finanzverantwortliche, eloquente Gesprächspartner, Redner, Eheschließungsstandesbeamte und vieles mehr gefordert. Ihre Inanspruchnahme und die Notwendigkeit einer hohen zeitlichen Flexibilität von früh bis spät ist außergewöhnlich. Das alles mit einem Beruf zu vereinbaren ist eine Kunst und verlangt eine gute Gesundheit, hohe Disziplin und viel Einsicht der Familien. Eine Aufgabendellegation findet zwar auf die Verwaltung oder zum Teil auch auf zweite Bürgermeister statt, gleichwohl ist die Präsenz des ersten Bürgermeisters unumgänglich.

Die Zukunft wird zeigen, wer sich diese Aufgabe neben einem Beruf noch zutraut, oder ob der Bürgermeister besonders in den etwas größeren Gemeinden generell hauptberuflich wird, was seinen Aufgaben am ehesten gerecht würde.

Festzuhalten ist allerdings auch, dass die Aufgabe eines Bürgermeisters hochinteressant mit vielen Gestaltungsmöglichkeiten und Herausforderungen ist.

*Text: Bernhard Rösch
Geschäftsstellenleiter*

VG-GESCHÄFTSSTELLE

Der Name und der Standort der VG-Geschäftsstelle in der Goethestraße 1 in Bad Neustadt a. d. Saale

Möglicherweise fragt sich der eine oder andere, wie der Name und der Standort der Verwaltung der Mitgliedsgemeinden unserer Verwaltungsgemeinschaft zu Stande kamen.

Der Name „Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale“ wurde von der Regierung von Unterfranken in der Verordnung zur Bildung der Verwaltungsgemeinschaft aufgrund des Sitzes der VG bestimmt (siehe Seite 2).

Warum aber ist der Sitz der Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft in Bad Neustadt a. d. Saale? Alle gemeindlichen Vertreter bei den vorbereitenden Besprechungen waren nach den Erinnerungen des ersten VG-Geschäftsstellenleiters relativ schnell darüber einig, dass nur ein Sitz der gemeinsamen Verwaltung in Bad Neustadt selbst aus Gründen der Erreichbarkeit für die Bürgerinnen und Bürger aus den umliegenden Gemeinden zur Debatte stehen konnte. Alle öffentlichen Verkehrsverbindungen waren damals nur zentral auf die Kreisstadt ausgerichtet.

Was die Örtlichkeit in Bad Neustadt a. d. Saale anging, sollte als Verwaltungsgebäude das Haus in der Siemensstraße genutzt werden, in dem sich damals ein Teil der Land-

wirtschaftsschule und heute die KFZ-Zulassungsstelle befindet. Allerdings wurde dieser Standort in der Siemensstraße wegen seiner örtlichen Lage und Erreichbarkeit nicht als ideal angesehen. Zudem konnte er vom Landkreis wegen der eigenen Nutzung nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und hätte auch vor einem Bezug noch erhebliche Umbaumaßnahmen für eine Nutzung als Verwaltungsgebäude erforderlich gemacht. Somit musste also von den Verantwortlichen der organisatorischen Vorbereitung für die Einrichtung der gemeinsamen Verwaltung, die ersten Bürgermeister Edmund Grom und Josef Volkmut sowie dem Geschäftsleiter der Gemeinde Hohenroth Karl Hemmert nach einer Zwischenlösung gesucht werden.

Nachdem die Firma Preh damals das Wohnheim für ausländische Mitarbeiter im ehemaligen Polizeigebäude an der Goethestraße 1 aufgelöst hatte, bot sich dieses Gebäude in äußerst günstiger Lage für eine derartige Übergangslösung an. Die Verhandlungen mit der Firma Preh über eine Anmietung konnten bald erfolgreich abgeschlossen und nach einer Renovierung der sogenannte Altbau zeitgerecht bezogen und für die Verwaltungsgemeinschaft genutzt werden. Dieser Gebäudeteil wurde von der VG angemietet.

Es zeigte sich sehr rasch, dass sich die Goethestraße 1 als Anlaufstelle für die Bürger aus den VG-Gemeinden als äußerst günstig bestätigte. Sie konnten ihren Behördenbesuch mit Einkäufen verbinden, hatten



Ansicht Altbau VG, ca. 1935

Parkplätze und Bushaltestelle in der Nähe. Außerdem zeigte sich, dass viele Bürger aus den umliegenden Arbeitsstätten, wie Preh oder Innenstadt in der Mittagspause naheliegend ihren Behördengang erledigen konnten. Die Räumlichkeiten im sog. Altbau reichen jedoch nicht aus.

So nahm der damalige Gemeinschaftsvorsitzende 1. Bürgermeister Edmund Grom Kaufverhandlungen für den gesamten Block des heutigen VG-Gebäudes mit der Firma Preh auf, die 1980 erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Damit fand die Geschäftsstelle der Verwaltungsgemeinschaft ihren dauerhaften Sitz an der heutigen Stelle.

Die genannten Wohnungen im Flachdachanbau wurden weitgehend als Verwaltungsräume umgebaut und ab 1980 so genutzt.

2010 fand eine Generalsanierung des gesamten Gebäudekomplexes

mit energetischer Sanierung und wesentlichen funktionalen Ertüchtigungen des Hauses statt. Wichtigste Verbesserung war die Schaffung eines Bürgerbüros mit ganztägiger Öffnungszeit.

Zur Geschichte des Gebäudes der Geschäftsstelle:

Der Altbau mit dem Walmdach wurde 1933 als Parteigebäude der NSDAP gebaut und hat insoweit eine dunkle Geschichte. Nach dem zweiten Weltkrieg zog dann die Polizei in das Gebäude ein. Nach deren Umzug in die neu gebaute Dienststelle an der Ecke Gartenstraße/Otto-Hahn-Straße kaufte die Firma Preh den sog. Altbau, nutzte ihn zur Unterbringung von Arbeitskräften und baute auf der westlichen Seite in den siebziger Jahren den Flachdachbau an, um dort vor allem Firmenbediensteten Wohnraum zu bieten.

Die Geschichte der Verwaltungsgemeinschaft in dem heutigen Ver-

waltungsgebäude begann wie oben beschrieben dann 1978.

Text: Karl Hemmert, ehemaliger Geschäftsstellenleiter / Bernhard Rösch, Geschäftsstellenleiter

Eine schöne Geschichte am Rande:

Bei der Generalsanierung 2010 entdeckten Bauarbeiter, dass der heutige Brunnen vor dem Haus früher bereits ein solcher gewesen sein könnte, da in der heutigen Brunnenumrandung ein Wassertrog gefunden wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt diente die Umrandung als Einfassung eines Blumenbeetes. Nach Recherchen im Stadtarchiv fand sich ein Bild, das den Brunnen in den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts in Betrieb zeigte. Auch ältere Bewohner der Goethestraße erzählten anschließend von dem Brunnen mit dem Kastanienbaum, der noch heutige ein markantes Bild bietet. Erfreulicherweise wurde eine Finanzierung zur Wiederherstellung des Brunnens gefunden.

Die sieben Wassersäulen zeigen symbolisch das gute Nebeneinander unserer sieben Mitgliedsgemeinden.



VG-Geschäftsstelle

EINFÜHRUNG EDV

Mit der Neueröffnung der VG Bad Neustadt hielt auch die elektronische Datenverarbeitung Einzug in die Verwaltung. Die Verantwortlichen entschieden sich mit Gründung der Verwaltungsgemeinschaft für eine Zusammenarbeit mit dem größten Systempartner und Softwarehaus für Kommunen, der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern, kurz AKDB. Diese Partnerschaft besteht auch heute noch.



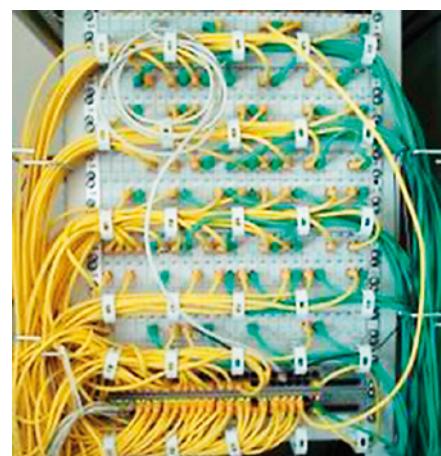
Doch zuvor mussten die per Hand geführten Daten der Gemeinden (Karteikarten mit Einwohnerdaten, Steuerlisten, Haushaltzzahlen) zunächst mühsam zusammengetragen und ersterfasst werden. Dafür wurden Berge von handschriftlichen Erfassungsbelegen erstellt, die dann Zug um Zug in der neu eingerichteten Datenstation erfasst wurden. Die TA 1000 der Fa. Triumph-Adler war quasi ein schwerer Schreibtisch mit eingebauter Tastatur und Matrix-Nadeldrucker für Endlospapier. Einen Bildschirm oder eine Display gab es nicht. Auch in den Folgejahren war dies Stand der Technik. Daten wurden erfasst, per Modem an das Rechenzentrum der AKDB zur Weiterverarbeitung übertragen und am Folgetag die Ergebnisse in endlosen Ausdrucken überprüft.



Ende der 80er-Jahre drängten Anbieter wie NCR, Philips und Mannesmann-Kienzle mit sog. Mittlerer Datentechnik auf den Markt. Eine Zentraleinheit für das ganze Haus, mit einfachen Datensichtgeräten am Arbeitsplatz wurde gekauft. Ab diesem Zeitpunkt galt es auch, eine personelle Systembetreuung im Haus sicherzustellen. Heute lächelt man über 1 MB Hauptspeicher (Aufpreis für ein weiteres MB 9.900,- DM), 45 MB Bandkapazität zur Sicherung und einer Festplatte für den gesamten Datenbestand mit 120 MB. Die Diagonale der ersten 20 monochromen Monitore (Neongrün auf schwarz) betrug 12 Zoll!

In diesem Zusammenhang wurde auch die erste Software zur Dokumentenerstellung beschafft (KiText). Die Zeit der Schreibmaschinen ging langsam ihrem Ende entgegen. Problematisch war der deutlich größere Platzbedarf an den Arbeits-

plätzen: Die schweren und klobigen Bildschirme mussten mit massiven Schwenkarmen am Tisch befestigt werden und die lauten Nadeldrucker wurden in Schallschutzhäuben untergebracht. Für die Grundstücksverwaltung wurde bereits Anfang der 90er-Jahre der Datenaustausch der Eigentümerdaten mit der Bayrischen Vermessungsverwaltung getestet und eingeführt.



Erst im Jahr 1997 bekam die Geschäftsstelle der VG eine strukturierte Gebäudeverkabelung als Grundlage für vernetzte Windows-Anwendungen. Im gleichen Jahr gab es auch den ersten Windows-Server und 25 Arbeitsplatz-PCs. Alle Fachanwendungen mussten auf das Betriebssystem Windows umgestellt werden. Microsoft wurde mit WORD und EXCEL allgegenwärtig. Das damals eingeführte Dokumentenmanagementsystem umfasst mittlerweile rund 100.000 Schriftstücke. Bereits 1998 kam das erste Sitzungsdienstprogramm dazu, um die Aufgaben rund um die Sitzungen der einzelnen Gremien zu



bewältigen. Auch die Online-Medien wie Internet und E-Mail-Verkehr erhalten Einzug und bieten völlig neue Möglichkeiten, die allerdings auch organisatorisch und sicherheitsrelevant begleitet werden müssen.



Seitdem müssen nach ca. 6 Jahren die Hardware-Komponenten (Server und PCs) aktualisiert werden, um den immer größer werdenden Bedarf an Informationsinhalten entsprechend abzudecken. Die verschiedenen Windows-Generationen werden damit zwangsläufig auch durchlaufen.

Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden bedarfsgerecht geschult, um die technischen Möglichkeiten in der Praxis anzuwenden.

Weitere Meilensteine in der Folgeentwicklung des EDV-Einsatzes in der VG waren:

- 2002** Erstellung der ersten Internetseiten für die Gemeinden und die VG im Rahmen des Landkreis-LIS
- 2006** Einführung der EDV-gestützten Rentenantragsstellung im Sozialwesen
- 2008** Einsatz einer Software zur Wahlauszählung per Barcode

und anschließenden Feststellung des Wahlergebnisses mit elektronischer Weiterleitung

- 2008** Elektronische Zeiterfassung mit Workflow (elektronischer Urlaubsantrag und Zeitkorrekturen)
- 2010** Einführung des neuen Personalausweises mit digitalen Bildern und digitalem Fingerabdruck
- 2012** Umstieg auf virtualisierte Server, damit deutlich Ressourceneinsparungen im Hardwarebereich
- 2012** Einführung der revisionssicheren Archivierung der Kasenbelege und somit Wegfall des Papierarchivs
- 2014** Ablesung der Wasserzähler mittels Smartphone
- 2016** Einführung eines BürgerServiceportals für Online-Dienste auf den Internetseiten der Gemeinden
- 2016** Anordnungsworkflow, als weiterer Schritt zum papierlosen Büro, mit digitalen Signaturen (Unterschriften) bei der Bearbeitung von Buchungen
- 2018** Einführung des Elektronischen Rechnungseingangsbuches

Ausblick:

- 2019** Erstellung eines digitalen Leitungskatasters für die Wasserversorgung.

Mit dem Einstieg in den immer schneller fahrenden EDV-Express

ist die VG gut gerüstet um auch in Zukunft die Anforderungen an eine moderne, serviceorientierte Verwaltung zu erfüllen.



Peter Wolf

EDV-Verantwortlicher
der VG Bad Neustadt

GEMEINDERAT GERHARD MÜLLER

HOHENROTH IM INTERVIEW



Gerhard Müller

Sehr geehrter Herr Müller,

Sie waren 40 Jahre als Lehrer in Leutershausen und Hohenroth, davon 15 Jahre als stellv. Schulleiter an der Edmund Grom-Volksschule, später Edmund-Grom-Grund- und Mittelschule in Hohenroth, insgesamt 40 Jahre als Fachberater Schulsport im Landkreis Rhön-Grabfeld und 40 Jahre als Leichtathletiktrainer tätig. Als Würzburger sind Ihnen dabei die Rhön und Hohenroth zur Heimat geworden.

Sie sind der einzige unter 82 Gemeinderäten der VG-Mitgliedsgemeinden, der seit der Gründung der VG Bad Neustadt am 01.05.1978 ohne Unterbrechung bis heute im Amt ist.

Für die Gemeinde Hohenroth vertreten Sie die Bürgerinnen und Bürger seit der Gründung der Gemeinde mit den Ortsteilen Hohenroth, Leutershausen, Windshausen und Querbachshof am 01.05.1972, also seit 46 Jahren, im Gemeinderat. Am

Ende dieser Legislaturperiode werden es **48 Jahre im Kommunalen Ehrenamt als Gemeinderat** sein, wobei Sie auch 21 Jahre lang Ihre Gemeinde Hohenroth als Mitglied der Gemeinschaftsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft vertreten haben. Eine wohl **einmalige Zahl von Jahren in gemeindlicher Verantwortung**, davon 12 Jahre als zweiter Bürgermeister. Aufgrund Ihrer Verdienste verlieh Ihnen der Gemeinderat im Jahre 2011 die Ehrenbürgerwürde. Außerdem hat Ihnen der Bayerischen Innenminister im Jahre 2009 die Kommunale Verdienstmedaille in Silber verliehen.

Sie haben enorm viel Zeit in das Kommunale Ehrenamt eingebracht und dabei vieles erlebt.

Was bewog Sie 1972, für den Gemeinderat zu kandidieren?

Anfang der siebziger Jahre ist kommunalpolitisch insbesondere durch die Gebietsreform vieles in Bewegung gewesen. Ich war erst wenige Jahre zuvor als Lehrer an die damals noch selbstständige Dorfschule Leutershausen gekommen und in Leutershausen sehr gut aufgenommen worden. Der damalige 1. Bürgermeister Emil Graf und mein Vorgänger in der Schule, Herr Egid Zeißner sowie die freundliche und offene Aufnahme durch die Bürger von Leutershausen unterstützte die Schule mit allen Kräften.

Leutershausen hatte sich in einer Bürgerabstimmung für einen Zu-

sammenschluss mit der Gemeinde Hohenroth ausgesprochen. Zur Wahl des ersten Gemeinderates der neuen Gemeinde Hohenroth mit den Ortsteilen Leutershausen und Windshausen wurde ich aus der Ortsbevölkerung von Leutershausen sowie von meinem Vorgänger Egid Zeißner angesprochen, ob ich mich zur Verfügung stellen würde. Was das Gemeindeleben anbelangt, erwartete man damals, dass sich der Dorflehrer nach seinen Fähigkeiten dort einbringt. Insoweit sah ich es auch als eine Verpflichtung an, mich als Kandidat aufstellen zu lassen. In einer ortsteilinternen Vorentscheidung erhielt ich in Leutershausen die meisten Stimmen und wurde anschließend bei der Gemeinderatswahl zum 01.05.1972 in den Gemeinderat Hohenroth gewählt.

Hat sich bei der Arbeit des Gemeinderates im Vergleich zu damals etwas verändert?

Im Prinzip hat sich fast alles geändert. Die Gemeindeführung hat sich von einem ehrenamtlichen Bürgermeister in einen hauptberuflichen Bürgermeister geändert. Damit kann die Gemeinde politisch vor allem mit dem erforderlichen Zeiteinsatz und der notwendigen Flexibilität geführt werden. Die Verwaltung hat sich von einer Anfang 1972 noch ehrenamtlichen Verwaltung in eine fachlich hochkompetente Verwaltung innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft geändert.

Zu den Gemeinderatssitzungen in den siebziger Jahren gab es kaum Vorinformationen. Heutzutage stehen dem Gemeinderat zu den einzelnen Tagesordnungspunkten umfangreiche Beschlussvorlagen zur Verfügung, die zudem für den öffentlichen Sitzungsteil noch digital zu jeder passenden Zeit aus dem Ratsinformationssystem abgerufen werden können.

Der Gemeinde steht gegenüber 1972 wesentlich mehr Geld zur Verfügung. Der Handlungsrahmen hat sich damit deutlich erweitert und es gibt eine verbesserte finanzielle Unterstützung durch den Staat.

Bei Planungsentscheidungen, wie z. B. bei Bebauungsplanaufstellungen oder Hochbaumaßnahmen stehen meist gut ausgearbeitete Varianten zur Entscheidung.

Der Gemeinderat ist wesentlich früher in Entscheidungsprozesse eingebunden.

Die Arbeit ist damit transparenter, demokratischer und auch interessanter geworden. Allerdings wird einem auch als Gemeinderat deutlich sichtbar, dass sich die Bürokratie enorm erweitert hat. Am meisten fällt das in den Verfahren von staatlichen Zuwendungen auf, die die Kommunalverwaltung in einem erheblichen Maß herausfordert.

Vor allem der Wissensvorsprung der Bürgermeister hat sich deutlich erhöht.

Wie hat sich Gemeindepolitik seit 1972 aus Ihrer Sicht verändert?

Neben den bereits bei der vorherigen Frage gegebenen Antworten, ist die Gemeindepolitik für die Gemeinderäte, aber vor allem auch für die Bürger wesentlich transparenter geworden. Die Bürger müssen sich nur dafür interessieren und die Informationsmöglichkeiten auch wahrnehmen (Öffentliche Gemeinderatssitzungen, „Ortsschelle“, Homepage, Presse).

Mir war es von Anfang an wichtig, die Ortsteile, d. h. die Dörfer unserer Gemeinde baldmöglichst zu verbinden, insbesondere Vertrauen zu schaffen. Hohenroth mit seinen Dörfern und Weilern ist heute ein Stück weit zusammen gewachsen. Es gibt deutlich weniger Neid untereinander. Meine große Hoffnung ist, dass sich dieser Prozess in der nächsten Generation beschleunigt fortsetzt und Kirchturmdenken nie mehr zurückkehrt.

Festzuhalten ist, dass sich der Gemeinderat in all' den Jahrzehnten immer bemüht hat, allen Gemeindeteilen soweit möglich gerecht zu werden. In heutiger Zeit setzt unser 1. Bürgermeister seine unermüdliche Kraft vor allem auch in die Erfüllung dieses Anspruchs.

An welche Entscheidung erinnern sie sich heute noch besonders gerne?

An den Kindergartenanbau und die Sanierung im Jahre 2012, weil da-

mit die dauerhafte Einrichtung einer Kinderkrippe realisiert werden konnte.

Raten Sie Menschen sich kommunalpolitisch zu engagieren. Was sollte ihnen wichtig sein? Wie sollten sie auf die Dinge schauen?

Wer Interesse an seiner Heimat und einem lebenswerten Umfeld für sich und seine Kinder hat, muss sich ehrenamtlich engagieren. Die Kommunalpolitik ist der einzige politische Sektor, wo man z. B. als Gemeinderat direkt etwas bewirken oder beeinflussen kann. Die Verantwortung in dieser Aufgabe ist groß.

Man sollte deshalb bereits vorher im Dorf in den Vereinen und Verbänden engagiert sein, um Erfahrungen zu sammeln. Zudem sollte man sich vor allem als junger Mensch oder Neubürger frühzeitig für die Gemeindepolitik durch den Besuch von Bürgerversammlungen und Gemeinderatssitzungen, durch das Lesen in den gemeindlichen Informationsmedien und des Lokalteils der Tageszeitungen interessieren.

Für wichtig und hilfreich halte ich es, sich thematische Schwerpunkte zu setzen, damit man inhaltlich möglichst fundiert mitreden und echte Beiträge liefern kann.

Die Arbeit im Gemeinderat ist hochinteressant, vielseitig und von Einfluss geprägt. Die eingebrachte Zeit lohnt sich.

GEMEINDERAT GERD MÜLLER IM INTERVIEW

Wie nehmen Sie die Verwaltungarbeit in einer Gemeinde im Wechsel der Jahre wahr?

Ich habe auf unterschiedlichen Gebieten (Gemeinde, Schule, Ausschussarbeit, 2. Bürgermeister) relativ viel unmittelbar mit den Verwaltungsanforderungen einer Gemeinde und im Besonderen mit der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale zu tun gehabt.

Die Fülle der Gemeindeaufgaben und damit die Verwaltungarbeit sind immens gewachsen. Es gibt keine Gemeinderatssitzung ohne umfassende Vorarbeit der VG. Dazu

habe ich bereits weiter oben Stellung genommen. Ratsarbeit ohne Verwaltung ist heutzutage undenkbar.

Die Bürger sind kritischer aber auch konstruktiver und wesentlich aufgeklärter geworden. Daher ist eine fundierte, wie auch sorgfältige Aufarbeitung und transparente Darstellung der Maßnahmen und Fälle durch die Verwaltung für den ersten Bürgermeister und den Gemeinderat, wie auch eine gute Verwaltungsberatung der Bürger durch die Verwaltung selbst eine entscheidende Komponente für die Stärke einer Gemeinde.

Soweit ich das beobachte ist eine leistungsstarke Verwaltung aber auch in der Wahrnehmung der Gemeinden durch Aufsichtsbehörden, Förderstellen und dgl. ein entscheidendes Qualitätsmerkmal.

Wichtig ist, dass die Jugend Demokratie erlebt, da diese meines Erachtens nach aktuell stark gefährdet ist.

Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte der Geschäftsstellenleiter der VG Bernhard Rösch

DREI MITARBEITER – SEIT BEGINN AM 01.05.1978 DABEI



Margot Büttner, Bernhard Rösch und Heidi Ullrich sind seit der ersten Stunde der VG am 01.05.1978 dabei.

MEILENSTEINE 1978 - 2018

1978	Start mit 15 Vollzeitkräften in der Geschäftsstelle der VG, Goethestraße 1 (angemietet)
1978	Gründungsversammlung der Verwaltungsgemeinschaft
1978 - 1984	Neubau der Kläranlage des Abwasserverbandes „Saale-Lauer“ mit zahlreichen neuen Kanalsammelleitungen und Rückhaltebecken
1978 - 2018:	Erweiterung des innerörtlichen Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalnetzes der VG Mitgliedsgemeinden von ca. 70 km auf 94 km.
	Neubau von 8 Kindergärten und Generalsanierung von 3 Kindergärten im VG-Bereich
	20 Pfarrer in den Mitgliedsgemeinden tätig
	12 Schulleiter an den Grundschulen in Burglauer und Salz sowie an der Grund- und Mittelschule in Hohenroth tätig
	insgesamt 319 Gemeinderäte (davon 50 bereits verstorben) in den Mitgliedsgemeinden
	insgesamt 21 erste Bürgermeister für die Mitgliedsgemeinden im Amt
	80er-Jahre starke Veränderungen im Namens- und Familienrecht
1980	Neubau des Gemeinschaftshauses Oberebersbach
1980	Erwerb des heutigen Verwaltungsgebäudes, Goethestraße 1 durch die VG
1985	Bau der Mehrzweckhalle Niederlauer
1980 - 1990	10 erfolgreiche Brunnenbohrungen und deren Ausbau in den Mitgliedsgemeinden sowie Neuordnung der Wasserversorgungen Burglauer, Hohenroth, Niederlauer, Schönau a. d. Brend und Strahlungen mit Pumpwerken, Hochbehältern und Leitungsnetzen.
1987	Volkszählung
1987/88	Bau der Mehrzweckhalle in Strahlungen
1988	Generalsanierung und Erweiterung der Rudi-Erhard-Halle Burglauer
1988	Neubau der Karl-Straub-Grundschule mit Ludwig-Müller-Sporthalle in Salz
1989	Grenzöffnung - Begrüßungsgelder
1990	Sanierung der Grundschule Burglauer
1990	Umbau der ehemaligen Volksschule in Burgwallbach zum Bürgerhaus
1991	Beschaffung des ersten PCs im Hause für das Standesamt
1991	Automation im Standesamt (Einführung EDV-Programm zur Erfassung u. Beurkundung der Personenstandsfälle)
1991 - 2007	Planung und Bau der A 71 in den Gemarkungen Strahlungen, Rödelmaier und Burglauer mit zwei Autobahnanschlüssen im VG-Bereich, Verlegung der B279 u. a. in dem Gemarkungsbereich Rödelmaier
1992	Einstellung der ersten technischen Fachkraft in der Bauverwaltung der VG
ab 1993	Spätaussiedler-Welle
1995	Erweiterung der Grund- und Volksschule Hohenroth
1996	1. Bürgermeister Rudi Erhard 30 Jahre im Amt
2000	Umbau und Anbau der ehemaligen Volksschule in Salz zum Gemeindezentrum
2003	VG-Geschäftsstellenleiter Karl Hemmert geht in den Ruhestand
2004	Der bisherige Stellvertreter Bernhard Rösch übernimmt die Geschäftsstellenleitung
2008	Einführung der ersten Kinderkrippe im VG- Bereich in Hohenroth
2009	Erste Baugebietserschließung mit einem Bauträger im VG-Bereich in der Gemeinde Hohenroth

MEILENSTEINE 1978 - 2018

2010	Generalsanierung des Verwaltungsgebäudes der VG
2011	Einrichtung VG-Bürgerbüro mit durchgehenden Öffnungszeiten
2018	Ausbildungsabschluss des(r) 47. Auszubildenden der VG
2018	Gemeinderat Gerhard Müller 46 Jahre im Amt
2018	VG-Geschäftsstellenleiter Bernhard Rösch und Verwaltungsinspektorin Margot Büttner 40 Jahre im Dienste der VG
2018	Die 12 Feuerwehren mit ca. 480 aktiven Feuerwehrleuten besitzen 27 verschiedene Fahrzeuge

Städtebauliche Entwicklungen

1978 – 2018	Aufstellung von insgesamt 84 rechtsverbindlichen Bebauungsplänen zur Wohn- und Gewerbeentwicklung in unseren Mitgliedsgemeinden
1978 – 2018	Erschließung von ca. 130 ha Wohnaugebiete im VG Bereich
1978 – 2018	Erschließung von rd. 50 ha Gewerbegebiete im VG-Bereich
1978 – 1990	Flurbereinigung Schönau a. d. Brend
1978 – 2010	Flurbereinigung und Dorferneuerung Unterebersbach
1985 – 1995	Städtebauliche Sanierung des Weilers Querbachshof
1985 – 2018	Dorferneuerungen in Strahlungen und Rödelmaier
seit 1995	Städtebauliche Sanierung des Ortskerns von Niederlauer
1995	Städtebauliche Sanierungssatzung Niederlauer
seit 1995	Kommunales Förderprogramm zur Innenentwicklung von Niederlauer
1997	Ortsentwicklungsplanung Hohenroth
seit 2000	Kommunales Förderprogramm zur Innenentwicklung von Salz
2005 – 2018	Unternehmensflurbereinigungen in Rödelmaier und Strahlungen
2011	Einführung der kommunalen Verkehrsüberwachung für 5 VG-Mitgliedsgemeinden und 5 externe Gemeinden mit Übernahme der Bußgeldstelle
2010-2011	Entwicklung der Bauhofgemeinschaft Hohenroth-Salz-Schönau a. d. Brend
2012	Inbetriebnahme der Bauhofgemeinschaft Hohenroth-Salz-Schönau a. d. Brend als Zweckverband. Jährlicher Umsatz: Personal- und Maschinenleistungen für rund 1,3 Mio. Euro
seit 2015	Waldflurbereinigungen in Schönau a. d. Brend und Oberebersbach
2016 - 2017	Integriertes ländliches Entwicklungskonzept für die NES-Allianz (ILEK)
2017	Weiteres Mitglied der Bauhofgemeinschaft: Rödelmaier, Umbenennung in Bauhofgemeinschaft Brend-Saale (BauGe)
2017	Rahmenplanung für den Kernbereich von Schönau a. d. Brend
seit 2017	Aufstellung von vier Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepten für Burglauer, Salz, Schönau a. d. Brend mit Burgwallbach und Strahlungen (ISEK)
2018	Städtebauliche Feinplanungen für Ortsquartiere in Burglauer und Strahlungen

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

HAUPTAMT



Im Hauptamt laufen alle Fäden der Verwaltungsgemeinschaft zusammen. Die Geschäftsleitung mit Sekretariat für die Geschäftsleitung und die Bürgermeister der Mitgliedsgemeinden steuert den Gesamtbetrieb der VG mit Personalentwicklung und -einsatz, Betriebsorganisation, IT-Strategien, Projektorganisationsstrategien, Sitzungsmanagement, strategische Arbeit und Interkommunale Zusammenarbeit, grundsätzliche Rechtsangelegenheiten sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Zur Personalarbeit gehören insbesondere die Personalentwicklung, die Stellenbewertung, die Ausbildungsverantwortung, die Steuerung des Personaleinsatzes und die Leistungsbewertung.

Die VG legt großen Wert auf eigene Ausbildung und gute Fortbildung des Personals. Allein für die Fortbildung wird jährlich ein Budget von rund 15.000 € bereitgestellt.

Die Geschäftsleitung ist auch für eine reibungslose Schnittstellenbildung zwischen den politischen Strategien und Zielsetzungen sowie den fachlichen Anforderungen aus dem Recht und der Technik verant-

wortlich. Gerade in einer Verwaltungsgemeinschaft mit sieben ersten Bürgermeistern, sieben zweiten Bürgermeistern, die teilweise im Tagesgeschäft mit tätig sind und 22 regelmäßig tagenden Gremien (Gemeinderat, Ausschüsse, Gemeinschaftsversammlung) stellt diese Aufgabe hohe Anforderungen an die fachliche und persönliche Kompetenz. Sie ist ein wesentlicher Faktor um das „Schiff VG“ für die unterschiedlichsten Ansprüche und Interessen der einzelnen Gemeinden und der Bürger sowie mit den unterschiedlichen persönlichen Ansprüchen der politisch Verantwortlichen auf „Kurs“ zu halten.

Die Taktung der Betriebsabläufe und die Vermeidung von Reibungsverlusten erfordert ein gutes Management der Vielzahl von Projekten in den einzelnen Sachgebieten. Allein im investiven Bereich der Gemeinden sehen die Finanzplanungen der VG-Mitgliedsgemeinden in den kommenden fünf Jahren ein Investitionsvolumen von rund 60 Mio. Euro vor, welche zu organisieren sind. Ein wichtiger Teil der Arbeit im Hauptamt ist das Sitzungsmanagement. Mindestens einmal im Monat

finden die regulären Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen statt, Verbandssitzungen seltener. Im Jahr 2017 wurden im gesamten VG-Bereich insgesamt 154 Sitzungen (Gemeinderats- und weitere Sitzungen) zusammen mit den Bürgermeistern gemanagt. In allen Sitzungen 2017 fielen rund 1600 Tagesordnungspunkte an.

Ein Instrument zur Vor- und Nachinformation der Gemeinderäte zu den Sitzungen stellt das digitale Ratsinformationssystem dar. Ratsmitglieder und Bürger können im Vorfeld für die öffentlichen Sitzungsteile die Beschlussvorlagen und nach der Sitzung die Sitzungsprotokolle online lesen.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt im Hauptamt ist die Steuerung der Innenentwicklung. Derzeit werden in vier Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft „Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte - ISEK“ in Zusammenarbeit mit Planungsbüros, Gemeinderäten und der Bürgerschaft erstellt.

Ferner steuert das Hauptamt die Interkommunale Zusammenarbeit. Einen besonderen Schwerpunkt bildete in den vergangenen beiden Jahren für die NES-Allianz die Aufstellung des Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzepts-ILEK und die Organisation und der Aufbau der künftigen Zusammenarbeit als Arbeitsgemeinschaft ebenso wie die Einrichtung eines Allianzmanagements.

*Lisa Mauer, Kathrin Ihls,
Sachbearbeiterinnen SG I/1,
Bernhard Rösch, Geschäftsstellenleiter*

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

BÜRGERBÜRO, SOZIALE ANGELEGENHEITEN

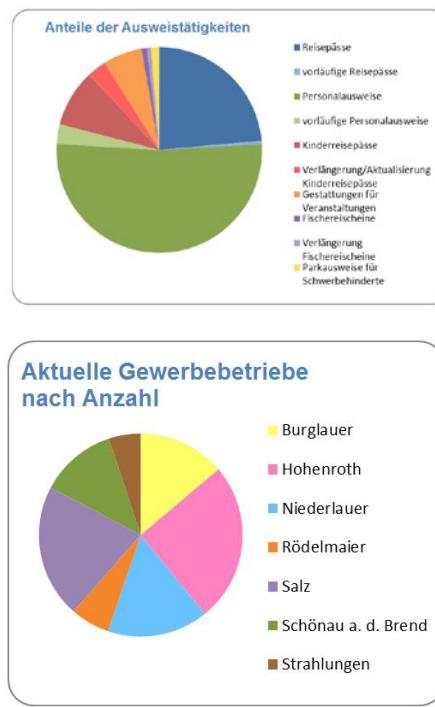


Sachgebiet III/4, Bürgerbüro

Das Bürgerbüro ist als Serviceschwerpunkt zentrale Anlaufstelle. Wöchentlich kommen durchschnittlich 150 Bürgerinnen und Bürger vorbei. Das Kerngeschäft des Bürgerbüros umfasst das Melde- und Passwesen sowie das Gewerbebesen und die Aufgaben der Gemeinden aus dem Bereich Sicherheit und Ordnung. Darüber hinaus ist es für weitere vielseitige Angelegenheiten zuständig. Dazu gehört unter anderem die Bereithaltung und Auslage von Formularen und Informationsmaterial, Antragsannahme für Führungszeugnisse und die Ausstellung von Fischereischeinen.

Außerdem ist das Bürgerbüro für die Organisation und Abwicklung der Wahlen (Europawahlen, Bundestagswahlen, Landtags- und Bezirkstagswahlen, Kreistagswahlen, Gemeinderatswahlen, Wahl der Bürgermeister und des Landrats, Volksbegehren/-entscheid) zuständig. Die Wahlen finden je nach Legislaturperiode im Abstand von 4, 5 bzw. 6 Jahren statt.

Text: Sabrina Brischke,
Sachbearbeiterin SG III/4

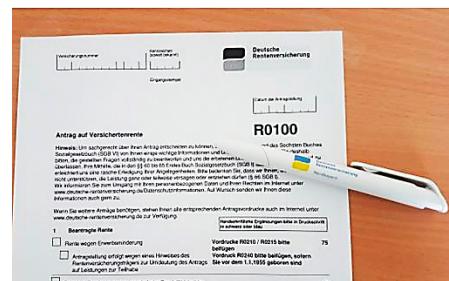


Sachgebiet III/5, Fachbereich Rente und Soziales

Durch ständige Fort- bzw. Weiterbildungsmaßnahmen stellt die Verwaltungsgemeinschaft den Bürgerinnen und Bürgern ihrer Mitgliedsgemeinden kompetente Sachbearbeiter an die Seite, die Hilfestellungen in allen Angelegenheiten der Deutschen Rentenversicherung sowie weiteren möglichen Sozialleistungen geben können.

Im Bereich der Deutschen Rentenversicherung steht somit dem Versicherten ein Ansprechpartner direkt

vor Ort zur Verfügung. Für die Versicherten können die bereits beim Rentenversicherungsträger gespeicherten rentenrechtlichen Zeiten überprüft und ggf. mittels einer Kontenklärung vervollständigt werden. Somit lassen sich bestehende Lücken in einem Versicherungsverlauf eventuell durch Beitrags-, Anrechnungs- oder Berücksichtigungszeiten schließen, was wiederum eine direkte Auswirkung auf den späteren Rentenbeginn bzw. auf die zu erwartende Rentenhöhe hat.

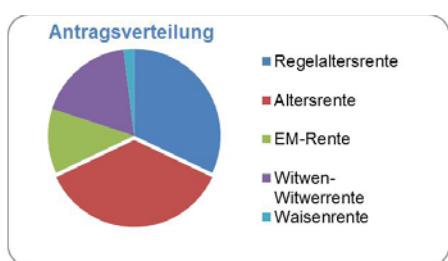


Des Weiteren erfolgt neben der Aufnahme von Rentenanträgen wegen Alters (vorgezogene Altersrenten sowie Regelaltersrente), Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit (Erwerbsminderungsrente) auch die Beantragung auf Renten wegen Todes (Witwen- und Witwerrente, Waisenrente, Erziehungsrente, Witwen- und Witwerrente) durch unsere Fachabteilung. Nicht außer Acht gelassen werden darf die Alterssicherung für Landwirte, welche gerade in unserer vormals durch Landwirtschaft geprägten Region immer noch einen hohen Anteil an anspruchsbechtigten Versicherten hat.

Unter weitere mögliche Sozialleistungen fallen u. a. die Befreiung von

, FRIEDHOFSAMT UND FEUERSCHUTZ

Rundfunkgebühren, Beantragung eines Sozialtarifes bei der Telekom, die Antragstellung auf Feststellung des Grades einer Behinderung oder die Verweisung an weitere Leistungsträger wie z. B. dem Landratsamt als zuständige Stelle für Sozialhilfe bzw. Grundsicherung.



Sachgebiet III/5, Fachbereich Friedhofsverwaltung

Die Gemeinde ist verpflichtet, für ihre verstorbenen Gemeindeangehörigen einen würdevollen Ort zur Bestattung vorzuhalten. Dieser Verpflichtung kommen die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale durch die Errichtung und Unterhaltung ihrer gemeindlichen Friedhöfe nach. Die Verwaltungsgemeinschaft verwaltet insgesamt 12 gemeindliche Friedhöfe ihrer 7 Mitgliedsgemeinden mit insgesamt 2620 Grabstätten.

Das Investitionsvolumen der Gemeinden in ihre Friedhöfe lag in den letzten 5 Jahren (2013 – 2017) bei insgesamt rund 424.000,- €. Der jährliche Gesamtaufwand, welcher sich aus den laufenden Unterhalts- und Betriebskosten sowie Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen für diese Einrichtungen zusammensetzt, lag im Jahre 2017 für alle Friedhöfe bei rund 239.000 €.

Wesentliche Aufgabe der Friedhofsverwaltung ist die Überwachung der Einhaltung der entsprechenden Friedhofssatzung. Hierunter fallen vor allem die Zuweisung einer Grabstätte im Bestattungsfalle, die Führung eines Bestattungsverzeichnisses, die Begründung bzw. Verlängerung von Nutzungsrechten an Grabstätten, die Genehmigung von Grabmalen sowie die Überprüfung deren Standsicherheit und die Zulassung von gewerblichen Tätigkeiten auf den Friedhöfen.

Daneben muss eine vorausschauende Planung bezüglich der verfügbaren Grabstätten erfolgen, um auf Veränderungen in der Bestattungskultur bedarfsgerecht reagieren zu können. So kam vor etwa 15 Jahren noch auf drei Erdbestattungen eine Urnenbeisetzung. Zwischenzeitig zeichnet sich jedoch eine deutliche Tendenz zur Urnenbestattung ab,

was mittlerweile ein nahezu gleiches Verhältnis zwischen Erd- und Urnenbestattungen ergibt.

Neben der klassischen Leichenbestattung in einem Erdgrab bzw. einer Grabkammer, werden mittlerweile auch verschiedene Formen einer Urnenbestattung angeboten. Nicht nur das Urnenerdgrab, welches in jedem unserer Friedhöfe erworben werden kann, sondern auch vermehrt pfegefreie Urnengrabstätten können erworben werden. Je nach Friedhof kann zwischen einer Hain- oder Stelengrabstätte, einer Urnennische in einer Urnenwand oder einer naturnahen Urnengrabstätte im Rasenfeld bzw. ein durch die Gemeinde angelegtes naturnahes Urnengräberfeld gewählt werden.

Des Weiteren ist neben dem Vollzug der Friedhofsgebührensatzung die vorausschauende Planung bezüglich



der künftigen Gebührenentwicklung ein weiterer wichtiger Bestandteil der Friedhofsverwaltung. Da es sich bei einem Friedhof um eine gemeindliche Einrichtung handelt welche kostendeckend zu betreiben ist, ist hier die turnusmäßige Überprüfung und ggf. Anpassung der Friedhofsgebühren unumgänglich.

Texte: Rudi Schaupp, Sachbearbeiter SG III/5

Sachgebiet III/5, Feuerschutz in den Gemeinden

Die Gemeinden sind gesetzlich verpflichtet, den Feuerschutz in den Gemeinden zu gewährleisten. Hierfür unterhalten die 7 Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft 12 Freiwillige Feuerwehren.

Die jeweilige Gemeinde muss Feuerwehrgerätehäuser, Feuerwehrfahrzeuge, Ausrüstungsgegenstände und die nötige persönliche Schutzausrüstung für die Feuerwehren bereitstellen.



Die 12 Feuerwehren mit ca. 480 aktiven Feuerwehrleuten besitzen 27 verschiedene Fahrzeuge vom kleinen Anhänger bis zum großen Löschgruppenfahrzeug LF/16.

Im Jahr 2017 hatten alle Wehren insgesamt ca. 224 Einsätze der verschiedenen Arten zu verzeichnen. Auch hier ist das Spektrum sehr unterschiedlich. Es mussten Prozessionen abgesperrt, Tiere befreit sowie Hilfe bei Unfällen oder Hochwassereinsätzen geleistet werden. Wenn die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, wird der Aufwendungserlass durch die Verwaltung bei den Verursachern durch Bescheide in Rechnung gestellt.

Die Verwaltung unterstützt die 12 Freiwilligen Feuerwehren bei Ihren vielfältigen Aufgaben, wie die Beratung in Fragen des abwehrenden Brandschutzes und des technischen Hilfsdienstes. Auch ist die rechtliche Unterstützung der Feuerwehren bei allen Feuerwehrangelegenheiten gegeben.

Die Gemeinden stellen den Feuerwehren insgesamt ein jährliches Budget in Höhe von 30.300 Euro für eigenverantwortliche Klein-Beschaffungen der Kommandanten zur Verfügung. Der Gesamtaufwand für den Feuerschutz (Gebäudeunterhalt, Fahrzeuge, Geräte) für Investitionen und Betriebskosten betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich rd. 240.000 € im Jahr für alle Gemeinden und Ortsteile.



Die in den einzelnen Feuerwehren vorhandenen Fahrzeuge müssen nach ca. 20 bis 30 Jahren durch neue Fahrzeuge ersetzt werden. Die Verwaltungsgemeinschaft wirkt bei den Beschaffungen federführend mit.

Ein weiteres Aufgabengebiet ist die Erstellung von Feuerwehrbedarfsplänen, welche die Grundlagen für eine mögliche Ausstattung der Feuerwehren mit Fahrzeugen, Gerätschaften und Feuerwehrhäusern sind.

Zum Bereich des Feuerschutzes gehören auch die Unterstützung der Feuerwehren bei Kommandantenauswahlen, Beratung über nötige Ausbildungen der Feuerwehrleute sowie die Vorbereitung von Gemeinderatsbeschlüssen für verschiedene Maßnahmen.

Text: Jürgen Büttner, Sachbearbeiter, SG III/5

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

PERSONAL-/STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN/IT



Sachgebiet I/2: Personalstelle

Die Personalstelle der VG ist für die Personalsachbearbeitung der Verwaltungsgemeinschaft, der sieben Mitgliedsgemeinden, einer externen Gemeinde, der Forstbetriebsgemeinschaft und vier Zweckverbände verantwortlich.

Insgesamt werden 380 Personalfälle mit einem derzeitigen Personalkostenvolumen von rund 7,3 Mio. € im Jahr bearbeitet. Hierunter sind Beamte, Tariflich Beschäftigte, Auszubildende, Beamtenanwärter, hauptamtliche Bürgermeister, ehrenamtliche Bürgermeister, Ehrensoldempfänger, Gemeinschaftsvorsitzende, Verbandsvorsitzende, Erzieher, Kinderpfleger, Berufspraktikanten, Vorpraktikanten, FSJ'ler, Altersteilzeitbeschäftigte, Schulhausmeister, Jugendbetreuer, Sozialpädagogen, Forstwirte, Asylanten, Feuerwehrkommandanten, geringfügig und kurzfristig Beschäftigte mit den unterschiedlichsten Aufgabenbereichen.

Wie sich vor allem die politischen und rechtlichen Anforderungen im Laufe der Jahrzehnte entwickelt ha-

ben, macht das Beispiel „geringfügig Beschäftigte“ deutlich. Lag der Arbeitsaufwand hier anfänglich bei rund einer Stunde pro „Geringfügigem“ pro Jahr, kostet dieser mittlerweile locker das Fünffache an Arbeitszeit. Aber auch im Kindergartenbereich hat sich aufgrund zahlreicher Gesetzesänderungen ein überdurchschnittlicher Personalaufwand entwickelt. Durch die enorme Flexibilität hinsichtlich der Buchungszeiten und der sich daraus ergebenden ständigen Überprüfungen hinsichtlich des sogenannten Anstellungsschlüssels sind mittlerweile monatliche Arbeitsvertragsänderungen an der Tagesordnung.

Die VG selbst hat heute 35 Stellen, die mit 45 Mitarbeitern besetzt sind. Hinzu kommen derzeit vier Auszubildende. Ein Drittel der Belegschaft arbeitet in Teilzeit, insgesamt gibt es 24 unterschiedliche Arbeitszeitmodelle.

Positiv erwähnenswert ist aber auch die Statistik zum Krankenstand in der VG Bad Neustadt. Im August 2015 erschien ein Pressebericht, wonach im Landkreis Rhön-Grabfeld im Jahr

2014 jede Erwerbsperson durchschnittlich 17,6 Tage krankgeschrieben war. Seit Gründung der VG Bad Neustadt bis einschließlich 2017 lag der Durchschnitt beim VG-Personal bei 5,96 Krankheitstagen pro Mitarbeiter im Jahr!

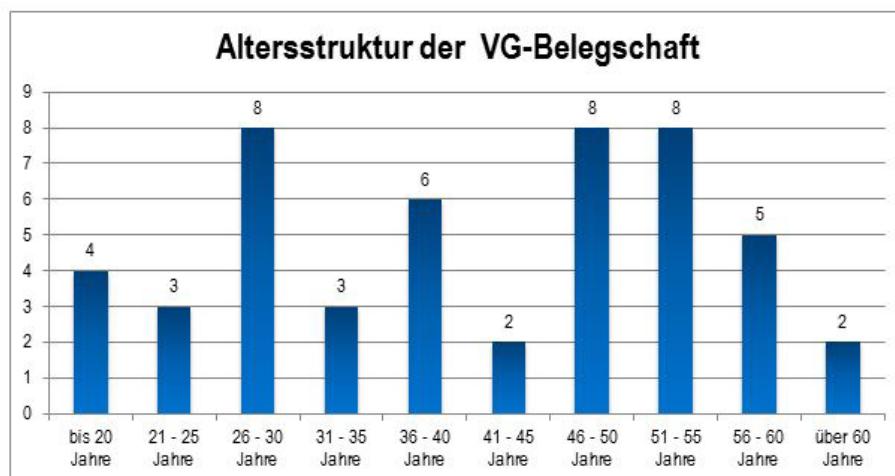
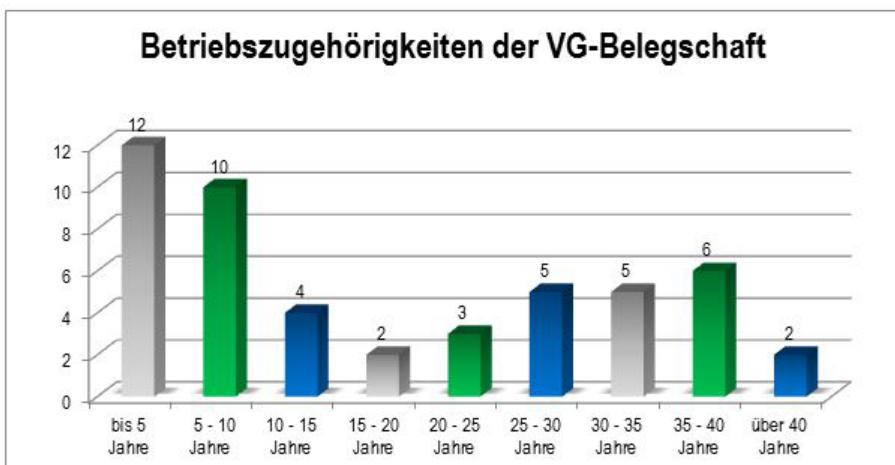
Berufsbilder in der VG-Verwaltung: Stand Oktober 2018:

- Verwaltungsbeamter der dritten Qualifikationsebene mit Fachstudium und ergänzender Ausbildung Betriebswirt (Verwaltung)
- Verwaltungsbeamte der dritten Qualifikationsebene mit Fachstudium
- Verwaltungsbeamte der dritten Qualifikationsebene nach qualifizierendem Aufstieg
- Verwaltungsbeamte der zweiten Qualifikationsebene (Verwaltungswirte)
- Tariflich Beschäftigte mit der Fachprüfung II (Verwaltungsfachwirt) und ergänzender Ausbildung Betriebswirt (Verwaltung)
- Tariflich Beschäftigte mit der Fachprüfung II (Verwaltungsfachwirt)
- Tariflich Beschäftigte mit der Fachprüfung I
- Tariflich Beschäftigte Verwaltungsfachangestellte
- Tariflich Beschäftigten Verwaltungsfachangestellter und Web-Master
- Tariflich Beschäftigte staatlich geprüfte Bautechniker
- Tariflich Beschäftigte Bauingenieure/Architekten
- Tariflich Beschäftigter Bauingenieur/Tiefbau

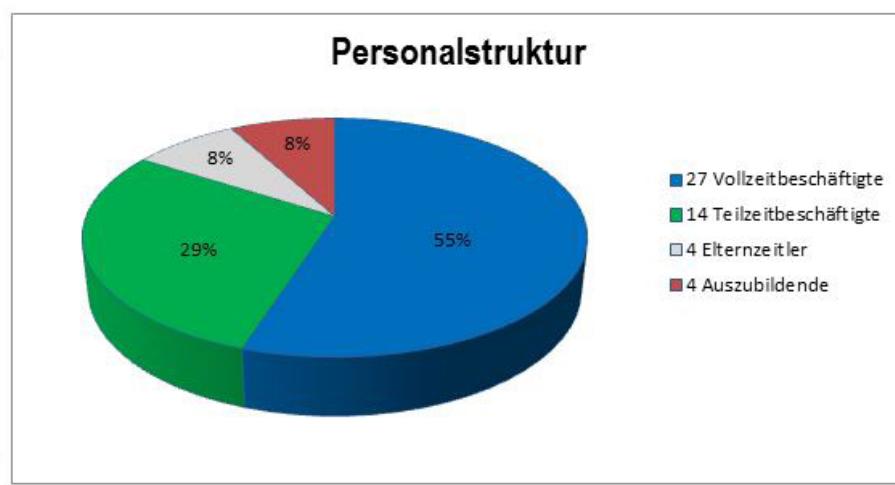
DIE VG UND IHRE MITARBEITER

- Tariflich Beschäftigte
Betriebswirtin
- tariflich Beschäftigte mit kaufmännischer Ausbildung

- tariflich Beschäftigte mit Rechtsanwaltsgehilfen-Ausbildung



Altersdurchschnitt (Stand: 31.12.2017): 41,49 Jahre



Text: Volker Kiesel, Sachbearbeiter I/2

Sachgebiet III/3: Straßenverkehr, Straßenwegerecht

Dem Sachgebiet obliegen in allererster Linie die Aufgaben der **Örtlichen Straßenverkehrsbehörde** und somit der Vollzug der Straßenverkehrsordnung auf den rund 130 km inner- und außerörtlicher Gemeindestraßen und Wegen. Die Mitarbeiter haben die Amtspflicht regelnd einzutreten, wenn die Gegebenheiten im Einzelfall, insbesondere Gründe der Sicherheit oder Ordnung des Verkehrs, dies erfordern. Dabei gilt prinzipiell der Grundsatz „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“. Die Verantwortlichkeit der Straßenverkehrsbehörde der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt ist weitgefasst, wie die folgenden Auszüge des Aufgabenspektrums zeigen:

- Anordnung von Verkehrszeichen an Gemeindestraßen, Verkehrsrechtliche Anordnungen für Baustellenbeschilderungen, Durchführung von Verkehrsschauen
- Kommunale Verkehrsüberwachung
- Organisation des Schülerverkehrs für die Grund- und Mittelschulen der Mitgliedsgemeinden, Schulwegsicherheit



Das zweite umfassende Handlungsfeld des Sachgebietes ist das **Straßen- und Wegerecht**.

PERSONAL-/STRASSEN- UND VERKEHRSWESEN/IT

Die öffentliche Funktion einer Straße wird durch Widmung mit genauer Straßenbenennung und Längbeschreibung begründet. Die Widmung hat auch große finanzielle Bedeutung bezüglich der sich damit ergebenden Straßenbau- und Unterhaltungslast. Im VG-Bereich gibt es hunderte von innerörtlichen und außerörtlichen öffentlichen Straßen. Das Sachgebiet III/3 führt diese in elektronischen Bestandsverzeichnissen. Außerdem gehören zum Vollzug des Straßen- und Wegerechtes die Vergabe und Zuteilung von Hausnummern, Ausnahmegenehmigungen zum Gemeingebräuch, die Winterdienstorganisation mit Überwachung der Verkehrssicherungspflicht sowie der Vollzug der Satzungen aus dem Straßen- und Wegerecht.

Text: Timo Schmitt, Sachbearbeiter III/3

Sachgebiet I/3/4: IT

Das arbeitsorganisatorische Herzstück der Verwaltungsgemeinschaft ist die elektronische Datenverarbeitung. Mit 3 Mitarbeitern (2,5 Stellen) steuern wir unsere IT-Einrichtungen komplett selbstständig und -verantwortlich. Dazu gehören die Beschaffung, Konfiguration und der laufende Betrieb aller eingesetzten Hardwareprodukte wie Server, PCs, Notebooks, Smartphones und Drucker. Auch der Einsatz und die Betriebssicherheit für über 70 Softwareprodukte, die Steuerung der Datenbanken, die Betriebs- und Datensicherheit sowie der Betrieb der Onlinefunktionen

werden durch uns gewährleistet. An den technischen Arbeitsplätzen geht es dabei um CAD-Produkte. Ein weiteres breites Betätigungsfeld des IT-Sachgebietes sind die Betreuung aller Kommunikationseinrichtungen wie Telefon, mobilen Datengeräten, WLAN-Access-Points, usw. sowohl in der VG als auch in den Mitgliedsgemeinden mit ihren Einrichtungen.

Der Softwareeinsatz erfolgt in Zusammenarbeit mit der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung (AKDB) und weiteren speziellen Softwarehäusern.

Insgesamt acht Homepages werden ständig auf dem Laufenden gehalten und weiter entwickelt.

Die Steuerung des zentralen Dokumentenmanagements und der Outlookfunktionen ist in enger Verflechtung mit dem Personal ein weiterer bedeutender Arbeitsbereich. Die Pflege und der Betrieb des elektronischen Ratsinformationssystems sind für das Sitzungsmanagement der Bürgermeister und der Verwaltung ebenso wichtig wie für die Gemeinderäte und die Bürgerschaft.

Für die Mitarbeiter im Haus sind die Kollegen des Sachgebietes IT unverzichtbare Stützen für die Betriebssicherheit und Funktionalität ihrer IT-Anwendungen. Als Helfer stehen wir für die Lösung kleiner und großer „Probleme“ zur Verfügung.

Text: Peter Wolf, Sachbearbeiter I/3

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

KÄMMEREI



Sachgebiet II/1: Kämmerei, Haushaltsplanung, Rechnungslegung, Rechnungs- prüfung, Fördermaßnahmen

Nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist den Gemeinden das Recht gewährleistet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Grundlage dafür ist die **eigene Finanzausstattung**, welche im Haushaltspunkt darzustellen ist. Jede Gemeinde muss ihre Haushaltswirt-

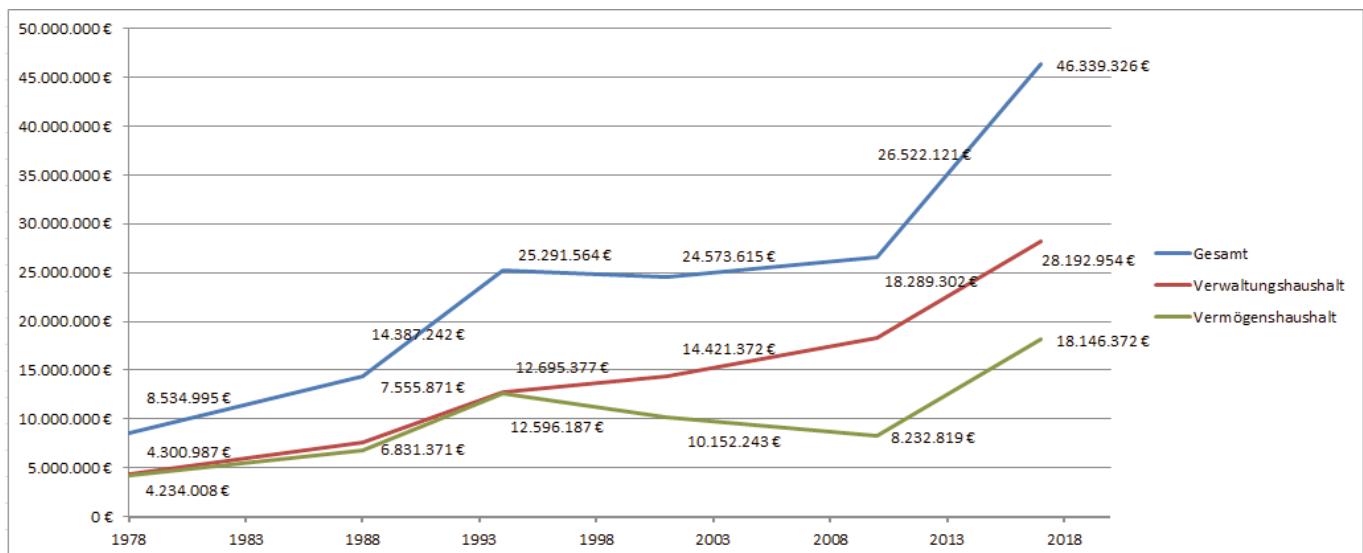
schaft so planen und führen, dass eine **stetige Erfüllung ihrer Aufgaben** (dauernde Leistungsfähigkeit) gesichert ist.

Die Kämmerei stellt für **jedes Haushaltsjahr** in enger Zusammenarbeit mit den politischen Gremien und Bürgermeistern insgesamt **11 Haushaltsentwürfe** für die Gemeinden und Verbände auf und legt diese dem Gemeinderat bzw. der Verbandsversammlung zum Beschluss über die **Haushaltssatzung** vor. Während

des Haushaltjahres (01.01. - 31.12. j. J.) wird der Vollzug der geplanten Werte überwacht, am Jahresende werden die Rechnungsergebnisse ermittelt und mit den geplanten Werten verglichen. Daneben bereitet die Kämmerei alle Anordnungen (Rechnungen) zur Auszahlung für die Kasse der VG vor. Freigegeben werden diese durch die Anordnungsbefugten, i. d. R. die Bürgermeister. Dies geschieht über einen sog. „Anordnungsworflow“, welcher einen IT-gesteuerten Prozess bis zur digitalen Archivierung der Anordnungen realisiert. In absehbarer Zeit wird damit vom elektronischen Posteingang bis zur Buchführung ein papierloses Verfahren mit digitaler Signatur realisiert werden können.

Über das Haushaltsjahr hinaus wird eine drei Jahre in die Zukunft reichende Finanzplanung erstellt, welche sich schwerpunktmäßig auf den investiven Haushaltsteil bezieht und

Entwicklung des Haushaltsvolumens aller VG-Gemeinden



jährlich für alle 11 Gemeinden und Verbände fortgeschrieben wird.

Die Haushaltsplanung, der Haushaltsvollzug und die Rechnungslegung unterliegen einer zweistufigen Prüfinstanz, die aus der **örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfung** besteht.

Neben diesen Tätigkeiten führt die Kämmerei die Anlagenbuchhaltung zum Nachweis des gemeindlichen Vermögens und der Schulden sowie die Kosten- und Leistungsrechnung als Fundament für verschiedene Kalkulationen (z. B. Bauhofgemeinschaft oder gebührenfinanzierte Einrichtungen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Friedhof etc.).

In den letzten Jahren sind die Anforderungen an eine **Haushaltskonsolidierung** in den Gemeinden erheblich angestiegen. Unsere eher „kleinen“ Gemeinden haben trotz - überregional - „sprudelnder“ Steue-

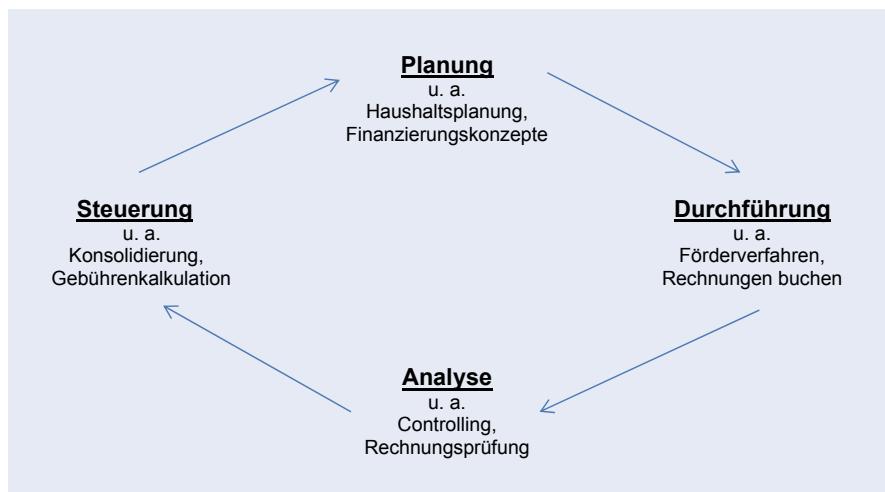
reinnahmen vermehrt Schwierigkeiten, einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Kreditaufnahmen aufzustellen. Dies gilt besonders für Ersatz- oder Neuinvestitionen trotz einer Vielzahl von staatlichen „Förderböpfen“. Gründe dafür sind stetig wachsende Aufgabenstellungen, z. B. im Bereich der Kinderbetreuung (Krippe, Hort etc.), die Weiterentwicklung der technischen Standards und die Preisentwicklungen der letzten Jahre.

Ein umfangreiches und anspruchsvolles Tätigkeitsfeld der Kämmerei ist das **Förderwesen - „Förderböpfen finden und schöpfen“** - im übertragenen Sinn. Ein breites Spektrum im Hoch- und Tiefbau sowie in vielen weiteren Bereichen steht den Gemeinden zur Verfügung, welches fachlich von der Antragstellung bis zur Abrechnung in enger Zusammenarbeit mit unserer Bauabteilung begleitet wird. Im letzten Jahr wurden **Investitionen in Höhe von rd.**

18.000.000 € im sog. „Vermögenshaushaltsteil“ abgerechnet. Ergänzt wird dieser Bereich im laufenden Haushalt durch die komplexen Anforderungen des Finanzausgleichs zwischen den Kommunen und dem Freistaat Bayern (z. B. Schlüsselzuweisungen usw.). Das Volumen der 11 sog. „Verwaltungshaushaltsteile“ lag im letzten Jahr bei insgesamt 28.200.000 €.

*Text: Heike Kaiser,
Kämmerin und stellv. Geschäftsstellenleiterin*

Am Beispiel des Controlling-Kreislaufes lassen sich die wesentlichen Tätigkeiten der Kämmerei darstellen:



DIE VG UND IHRE MITARBEITER KASSE



Sachgebiet II/2: Kasse

Den Gemeindekassen wurden vielfältige Aufgaben übertragen. Unter Anderem sind sie zuständig für die Verwaltung der Kassenmittel, die Verwahrung von Wertgegenständen, sowie die Buchführung und Aufbewahrung sämtlicher Belege.

Ein Hauptaugenmerk liegt auch auf der Einziehung von offenen Forderungen durch die Kassenmitarbeiter. Hierzu erstellen diese fristgerecht die Mahnungen und leiten anschließend die Vollstreckung der Forderungen ein. Der Gesetzgeber hat den Mitarbeitern dazu einige Hilfsmittel in die Hand gegeben, um den Maßnahmen Nachdruck zu verleihen. Unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit der Mittel können z. B. Lohnpfändungen, Kontopfändungen und weitere Schritte bis hin zum Haftantrag vorgenommen werden.

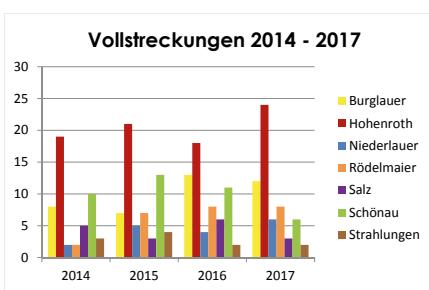
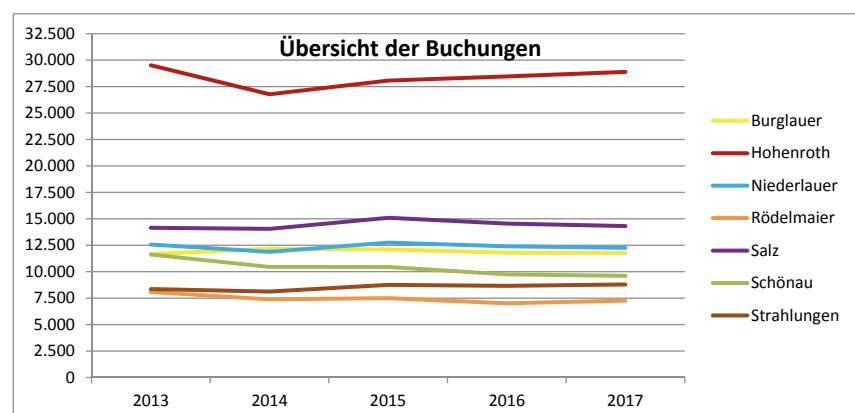
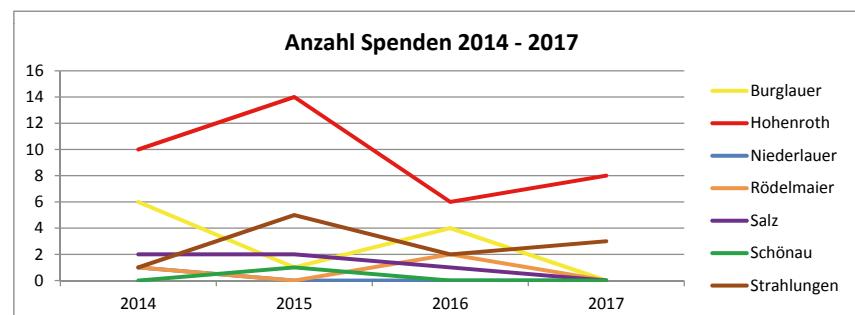
Zu den im hauseigenen Tresor verwahrten Wertgegenständen zählen hauptsächlich die Kfz-Briefe der Fahrzeuge der Mitgliedsgemeinden sowie zahlreiche Sparbücher, Sicherungskarten und Schließpläne von Gemeindegebäuden, Geschäftsanteile an Banken oder Scheckvordrucke. Insgesamt sind dies 115 Wertgegenstände.

Aus sicherheitstechnischen Gründen werden außerhalb der Verwaltungsgemeinschaft im Tresor der Bank die EDV-Sicherungsbänder verwahrt.

Zur Unterstützung gemeinnütziger Zwecke, wie z. B. die Förderung der Jugend- u. Altenhilfe, der Kunst und Kultur oder des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, konnten die Gemeinden zwischen 2014 und 2017 Spenden in Höhe von 46.746 € verzeichnen.

Die Einzahlungen und Auszahlungen müssen in zeitlicher Reihenfolge und in sachlicher Ordnung gebucht werden. Insgesamt sind so jährlich für alle Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft knapp 100.000 Buchungen vorzunehmen.

Text: Gerhard Herleth, Sachbearbeiter SG II/2



DIE VG UND IHRE MITARBEITER STEUERN, GEBÜHREN UND BEITRÄGE



Sachgebiet II/3, II/4: Steuern, Gebühren, Beiträge

„Ohne Moos – nix los!“ Das gilt nicht nur für „Otto Normalverbraucher“! Nicht nur jeder private Haushalt muss über ein gewisses Mindestmaß an Finanzmitteln verfügen, auch der Staat bzw. die Kommunen müssen Einnahmen haben, um die notwendigen Aufgaben auf der Ausgabenseite der öffentlichen Finanzwirtschaft finanzieren zu können.

Die wichtigsten öffentlichen Einnahmen sind die **Abgaben**. Unter Abgaben sind hoheitlich auferlegte öffentliche Lasten zu verstehen, die in Geld zu erfüllen sind und die der Einnahmenbeschaffung dienen. Wesensmerkmal der Abgaben ist, dass sie hoheitlich auferlegt werden. Weitere öffentliche Einnahmen – aber keine Abgaben – sind z. B. privatrechtliche Geldforderungen, Zinseinnahmen, Darlehensrückflüsse, Einnahmen aus der Veräußerung von Sachvermögen (z. B. Liegenschaften) oder Einnahmen aus wirtschaftlicher Betätigung.

Die Abgaben gliedern sich in **Steuern, Gebühren** (Verwaltungs- und

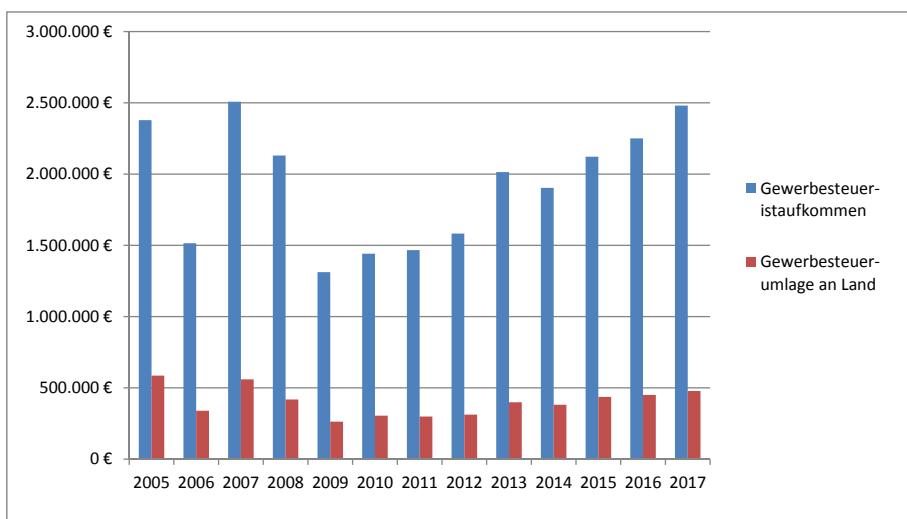
Benutzungsgebühren), **Beiträge** (nach dem Kommunalabgabengesetz und sonstige Beiträge), sowie **sonstige Abgaben**. Die gesetzlichen Grundlagen hierzu finden sich im Grundgesetz, in der Gemeindeordnung, im Kommunalabgabengesetz, in der Abgabenordnung, im Gewerbesteuergesetz, im Grundsteuergesetz, sowie im jeweiligen Ortsrecht (gemeindliche Satzungen und Verordnungen). Bei der Festsetzung von Grund- und Gewerbesteuer sind die Gemeinden an die Grundlagenbescheide (= Messbetragsbescheide) der Finanzämter gebunden. Die Steuer errechnet sich aus dem vom Finanzamt errechneten Messbetrag

und dem jeweils gültigen Hebesatz der Gemeinde (sogen. Hebesatz-Satzung).

Wesensmerkmal der Steuer ist, dass sie ohne (konkrete) Gegenleistung erhoben wird. Bei der Erhebung von Beiträgen gilt, dass bereits die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer öffentlichen Einrichtung eine Beitragspflicht begründet. Wesensmerkmal der Gebühr ist dagegen eine tatsächlich in Anspruch genommene öffentliche Dienstleistung.

Entwicklung der Gewerbesteuer aller VG- Gemeinden von 2005 bis 2017

Die **Gewerbesteuerdatenbank** beinhaltet derzeit 1.019 Gewerbebetriebe, von denen 403 Betriebe aktuell zur Gewerbesteuer veranlagt werden. Das Gewerbesteueristaufkommen betrug zum Jahresende 2017 ca. 2.400.000 Euro.

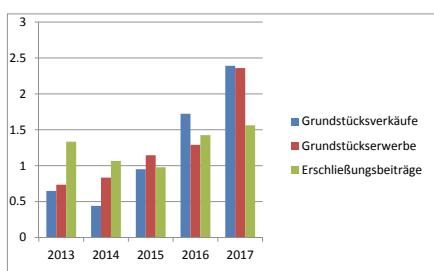


DIE VG UND IHRE MITARBEITER

Grundvermögen und Beiträge

Durch die Verwaltungsgemeinschaft wurden von 2013 bis 2017 für alle Mitgliedsgemeinden folgende **Beitragssummen abgerechnet bzw. Grundstücke verkauft oder erworben** (Beträge in Mio €):

Grundstücksverkehr nach Werten in Euro

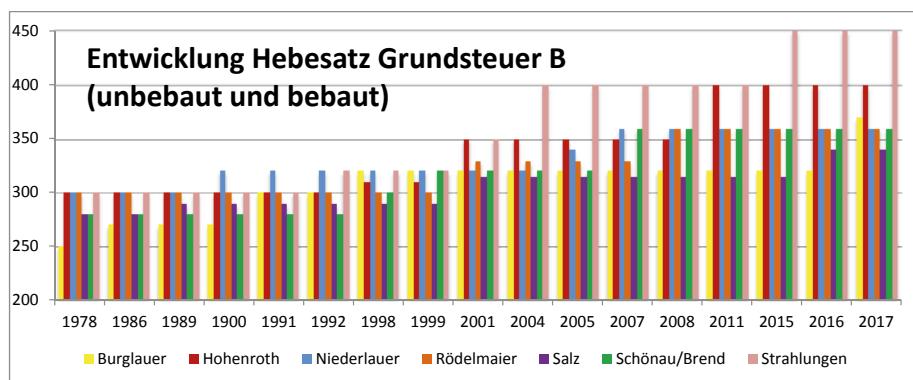
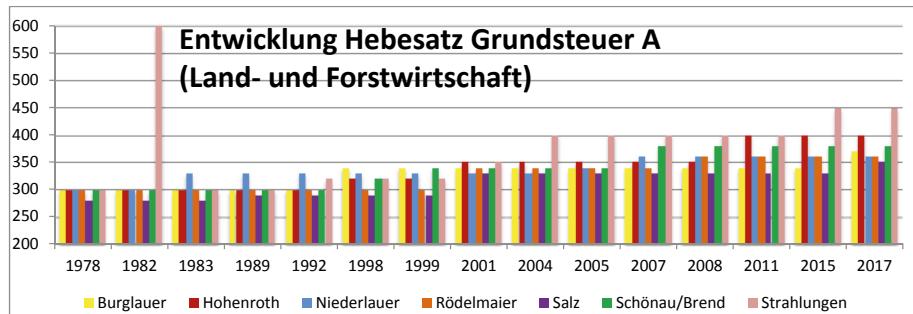


Gebühren

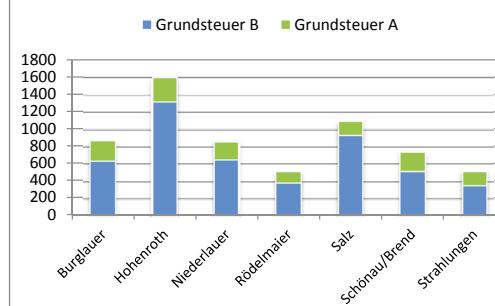
Die **Verbrauchsgebührenabrechnung** (Wasser und Kanal) erfolgt für **3.890 Anwesen**, hierzu werden ca. 4.000 Wasserzähler unterhalten. Der durchschnittliche Wasserverbrauch eines Einwohners beträgt 40 m³ im Jahr (2009 Umstellung des Abrechnungszeitraums - nur 9 Monate)

Verkaufte Wassermenge im Zeitraum 2002 – 2017: rd. 512.770 cbm, ergibt bei $\phi 12.400$ Einwohnern = 41,35 cbm/Person/Jahr

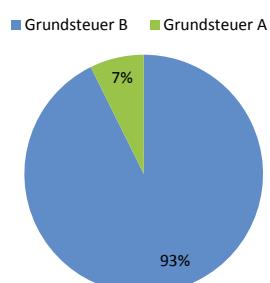
Zur Verwaltung aller Finanzangelegenheiten und zur Abwick-



Anzahl der veranlagten Grundstücke 2017



Anteil der Grundsteuer nach Art



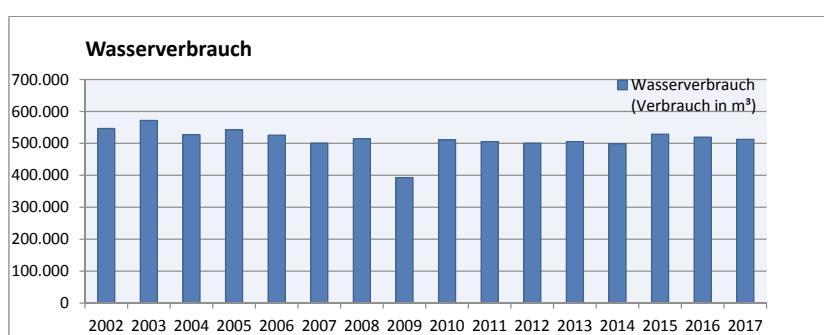
lung des gesamten Zahlungsverkehrs, einschließlich vorliegender **SEPA-Lastschriftmandate (=Einzugsermächtigung)** wird für jeden

Zahlungspflichtigen bzw. -empfänger eine sogen. Finanzadresse (= FAD) geführt.

Derzeit umfasst der Bestand ca. 12.200 Finanzadressen, mit denen regelmäßiger Zahlungsverkehr abgewickelt wird.

Grundsteuer

Die Grundsteuer zählt zu den Realsteuern und ist eine objektbezogene Steuer. Versteuert werden unbebaute und bebaute Grundstücke



STEUERN, GEBÜHREN UND BEITRÄGE

(Grundsteuer B) und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft (Grundsteuer A). Das Finanzamt ermittelt den Grundstückswert und setzt den Einheitswert und Grundsteuermessbetrag fest. Vom Sachgebiet II/4 der VG wird der Messbetrag mit dem von der Gemeinde beschlossenen Hebesatz multipliziert und der Grundsteuerbescheid festgesetzt.

Text: Karin Franz, Sachbearbeiterin SG II/3

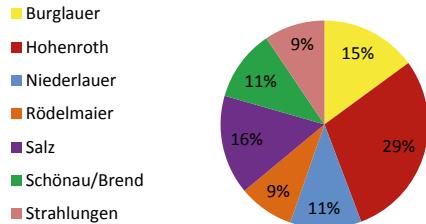
Hundesteuer

Die Hundesteuer ist eine Jahresaufwandsteuer, die das Halten von Hunden besteuert. Auf Grundlage der vom Gemeinderat erlassenen Hundesteuersatzung und der vom Hundehalter angegebenen Daten bei der An- oder Abmeldung des Hundes wird der entsprechende Bescheid festgesetzt. Jeder Hundehalter muss seinen Hund selbstständig an- und abmelden.

Im VG-Gebiet wurden 2017 insgesamt 730 angemeldete Hunde gehalten.

Hundehaltung im VG-Gebiet

Stand 2017

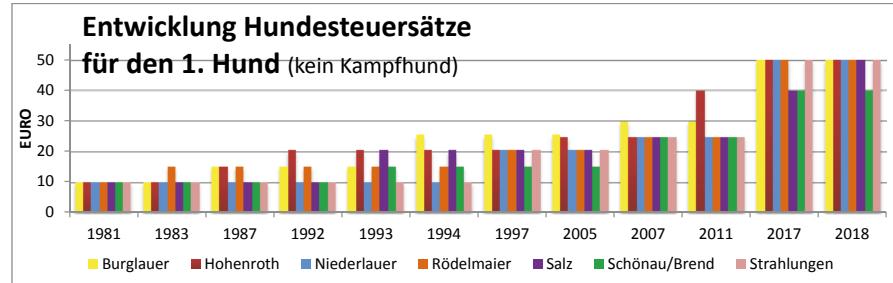


Gemeindliche Einrichtungen

Die gemeindlichen Einrichtungen wie Mehrzweck- und Sporthallen, Bürger- und Gemeindezentren o. ä., stehen in erster Linie den gemeindlichen Vereinen und Bürgern zur Sportnutzung oder diversen Veranstaltungen zur Verfügung. Die VG fertigt für die Inanspruchnahme der gemeindlichen Objekte Nutzungsverträge aus und rechnet nach den Veranstaltungen oder nach festgelegten Zeiträumen die Nutzungsentgelte ab.

In den Gemeinden der VG sind unterschiedliche Einrichtungen mit vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten vorhanden, z. B. Rudi-Erhard-Halle in Burglauer, Mehrzweckhalle und Bürgerhaus in Hohenroth, das Gemeinschaftshaus in Windshausen, die Sporthalle und das Bürgerhaus in Niederlauer, das Gemeinschaftshaus in Oberebersbach, die Sporthalle und das Bürgerhaus in Rödelmaier, das Gemeindezentrum und das Pater-Gregor-Becker-Haus in Salz, das Gemeindehaus in Schönau a. d. Brend und das Bürgerhaus in Burgwallbach, in Strahlungen das Bürgerzentrum Günter-Burger-Halle, das Rathaus und das Dorfgemeinschaftshaus.

*Text: Nicole Wittmann,
Sachbearbeiterin SG II/4*



DIE VG UND IHRE MITARBEITER **BAURECHT**



Sachgebiet III/1: Bauentwicklung

Die Bauentwicklung in unseren Mitgliedsgemeinden geschieht durch sog. Innenentwicklung (Aktivierung von Leerständen und unbebauten Bauplätzen) oder durch Baulandausweisung. Die Innenentwicklung setzt einen „langen Atem“ und viel Geduld voraus. Sie wird mit eigenen Konzepten verfolgt.

Die Baulandausweisung erfolgt im Rahmen der Bauleitplanung, die wir an dieser Stelle näher vorstellen wollen.

Gemeinden haben die Befugnis, über die bauliche Gestaltung ihres Gemeindegebiets selbst zu bestimmen, sie haben die Planungshoheit.

Diese üben sie mit dem Flächen-nutzungsplan und den Bebauungs-plänen, für welche unser Sachgebiet zuständig ist, aus.

Im Flächennutzungsplan, der für das gesamte Gemeindegebiet gilt, stellt die Gemeinde die beabsichtigte Bodennutzung nach den Bedürfnissen der Bevölkerung in Grundzügen dar.

Im Wesentlichen werden die Bauflächen, die Infrastruktur, verkehrliche Verbindungen, Grünflächen oder Flächen für die Landwirtschaft und Wald dargestellt.

Der Flächennutzungsplan gibt an, wo in einer Gemeinde gebaut werden darf.

Aus dem Flächennutzungsplan heraus werden dann die Baugebiete der Gemeinden entwickelt. Dafür ist ein Bebauungsplan notwendig, der für

jeden verbindlich regelt, wie gebaut werden darf (Lage, Größe, Höhe, Dachform der Gebäude). Er trifft außerdem Aussagen zu naturschutzfachlichen Ausgleichsmaßnahmen, zu denen die Gemeinde wegen des Eingriffs in die Natur durch die Bautätigkeit verpflichtet ist.

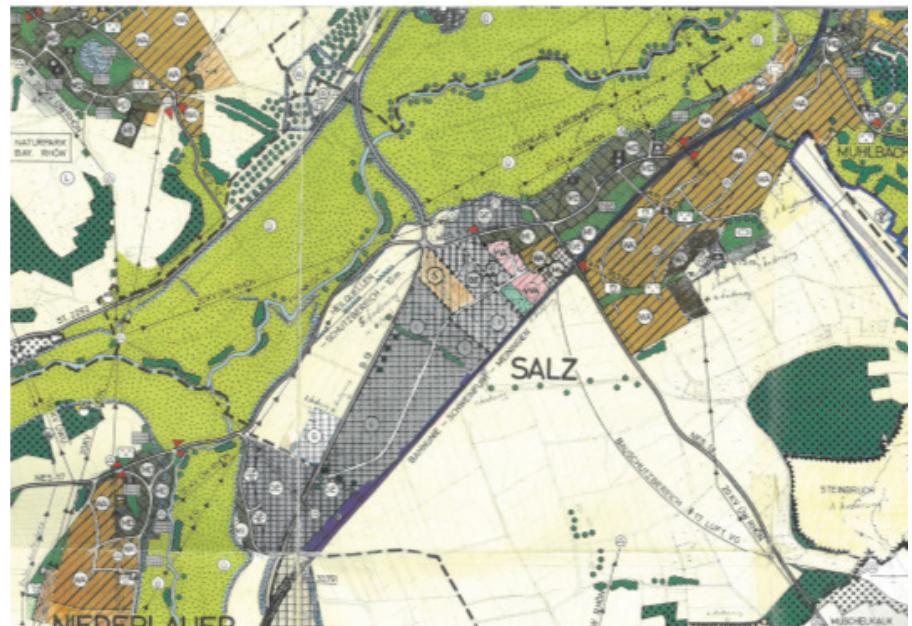
Der Bebauungsplan wird von der Gemeinde als Satzung erlassen, stellt also ein gemeindliches Gesetz dar.

Für beide Bauleitpläne ist daher ein förmliches Rechtssetzungsverfahren erforderlich, für das unser Sachgebiet federführend ist.

Text: Stefan Ziegler,
Sachbearbeiter III/1

Sachgebiet III/1.1: Bauantragsbearbeitung

Die Errichtung von Gebäuden ist grundsätzlich baugenehmigungspflichtig. Allerdings gibt es unterschiedliche Genehmigungsfreihei-



Auszug aus dem Flächennutzungsplan Salz/Niederlauer/Hohenroth

ten, Ausnahmen und Anzeigeformen für Bauvorhaben. Baugenehmigungsverfahren unterscheiden sich nach der Art des Gebietes, in dem ein Bauvorhaben errichtet werden soll (Wohngebiet, Gewerbegebiet, Dorfgebiet, Innenbereiche,...). Ein zentraler Punkt ist das Vorhandensein einer ausreichenden Erschließung (Zufahrt, Wasser-, Kanal-, Strom-, Gas-, Telekommunikationsanschluss).



Baugenehmigungsbehörde ist das Landratsamt Rhön-Grabfeld. Jedoch ist das Einvernehmen der Gemeinde zu jedem Bauantrag erforderlich.

Die Entscheidung hierüber obliegt dem Gemeinderat oder in Hohenroth dem Bau- und Verkehrsausschuss nach Vorbearbeitung durch die Verwaltungsgemeinschaft. Bauvorhaben in Bebauungsplangebieten können von der Gemeinde von der Genehmigung freigestellt werden, wenn sie dem Bebauungsplan entsprechen.

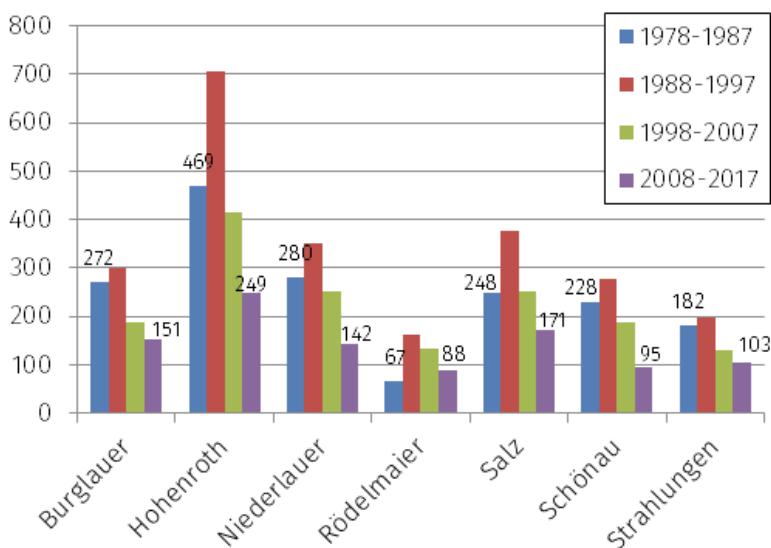
Aufgabe der Bauantragsbearbeitung ist zunächst die Beratung von Bauantragstellern hinsichtlich der notwendigen Verfahren, der Genehmigungsfähigkeit und der vorzulegenden Unterlagen. Wir legen seitens unserer Mitgliedsgemeinden großen Wert auf eine möglichst umfängliche Vorberatung der Bauherrn, um ihnen im Rahmen der rechtlichen Bedingungen die Verfahren so einfach und schnell wie möglich zu gestalten. Für den Gemeinderat erstellen wir zu jedem Bauantrag eine Beschlussvorlage, in der alle entscheidungsrelevanten Kriterien und möglichen Abwägungsgesichtspunk-

te zur Erleichterung für die Gemeinderäte dargestellt sind.

Seit dem 01.05.1978 sind in der Verwaltungsgemeinschaft neben unzähligen Bauberatungen insgesamt rund 6.700 Bauanträge bearbeitet worden.

*Text: Margot Büttner,
Sachbearbeiterin III/1.1*

Gesamtzahl der Bauanträge



DIE VG UND IHRE MITARBEITER

HOCHBAU / TIEFBAU



Sachgebiet III/2.1 Hochbau/Städtebau

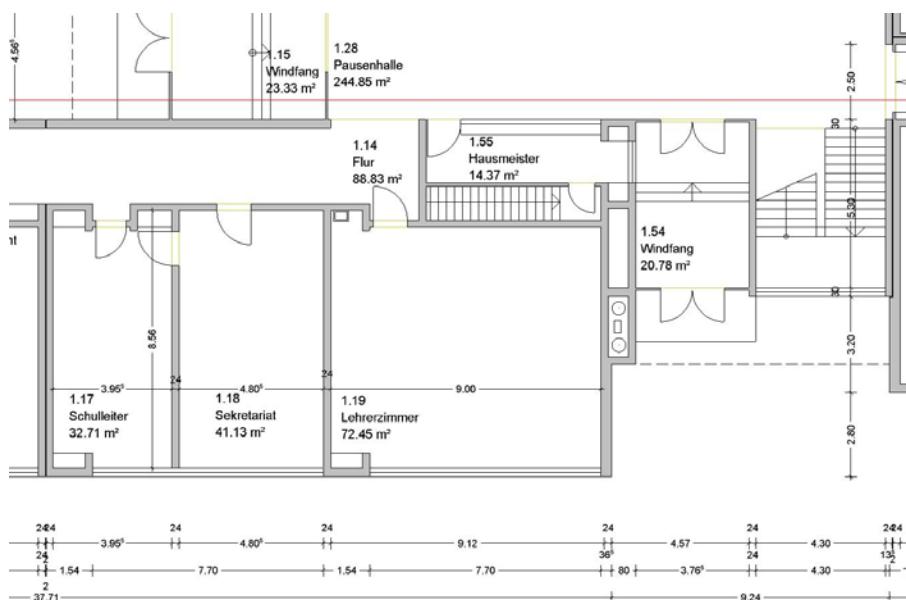
Das Sachgebiet Hochbau beschäftigt sich mit der Planung und Errichtung von Bauwerken, die mehrheitlich oberhalb der Geländelinie liegen. Die zu bearbeiteten Objekte betreffen im wesentlichen Schulen, Kindergärten, Sport- und Mehrzweckhallen, Bürgerhäuser, Feuerwehrhäuser, Bauhöfe und sonstige Nutzbauten der Gemeinden.

Ein Schwerpunkt des Tätigkeitspektrums liegt in der Beratung und Unterstützung der Gemeinden im Planungsprozess und bei der Realisierung.

Beginnend mit der Definition der Bauaufgabe, der Bedarfsermittlung, der Aufstellung von Funktions- und Raumprogrammen berät das Sachgebiet zum gesamten Leistungs- und Untersuchungsbedarf und wirkt bei der Vergabe von (externen) Planungs- und Gutachterleistungen mit. Ein wesentlicher Bestandteil der Begleitung der Baumaßnahmen ist die Beurteilung der Planungen in Gestaltungsfragen und die Mitwirkung

hinsichtlich einer wirtschaftlichen und technisch sinnvollen Bauausführung.

Während der eigentlichen Realisierungsphase werden die Projekte vom Sachgebiet Hochbau dahingehend gesteuert, dass die Planungsvorgaben, was den Kosten- und den Zeitrahmen anbelangt, möglichst eingehalten werden. Besonders hervorzuheben ist die Verantwortung für alle Aufgaben in dem komplexen Bereich des Vergabe- und Bauvertragswesens in Zusammenarbeit mit dem SG III/1.



Auch die Objektbetreuung, die Überwachung der Mängelbeseitigung während der Gewährleistungfristen sowie der Bauunterhalt sind wichtige Aufgaben des Sachgebiets Hochbau.

Das SG Hochbau betreut z. Zt. jährlich ein durchschnittliches Investitionsvolumen von 20 Mio €.

Neben der Steuerung von Hochbaumaßnahmen ist das Sachgebiet konzeptionell und gestalterisch an der Gemeindeentwicklungs- und Bauleitplanung beteiligt, z. B. bei städtebaulichen Maßnahmen, der Dorferneuerung, bei Flächennutzungs-, Landschafts-, Bebauungs-, und Grünordnungsplanungen. Beratungen im Rahmen der Innenentwicklung und kommunaler Förderprogramme runden das Tätigkeitsfeld ab.

*Text: Franz-Josef Schmitt,
Architekt und Stadtplaner*

Bauunterhalt- Betreuung und Gebäudeunterhalt kommunaler Liegenschaften

Unter dem Begriff Bauunterhaltung wird im Bauwesen die sogenannte „Aufrechterhaltung der Nutzbarkeit“ verstanden. Die Instandhaltungskosten umfassen zum einen die regelmäßige Wartung und zum anderen die Reparatur von Bauwerken. Die Kosten der Unterhaltung eines Bauwerks sind aufgrund der langfristigen Nutzungsdauer im Verhältnis höher als die reinen Baukosten.



Spielplatzkontrolle

Die Vergabe von operativen und jährlichen Hauptkontrollen erfolgt größtenteils an Fremdfirmen. Hierbei handelt es sich um detailliertere Inspektionen zur Überprüfung der Betriebssicherheit und der Stabilität der Anlage insbesondere in Bezug auf Verschleiß. Ziel ist es, die Sicherheit auf dem Spielplatz sicherzustellen.

Wartungsverträge

Als Wartung werden Maßnahmen zur Verzögerung des Abbaus des Gebäudebestandes verstanden. Sie wird während der Nutzung eines Objekts angewandt. Die Wartung wird nach technischen Regeln von ausgebil-

detem Fachpersonal durchgeführt, dies geschieht in regelmäßigen Abständen. So kann eine möglichst lange Lebensdauer und ein geringer Verschleiß der gewarteten Objekte gewährleistet werden. Fachgerechte Wartung ist oft auch Voraussetzung zur Gewährung der Gewährleistung. Wartungsverträge bestehen z. B. für Heizungsanlagen, Lüftungsbauten, Brandschutzanlagen, usw.

Text: Andreas Niklaus, Techn. Sachbearbeiter

Sachgebiet III/2.2: Tiefbau

Im Sachgebiet Tiefbau gliedern sich die Aufgaben nach Straßen und Wegen, Wasserversorgung, Entwässerung, Gewässerbau, Landschaftsbau, Sportanlagen, Strom- und Telekommunikationsanlagenbau und Leerrohrbauten.

Die größeren Neubau- und Sanierungsaufgaben werden an externe Planungsbüros vergeben, wobei das Sachgebiet Tiefbau für die Projektentwicklung, die Projektsteuerung und die Kostenkontrolle verantwortlich ist.

Kleinere Unterhaltungsmaßnahmen werden weitgehend im Sachgebiet



Wasserleitungen und -schieber

abgewickelt. Hier findet mit einer gemeinsamen Ausschreibung der Firmenleistungen in einem sog. Jahresleistungsverzeichnis eine sehr enge Kooperation der VG-Mitgliedsgemeinden statt.

Besondere Bedeutung haben im Bereich Tiefbau strategische Aufgaben zur Infrastruktur. Technische Anlagen, Rohrleitungen und Straßen unterliegen einem stetigen Verschleiß. Rechtzeitige Unterhaltungs- oder Erneuerungsmaßnahmen sorgen für einen wirtschaftlicheren Betrieb dieser Anlagen. Dabei spielt die frühzeitige Abstimmung von Maßnahmen mit den sonstigen Trägern für Infrastruktureinrichtungen wie Stromversorger, Telekommunikationsversorger, Abwasserverband, usw. eine tragende Rolle. Gerade auf diesen strategischen Bereich wird in Zukunft durch Personalverstärkung noch mehr Wert gelegt.

*Text: Bernhard Rösch,
Geschäftsstellenleiter*

DIE VG UND IHRE MITARBEITER AUSZUBILDENDE



Die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt bildet Verwaltungsfachangestellte der Fachrichtung Kommunalverwaltung (VFA-K), Beamtenanwärter für die 2. Qualifikationsebene der Fachlaufbahn Verwaltung und Finanzen und Informatikkaufleute aus.

Die Ausbildung eines Verwaltungsfachangestellten dauert drei Jahre und findet an den Lernorten der Ludwig-Erhard-Berufsschule in Schweinfurt und an der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) statt. Dagegen dauert die Ausbildung eines Beamtenanwärters der 2. Qualifikationsebene nur zwei Jahre und findet ausschließlich an der Bayerischen Verwaltungsschule (BVS) in Würzburg statt.

Das wichtigste Element der Ausbildung stellt die Vorschriftensammlung für die Verwaltung in Bayern (VSV) dar. In der Ausbildung lernt man, wie man die Gesetze und Vorschriften aus zahlreichen Rechtsbereichen wie z. B. Kommunalrecht, Verwaltungsrecht, Verfassungsrecht und Bürgerliches Recht auf unter-

schiedliche Sachverhalte anwendet. Während der praktischen Ausbildung in der VG durchläuft man jedes Sachgebiet und kann so die Arbeitsbereiche und ihre Inhalte, wie auch den Umgang mit Bürgern, Bürgermeistern und Vorgesetzten in aktiver Mitarbeit und kleineren Verantwortungsübernahmen näher kennenlernen. In den Ausbildungsbereichen Sozialrecht und kaufmännisches Rechnungswesen absolvieren die Auszubildenden ihren praktischen Ausbildungsteil extern. Dies geschieht in der Sozialhilfeabteilung oder dem Jobcenter des Landratsamtes Rhön-Grabfeld bzw. bei der Bayerischen Rhöngas oder bei den Stadtwerken der Stadt Bad Neustadt, da die VG diese Arbeitsbereiche nicht betreibt. Unser Dank gilt an dieser Stelle diesen Betrieben für die Hospitationsmöglichkeit unserer Auszubildenden.

Daneben ist in der Ausbildung die Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen äußerst wichtig. Dabei spielt das Vorbildsverhalten des Stammpersonals ebenso eine wesentliche Rolle, wie gezielte Maß-

nahmen. Letztendlich sind unsere Tätigkeiten klassische Dienstleistungen für Bürger und Politik.

Ab September 2018 bildet die VG erstmals einen Informatikkaufmann zur weiteren Personalentwicklung in der IT-Abteilung aus. Die Ausbildungsdauer beträgt 3 Jahre.

Die Verwaltungsgemeinschaft hat bisher fast 50 junge Menschen ausgebildet und zahllosen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit gegeben, ein Praktikum zu absolvieren.

Mit der eigenen Ausbildung setzt die Verwaltungsgemeinschaft einen wichtigen Grundstock in der Personalentwicklung. Eine ganze Reihe von Auszubildenden, meist mit sehr guten Prüfungsergebnissen, konnten übernommen werden und haben sich durch qualifizierte praktische Arbeit und weitere Fortbildungen zum Teil bis in Führungsebene hinein entwickelt.

Text: Miriam Schuhmann, Auszubildende und Bernhard Röscher, Geschäftsstellenleiter

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

ELTERN- UND ERZIEHUNGSZEIT



Die jüngsten Mütter unserer Belegschaft grüßen aus der Elternzeit. Die VG gratuliert zum Nachwuchs und wünscht den Familien alles Gute.

UNSERE ERSTE AUSZUBILDENDE

INGE HÜMPFNER

Am 1. September 1979 begann die überaus erfolgreiche Geschichte der eigenen Ausbildung und Personalentwicklung der Verwaltungsgemeinschaft.

Die erste Auszubildende war Frau Inge Hümpfner, geb. Dömling aus Strahlungen. Frau Hümpfner wurde zur Bürogehilfin ausgebildet und hat später die Fachausbildung als Verwaltungsangestellte absolviert. Sie hat sich in 39 Jahren der Betriebszugehörigkeit in unterschiedlichen Fachbereichen vielfach bewährt und arbeitet heute in Teilzeit in der technischen Bauverwaltung. Privat hat Sie ihr Glück in Strahlungen mit ihrem Ehemann und vier Kindern gefunden.

Frau Hümpfner erzählen Sie uns von Ihrem ersten Arbeitstag.

Vom ersten Tag an hatte ich das Gefühl bereits integriert und anerkannt zu sein. Im täglichen Miteinander erlebte ich die VG als „große Familie“.

Wie empfinden Sie die Entwicklung der VG seit dem Beginn ihrer Ausbildung?

Die VG hat sich in allen Bereichen gewandelt, sowohl personell als auch räumlich und organisatorisch. Durch die gestiegenen Anforderungen und den Einsatz von Computern haben sich Arbeitsinhalte und Arbeitsabläufe verändert. Abteilungen haben sich vergrößert und die interne Organisation hat sich angepasst.



Text und Interview: Bernhard Rösch

DIE VG UND IHRE MITARBEITER

PERSONALRAT



Beim Betriebsausflug in Berlin unterwegs

Personalvertretung - Gemeinsam sind wir stark

Gründung der Personalvertretung:
Im Mai 1980 wurde durch die Beschäftigten der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale (VG) erstmals eine Personalvertretung gewählt. Damals bestand der Personalrat auf Grund der Beschäftigtenzahl von unter 20 Personen nur aus einer Person. Der erste Personalrat der VG war Manfred Zirkelbach von 1980 bis 1984. Ab der Wahlperiode 1984 bis heute wurden jeweils drei Mitglieder in den Personalrat gewählt.

Die Personalratsvorsitzenden:
1980 - 1984 Manfred Zirkelbach
1984 - 1986 Christa Volkheimer
1986 - 1990 Ambros Schlembach
1990 - 2002 Volker Kiesel
2002 - 2003 Heike Kaiser
2004 - heute Klaus Wohlfart

Die bisherigen Beisitzer des Personalrates:

Justta Straub
Christof Kirchner
Jenny Thon
Nicole Wittmann
Anja Hehn
Ute Ziegler
Holger Back
Vanessa Karlein

Aufgaben des Personalrates:

Der Personalrat fungiert als Kommunikationsstelle zwischen dem VG-Personal und der Geschäftsleitung. Er nimmt Anregungen des Personals auf und übermittelt diese im Rahmen sog. „Monatsgespräche“ der Geschäftsleitung. Umgekehrt stellt die Geschäftsleitung dem Personalrat Projekte vor, auf die der Personalrat aus Sicht der Mitarbeiter Stellung nimmt. Die Gespräche beruhen stets auf konstruktiver, vertrauensvoller Zusammenarbeit, immer mit der Zielsetzung, ein Ergebnis zu schaffen, mit dem beide Parteien einverstanden sind.

Zu den vielfältigen gesetzlichen Aufgaben des Personalrates gehören

die Mitbestimmungen bei Personalangelegenheiten (Einstellungen, Änderung der Arbeitszeiten, Beförderungen, Höhergruppierungen) und die Mitwirkung bei organisatorischen Angelegenheiten z. B. Umstrukturierung von Arbeitsplätzen oder Abschluss von Dienstvereinbarungen.

Die betriebliche Gesundheitsfürsorge nimmt auch in der VG einen hohen Stellenwert ein. Der Personalrat organisiert in diesem Rahmen jährlich einen Gesundheitskurs (z. B. Yoga, Pilates, QiGong), an dem die Mitarbeiter/-innen nach ihrer Dienstzeit teilnehmen können. Außerdem wurde in Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung z. B. ein Gesundheitstag mit Ernährungsberatung oder eine Arbeitsplatzanalyse durchgeführt.

Zur Stärkung der innerbetrieblichen Gemeinschaft werden Kegelabende, Wanderungen und der alljährliche Betriebsausflug vom Personalrat mit Unterstützung eines Mitarbeiterausschusses geplant und durchgeführt. Die Ziele der Ausflüge reichen von kommunalpolitischen Bildungsfahrten nach Berlin und München mit Stadtführungen und Besichtigung des Bundes- und Landtages, über Kanufahrt auf der Saale, bis hin zu Wanderungen in und um unsere Mitgliedsgemeinden, bei denen gemeindliche Projekte (Kindergärten, Wasserversorgungsanlagen, Rathäuser, Regenrückhaltebecken, usw.) besichtigt werden.

*Text: Klaus Wohlfart,
Personalratsvorsitzender*

ENTWICKLUNG DER VG NES

VON 1978 - 2018

	1978	2018
Mitarbeiterstellen	15	35
Einwohner	9.226	12.389
Haushalte	8,535 Mio €	41,265 Mio €
Infrastruktur innerörtl. Straßen	70 km	94 km
Bebaute Fläche	401 ha	550 ha
Bauanträge	183	90 (2017)
Fördervolumen	1,117 Mio €	8,798 Mio €
Kommunale Gebäude	54	65 davon 40 generalsaniert/neu

Verbände und Unternehmen an denen die Mitgliedsgemeinden der VG beteiligt sind:

- Abwasserverband „Saale-Lauer“, Kläranlage und Verwaltungssitz
Am Palmsberg 1, Hohenroth
- Bauhofgemeinschaft Brend-Saale (BauGe)
- Schulverband Salz/Strahlungen/Niederlauer (Karl-Straub-Grundschule)
- Schulverband Hohenroth/Niederlauer
(Edmund-Grom-Grund- und Mittelschule)
- NES-Allianz (Arbeitsgemeinschaft) – Verwaltung durch VG NES
- FBG Fränkische Rhön und Grabfeld w.V.
- Überlandwerk Rhön GmbH, Mellrichstadt

DIE VG UND IHRE BÜRGERMEISTER

BURGLAUER



Rudi Erhard

01.05.1966 bis 30.04.2002,
Gemeinschaftsvorsitzender VG,
Kreisrat



Kurt Back

01.05.2002 bis heute,
stellv. Verbandsvorsitzender
Abwasserzweckverband Saale-Lauer
(seit 2014)

NIEDERLAUER



Josef Volkmut †

01.05.1960 bis 12.02.1995,
Kreisrat,
stellv. Landrat



Richard Knaier

13.02.1995 bis heute,
Gemeinschaftsvorsitzender VG
(seit 2006),
Kreisrat

HOHENROTH



Edmund Grom †

01.05.1966 bis 31.12.1992 (Rücktritt),
Gemeinschaftsvorsitzender VG
Kreisrat



Oskar Kaiser

22.03.1993 bis 30.04.2006
Gemeinschaftsvorsitzender VG
(2002-2006)
Kreisrat



Georg Straub

01.05.2006 bis heute,
Verbandsvorsitzender BauGe
(seit 2012)
stellv. VG-Gemeinschaftsvorsitzender
(seit 2006)
1. Vorsitzender der NES-Allianz
(seit 2018)

RÖDELMAIER



Josef Kirchner †

von 01.05.1966 bis 30.04.1990



Ingo Hahn

01.05.1990 bis 30.04.2008



Michael Pöhnlein

01.05.2008 bis heute

SALZ


Ludwig Müller †

01.05.1972 bis 30.04.1990
Kreisrat, stellv. Vorsitzender des ZV
Boden- und Bauschuttbeseitigung

STRAHLUNGEN


Günter Burger †

01.05.1978 bis 30.04.2002,
stellv. VG-Gemeinschaftsvorsitzender
(1990-1996)
Vorsitzender des Abwasserverbandes
Saale-Lauer (1996-2002)
Kreisrat


Bernhard Burger

01.05.2002 bis 07.11.2004


Willi Schmitt

08.11.2004 bis 30.04.2014



SCHÖNAU A. D. BREND


Elmar Griebel †

01.05.1966 bis 30.04.1996
stellv. VG-Gemeinschaftsvorsitzender
(1978-1984)
Kreisrat


Karola Back

01.05.2014 bis heute


Walter Vey

01.05.1996 bis 30.04.2008


Rudolf Zehe

01.05.2008 bis heute
stellv. Vorsitzender BauGe (seit 2012)
Kreisrat

GEWERBETREIBENDE AUS DEN VG-MITGLIEDSGEMEINDEN IM INTERVIEW



Jürgen Stäblein, Stäblein GmbH Umweltfreundliche Entsorgung, Schönau a. d. Brend



Bastian Steinbach, Steinbach-Gruppe, Salz – Strahlungen



Siegfried Müller, Elektro-Müller, Salz

Sie sind seit vielen Jahren mit Ihrem Unternehmen an den Standorten Schönau a. d. Brend, Strahlungen und Salz erfolgreich tätig. Als wichtiger Wirtschaftsfaktor generieren und sichern Sie Arbeitsplätze in unserer Region. Für unsere kommunale Verwaltung ist es eine zentrale Aufgabe, Sie bei Ihren Aufgaben zielführend zu begleiten und Hilfestellung zu leisten.

Um Sie auch künftig sachorientiert unterstützen zu können, bitten wir Sie, nachfolgende Fragen zu beantworten:

Sind Sie der Überzeugung, dass Unternehmerbelange in der Verwaltung eine hohe Priorität besitzen?

Stäblein: In den vergangenen Jahren hatten wir immer wieder Situationen, in denen die Unterstützung und Hilfe seitens der Verwaltung notwendig war. Eine Hilfe und Unterstützung wurde uns immer im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten gewährt.

Steinbach: Wir spüren, dass Unternehmen einen hohen Stellenwert haben, andere wichtige Bereiche dadurch aber keinesfalls zu kurz kommen.

Müller: Ja. Allerdings wünsche ich mir eine bessere Kommunikation.

Wie bewerten Sie die aktive Betreuung durch den Bürgermeister und die Verwaltung im Bereich Wirtschaftsförderung?

Stäblein: Wirtschaftsförderung im klassischen Sinne – wie wir es verstehen – haben wir in den letzten Jahren nicht erfahren.

Steinbach: Ich bin überzeugt davon, dass Bürgermeisterin und Bürgermeister nahe dran am Geschehen und wissen, in welchen Bereichen wir Probleme haben und wo wir gemeinsam besser werden müssen.

Müller: Ich persönlich habe einen engen Kontakt zu unserem Bürgermeister und zu Mitarbeitern unserer VG. Die Betreuung zur Wirtschaftsförderung ist gering.

Wo sehen Sie auf diesem Sektor Verbesserungsmöglichkeiten? Wenn ja, welche?

Stäblein: Eine frühere Kommunikation bzgl. der Möglichkeiten von Wirtschaftsförderung seitens der Gemeinde bzw. Verwaltung. Welche Themenbereiche sind betroffen? Wie kann Förderung stattfinden?

Steinbach: Auf der einen Seite entsteht oft viel Papier, auf der anderen Seite sollten wir häufiger die Möglichkeit suchen, über die Hintergründe mancher Probleme zu sprechen.

Müller: Die Verwaltung könnte Ihr Know-How auch Handwerksfirmen oder Vereinen zur Verfügung stellen. Beim Thema Digitalisierung könnte die VG Ihre Erfahrung an Handwerksfirmen weitergeben. Branchenspezifische Betreuung wäre hier wichtig.

So dass die Handwerksfirma auch die Möglichkeit der Förderung rechtzeitig erfährt und bei seiner Schwäche „Anträge auszufüllen“ unterstützt wird.

Wie schnell wird auf Ihre Anliegen reagiert?

Stäblein: Von Seiten der Verwaltung werden die Fragen bzw. Anregungen bzgl. sich ergebender Anliegen zügig bearbeitet bzw. beantwortet.

Steinbach: Fast immer so, wie es erforderlich ist. Das ist gut so!

Müller: Termingerecht.

Wurden Sie zeitnah und umfassend über den aktuellen Sachstand informiert?

Stäblein: Häufig lassen sich Fragen und Probleme nicht sofort beantworten, da aufgrund unserer speziellen Situation als Entsorgungsunternehmen andere Verwaltungsebenen involviert sind.

Steinbach: Ja, über kurze und schnelle Wege.

Müller: Nein.

Wie beurteilen Sie die Erreichbarkeit der Verwaltung?

Stäblein: Die Erreichbarkeit hat sich den vergangenen Jahren wesentlich verbessert.

Steinbach: Für unsere Bedürfnisse absolut ausreichend. eGovernment wird die Erreichbarkeit in Zukunft noch massiv beeinflussen. Das wird vieles erleichtern und beschleunigen.

Müller: Gut.

Wie beurteilen Sie die Erreichbarkeit des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin als Ansprechpartner?

Stäblein: Der Bürgermeister ist nahezu immer erreichbar

Steinbach: Die Bürgermeisterin und der Bürgermeister sind gut erreichbar. Sehr gut erreichbar, wenn es wirklich wichtig ist.

Müller: Sehr gut.

Wie schätzen Sie das Engagement ein, mit welchem Ihre Anliegen bearbeitet werden?

Stäblein: Eine Einschätzung ist für uns nur schwer möglich, da wir nur den zeitlichen Horizont der Bearbeitung beurteilen können.

Steinbach: Das passt! Vielen Dank für die Unterstützung aus den verschiedenen Bereichen der Verwaltungen.

Müller: Kommt auf die Abteilung an. Meist kann ich nicht meckern.

Wie benutzerfreundlich ist Ihrer Meinung nach die Internetseite der hiesigen Verwaltung?

Stäblein: Hat sich den vergangenen Jahren sehr positiv entwickelt.

Steinbach: Da ist bei der öffentlichen Hand in unserem Raum noch ziemlich Luft nach oben. :)

Müller: Ausreichend.

Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Breitbandanbindung Ihres Betriebes?

Stäblein: Könnte natürlich noch besser sein, jedoch sind wir mit dem momentanen Zustand gut zufrieden.

Steinbach: Aufgrund unserer exponierten Lage nutzen wir eine „eigene“ Glasfaserstrecke. Die ist sehr leistungsstark, aber leider teuer. Technisch befinden wir uns dabei auf sehr hohem Niveau und sind bestens gerüstet für die Zukunft!

Müller: Ausreichend.

Wie wichtig ist eine gute Verkehrsanbindung für Ihren Betrieb und wie beurteilen Sie Ihren Standort?

Stäblein: Die Verkehrsanbindung ist für uns elementar wichtig. Unser Standort ist von Seiten der Erweiterungsmöglichkeiten stark limitiert, dies ist jedoch historisch bedingt.

Steinbach: Wir haben uns massiv an den Kosten für die Abbiegespuren an der NES18 beteiligt. Jetzt ist unser Standort in Salz/Strahlungen sowie die Kreisdeponie sehr komfortabel an das Kreisstraßennetz angebunden. Die A 71 erleichtert es uns, überregional tätig zu werden.

Müller: Sehr wichtig. Sehr gut. Das Thema Parkplätze kann nicht die Problematik vom Firmenchef alleine sein. Auch ist ein Lebensmittelmarkt und eine Naherholung für die Pause unserer Mitarbeiter sehr wichtig.

Welche Bedeutung hat örtliche Infrastruktur für die Mitarbeiter Ihres Betriebes?

Stäblein: Sie ist für unsere Mitarbeiter sehr wichtig, um das Gefühl und das Bewusstsein zu erhalten, dass sie trotz des Lebens in einer relativ kleinen Gemeinde, nicht von den Entwicklungen der Welt abgeschnitten sind und es sich lohnt in dieser

INTERVIEW GEWERBETREIBENDE

Gemeinde zu leben (z. B. auch wegen der kurzen Wege zum Arbeitsplatz).

Steinbach: Infrastruktur ist meiner Meinung nach allen wichtig! Vor allem neue Konzepte für gemeinschaftlich genutzte, umweltfreundliche und trotzdem effiziente Mobilität. Wir sind bereit für Flugtaxis & Co.! ?

Müller: Sehr wichtig – zum Beispiel sind Baustellen mit leicht erreichbarer Brotzeitversorgung bei unseren Mitarbeitern sehr begehrt :)

Wieviel Prozent Ihrer Mitarbeiter wohnen am Standort?

Stäblein: 41 % unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wohnen in Schönau.

Steinbach: Über 40% in Salz und Strahlungen.

Müller: 30 Prozent.

Welche Fragen, die hier nicht angesprochen wurden, sollten sich die Gemeinden stellen?

Stäblein: Wie können junge Familien motiviert werden, sich in Altortsgermen anzusiedeln?

Steinbach: Da gibt es viele Themen, z. B.: In welchen Bereichen können Kräfte in unserer Region gebündelt werden? Wie kann die GESAMTE Region wachsen – und eben nicht nur vereinzelte Gemeinden? Leisten wir beim Thema eGovernment für Bayern einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen? Vermarkten wir unsere Region nach außen hin gut ge-

nug? Machen wir Interessenten richtig Lust auf Main-Rhön?

Müller: Hält eine jährliche Gewerberunde die Firmen auf dem Laufenden? Kennen sich die Firmenchefs untereinander? Wo ist die Obergrenze der Einwohnerzahl? Wie kann ich ortsansässige Firmen trotz vorhandenem Wettbewerbsrecht und Ausschreibungsverfahren mit passenden Aufträgen unterstützen? Können ortsansässige Firmen durch die VG unterstützt besser kooperieren?

Herzlichen Dank für die Teilnahme an den Interviews.

Die Interviews führten per E-Mail Wolfgang Herbert, Mitglied der Gemeinschaftsversammlung und Bernhard Rösch, VG-Geschäftsstellenleiter

WIR GEDENKEN UNSERER VERSTORBENEN KOLLEGEN UND VERSTORBENER KOLLEGIN



Heinrich Kaidel
(† 05.06.1986)
Sachbearbeiter im Sozial- und Rentenamt
1978 – 1980



Hermann Then
(† 03.09.2008)
Sachbearbeiter im Melde- und Passamt
1978 – 1981



Matthias Bischof
(† 31.01.2015)
Sachbearbeiter im Melde- und Passamt
1978 – 1986



Ambros Schlembach
(† 08.04.1995)
Sachbearbeiter im Renten- und Sozialamt
1981 – 1993

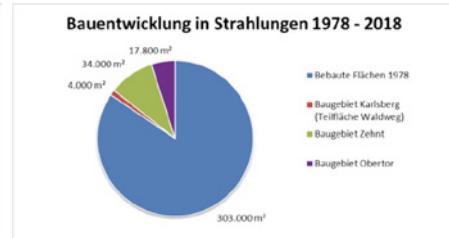
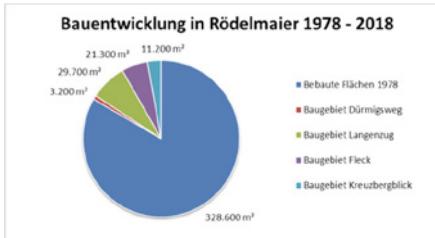
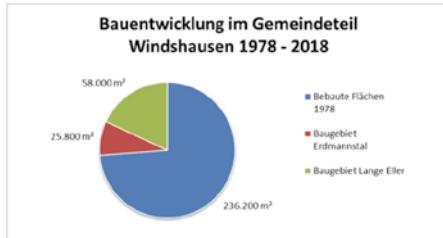
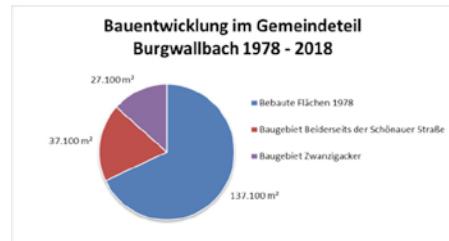
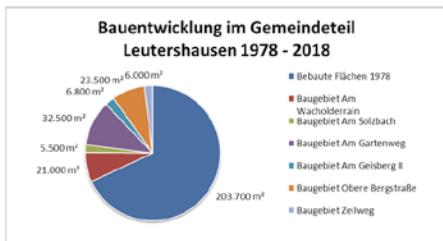
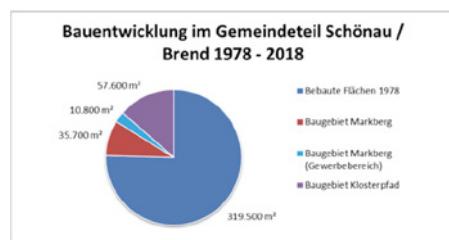
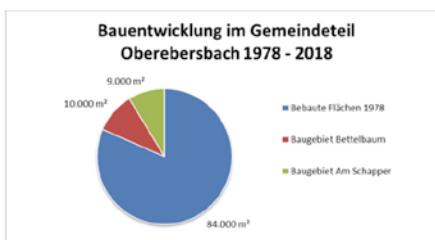
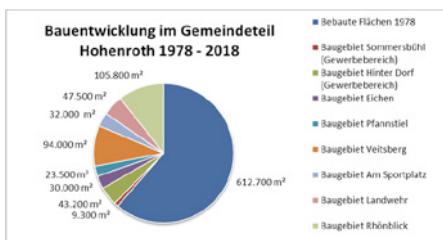
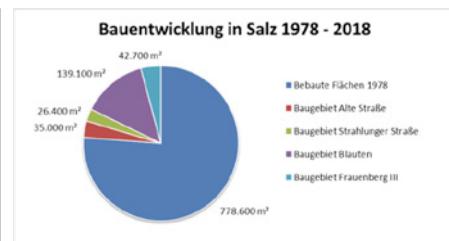
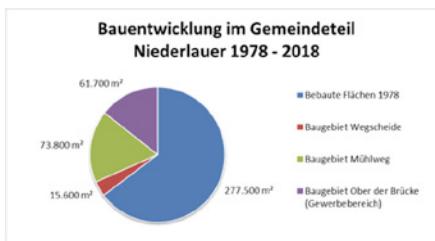
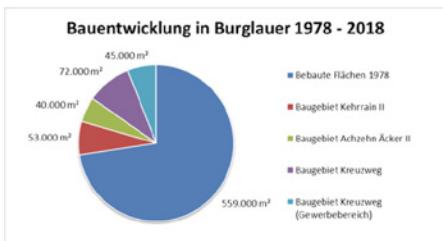
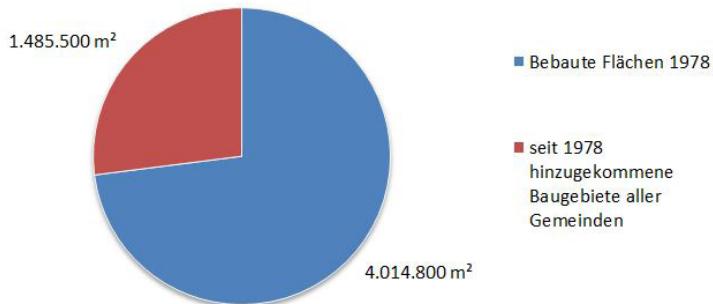


Johanna Trott
(† 18.02.2012)
Sekretärin der Bauamts- und der Geschäftsleitung
1978 – 2012

BAUENTWICKLUNG

IN DEN VG-MITGLIEDSGEMEINDEN

Bauentwicklung in der VG 1978 - 2018



SCHLAGZEILEN AUS DER PRESSE

Preise und Medaillen für Dörfer mit Zukunft

Bronzemedaille für Burglauer - Abschlussfeier des Wettbewerbs „Unser Dorf soll schöner werden“



Investitionen fallen auf fruchtbaren Boden

Einwohnerzahl in Salz zugenommen - Große Fitnessanlage im Industriegelände



Mit ein bisschen Geduld der Bürger

Richard Knauf, neuer Bürgermeister von Bad Neustadt, optimistisch für die Zukunft



Am Dienstag fiel der Startschuß für die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt

270 Einwohner aus sieben Gemeinden werden künftig von der Großgemeinde in der Gemarkung betreut

Teures Projekt für die Zukunft

Über drei Millionen Euro für Burglaunders Hochwasserschutz

RAD NEUSTADT (dpa) Die Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt wurde am Dienstag im Verwaltungsbüro in der Gemarkung unter der Leitung von Landrat Rainer Gräfe und Straßbaumeister Willi Langenau 8700 Zuschüsse aus dem Wasser- und Ländereigentumsfonds für den Hochwasserschutz in Burglau und im benachbarten Wirkungsgebiet vergeben. Das muss auf die Verwaltungsgemeinschaft übertragen werden, um die Kosten zu decken. Der Fonds wird von der Staatskanzlei, dem Geheimrat, Landesobersturmführer, Flusswasserstruktur, Regierungsspitze, Regierungssenat, Regierungsschulrat, Gemeindevertreter in Bad Neustadt befreit.

Umfangreiche Vorarbeiten waren notwendig, bis die vierzehn haushaltenden Dörfer und Gemeinden, die sich in der Großgemeinde zusammenfinden, auf das neue Ziel aufmerksam wurden und mit entsprechendem und mit passender Finanzierung reagierten.

Da das Personal in einer Linie aus den Verwaltungen der beteiligten Gemeinden und der Großgemeinde steht, kann es leichter koordiniert werden, als wenn die einzelnen Gemeinden selbstständig agieren würden. Eine gemeinsame Verwaltung erfordert jedoch eine gewisse Anpassung an die Arbeit. Auch soll das Personal bald in einer gemeinsamen Heimat in Bad Neustadt arbeiten.

Ein neues Heim

Gemeinde Höherroth beteiligt sich mit 4

WINDHAUSEN (dpa) Nach vielen Jahren ist es jetzt beschlossene Sache, dass die Gemeinde Höherroth einen neuen Kindergarten bauen will. Die Gemeinde hat sich entschieden, die Kosten zu übernehmen.

Lobende Worte für einen Teamplayer

Ortsvorsteherin Barbara Hauer feiert 45-jähriges Dienstjubiläum

Barbara Hauer ist seit 2006 im Amt und hat die Gemeinde sehr gut geführt.

Die Gemeinde Höherroth hat sich entschieden, die Kosten zu übernehmen.

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

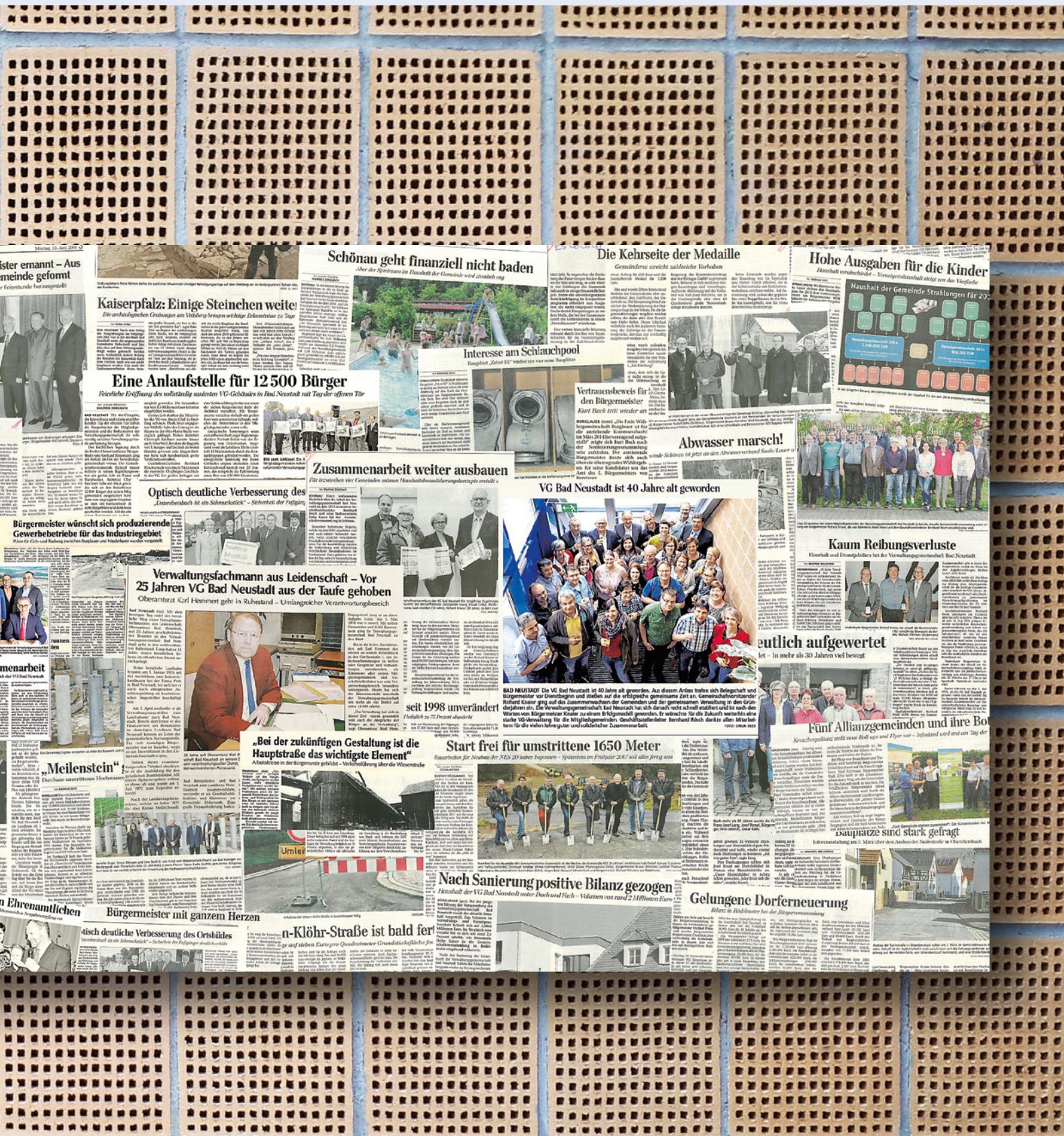
Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren

Wald bringt Geld in die Kasse

Wassergräben werden in Staudämmen steigen erstmals seit acht Jahren



NES-ALLIANZ



Die ersten Bürgermeister der NES-Allianz mit ihren Geschäftsleitern

Interkommunale Zusammenarbeit -

Der Vorsitzende der NES-Allianz im Interview

Was macht die Zusammenarbeit der 7 Gemeinden in der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt heute aus? Wie profitieren alle Gemeinden dieser Zusammenarbeit?

Die Zusammenarbeit ist von gegenseitigem Respekt und vertrauensvoller Zusammenarbeit geprägt. Es gibt kein Kirchturmdenken. Die Gemeinden profitieren von einer starken Verwaltung, die sich jeder einzelne nicht leisten könnte.

Was ist Ihrer Meinung nach der bedeutendste Vorteil der Zusammenarbeit?

Die gebündelte Kompetenz der Verwaltung kann von allen genutzt werden. Wenngleich nicht immer alles so läuft, wie man es sich vorstellt.

In Interkommunaler Zusammenarbeit kann viel gemeinsam erreicht werden. Welches Projekt sehen Sie als das aktuell wichtigste?

Flächendeckende Angebote für die immer älter werdende Gesellschaft vor Ort zu schaffen.

Was wünschen Sie der Verwaltungsgemeinschaft für die nächsten 40 Jahre?

40 Jahre sind sehr weit gegriffen, ich denke die VG ist sehr gut positioniert und die Weichen für eine weiterhin starke und kompetente Verwaltung sind gestellt.



Georg Straub

1. Bürgermeister
Gemeinde Hohenroth
und 1. Vorsitzender
der NES-Allianz

INTERKOMMUNALE ZUSAMMENARBEIT

DER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFT

Personalverwaltung

Die Verwaltungsgemeinschaft erfüllt seit jeher Aufgaben in interkommunaler Zusammenarbeit, sie tritt in vielen Sektoren, u. a. im Personalbereich, als Dienstleister für andere Gemeinden auf. So übernahm die Personalstelle der VG bereits in den Anfangsjahren bis ca. 1986 die Personalverwaltung des Abwasserver-



bands Saale-Lauer. Seit Januar 2001 ist die

VG wieder als Personaldienstleister tätig und organisiert seitdem den gesamten Personalbereich der Forstbetriebsgemeinschaft Fränkische Rhön u. Grabfeld mit aktuell sieben Personalfällen. Im Jahr 2012 kam dann die neu gegründete Bauhofgemeinschaft Brend-Saale mit derzeit 26 Personalfällen sowie zusätzlichen kurzfristigen Arbeitsverhältnissen hinzu, wobei ein Großteil des Personals schon vor Gründung für die jeweiligen Verbandsgemeinden tätig war und von der VG verwaltet wurde. Noch im selben Jahr wurde die Personalarbeit der VG durch Hinzustützen der Kreuzbergallianz mit zuletzt vier Personalfällen erweitert. Diese Aufgabe wurde allerdings im Juli 2018 an die Gemeinde Oberelsbach abgegeben. Seit Anfang 2013 wird zudem die gesamte Personalverwaltung der Gemeinde Sandberg mit gegenwärtig etwa 50 Personalfällen von der Personalstelle der VG übernommen.



Kommunale Verkehrsüberwachung

Des Weiteren ist die VG im Bereich der Kommunalen Verkehrsüberwachung für andere Gemeinden tätig. Seit dem Jahr 2011 übernimmt die VG die Bearbeitung der festgestellten Geschwindigkeitsverstöße nicht nur für die eigenen Mitgliedsgemeinden Burglauer, Hohenroth, Niederlauer, Rödelmaier, Salz und Schönau a. d. Brend, sondern auch für die Märkte Bad Bocklet, Burkardroth und Saal a. d. Saale. Die Anzahl der zu bearbeitenden Verfahren beträgt ca. 6.000 bis 7.000 im Jahr. Hierbei wird vom Versand der Verwarnungen bis hin zur Bearbeitung von Einsprüchen, Teilnahme an Gerichtsverhandlungen und Durchführung von Vollstreckungen die gesamte Bandbreite der Ordnungswidrigkeitsverfahren abgedeckt.

IT-Bereich

Auch im Bereich der IT wird die VG interkommunal tätig. So unterstützt und administriert die VG die technischen Anlagen der Forstbetriebsgemeinschaft Fränkische Rhön und Grabfeld w. V. seit 2007. Das Aufgabenfeld umfasst die Angebotseinhaltung, Beschaffung und Einrichtung von Server, Clients und Druckern, der Installation von Softwareprodukten, der Sicherung des Servers und der Absicherung des Servers und der PCs gegen Schadcode. Des Weiteren die Überwachung des Netzwerkes und der Telefonanlage mit den dazugehörigen Telefonapparaten und des Faxgerätes. Es werden weiterhin regelmäßige Wartungsarbeiten und Updates am System durchgeführt. Letztlich ist es ein Rundumpaket das

bei technischen Problemen greift, um den laufenden Betrieb der Forstbetriebsgemeinschaft zu gewähren.



Zweckverbände

Für die Schulverbände Hohenroth-Niederlauer und Salz sowie für die Bauhofgemeinschaft Brend-Saale erfüllt die Verwaltungsgemeinschaft die Aufgaben der Haushaltsführung, der Personalverwaltung und in Teilbereichen der IT-Betreuung.



NES-Allianz

Die NES-Allianz hat seit 01.10.2018 den Sitz ihrer Geschäftsstelle im Verwaltungsgebäude der VG. Die Verwaltungsgemeinschaft übernimmt für die Allianz die Haushaltsführung und die Personalverwaltung. Daneben ist die Allianzgeschäftsstelle IT-technisch und organisatorisch in den Betrieb der VG eingebunden.

Text: Volker Kiesel, Timo Schmitt,
Holger Back, Bernhard Rösch

DIE GEMEINDEN

GEMEINDE BURGLAUER



Luftbild Burglauer

Foto: Martin Schmitt

Ich freue mich, Ihnen als Bürgermeister meinen Heimatort Burglauer vorstellen zu dürfen. Zunächst zu meiner Person: Mein Name ist Kurt Back, ich bin 64 Jahre alt, verheiratet und habe zwei erwachsene Söhne und mittlerweile auch 3 Enkelkinder. Im Jahr 2002 wurde ich zum 1. Bürgermeister gewählt und bei den Kommunalwahlen 2008 und 2014 in meinem Amt bestätigt. Dem Gemeinderat gehöre ich seit 1990 an, von 1996 bis 2002 war ich 2. Bürgermeister. Zu meinen Hobbys zählen Skifahren und Sportschießen, hier bin ich immer noch als Sportschütze aktiv.

Burglauer kann auf eine lange bewegte Geschichte zurückblicken. Am 11. März 899 wurde in einer alten Urkunde erstmals der Ort „Lure“, zweifelsfrei das heutige Burglauer, erwähnt.

Die Gemeinde Burglauer war schon seit jeher Grenzgemeinde, sowohl unter dem Amtsreich des Bezirksamtes Münerstadt, als auch später bei ihrer Zugehörigkeit zum Landkreis Bad Kissingen, dem sie bis zum 30. April 1978 angehörte. Ab dem 1. Mai 1978 mit Abschluss der Landkreisreform, wurde die Gemeinde Burglauer in den Landkreis Rhön-Grabfeld eingegliedert. Der Antrag auf Umgliederung wurde gestellt, nachdem sich die Mehrheit der Bevölkerung bei einer Bürgerbefragung für einen Anschluss an den Landkreis Rhön-Grabfeld ausgesprochen hatte. Burglauer trat der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt bei, wodurch auch der Erhalt der Selbstständigkeit sichergestellt wurde.

Burglauer ist als attraktive Wohngemeinde bei Berufstätigen, aber auch

bei Familien wegen seiner hervorragenden Infrastruktur und den ausgezeichneten Verkehrsanbindungen sehr geschätzt. Die Gemeinde Burglauer zählt 1.670 Einwohner, das Gemarkungsgebiet umfasst 1.395 Hektar. Im Gegensatz zu früher dominiert heute in Burglauer nicht mehr die Landwirtschaft als Haupteerwerbsquelle. Die Mehrzahl der erwerbstätigen Gemeindebürger/innen pendelt zur Arbeit in die nahe Kreisstadt nach Bad Neustadt, nach Münerstadt oder nach Schweinfurt. Seit den 80er Jahren hat sich das Dorf vom überwiegend landwirtschaftlich geprägten Dorf hin zur liebenswerten Wohngemeinde mit einem umfassenden Angebot von zahlreichen Freizeitaktivitäten „vor Ort“ und einem überschaubaren, attraktiven Gewerbegebiet kontinuierlich weiter entwickelt. Die günstigen Verkehrsanbindungen mit

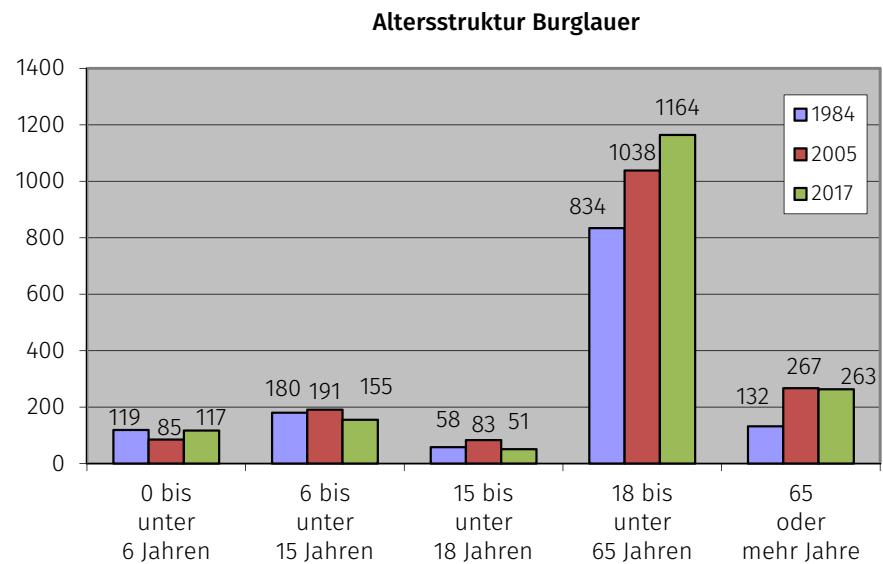
GEMEINDE

einer Autobahnauffahrt in unmittelbarer Ortsnähe sowie die zentrale Lage im idyllischen Lauertal verhalfen Burglauer zum Status eines beliebten Wohnorts. Ein Pluspunkt ist sicher auch die eigene Bahnstation, von der man mit nur einem Umstieg bis in die Bundeshauptstadt Berlin fahren kann.

Ebenso gehören zur guten Infrastruktur der Gemeinde zwei Spielplätze, eine Grundschule, ein Hort und ein Kindergarten mit Kinderkrippe. Dort finden 60 Kinder zwischen drei und sechs Jahren, sowie 20 Kleinkinder bis drei Jahre ihren Platz. Burglauer kann seinen Bürger/innen alles bieten, was zum täglichen Leben benötigt wird. Lebensmittelgeschäfte, eine Gastwirtschaft und auch eine Ärztegemeinschaftspraxis stehen zur Verfügung. Auch der Energiewende wurde Rechnung getragen. Die Grundschule, die Rudi-Erhard-Halle sowie der 2. und 3. Bauabschnitt des Neubaugebiets „Kehrrain II“ (38 Bauplätze) wurden



Burglauer Hochwasserrückhaltebecken



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 10% auf 15% erhöht.
Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Burglauer um 32% angestiegen.

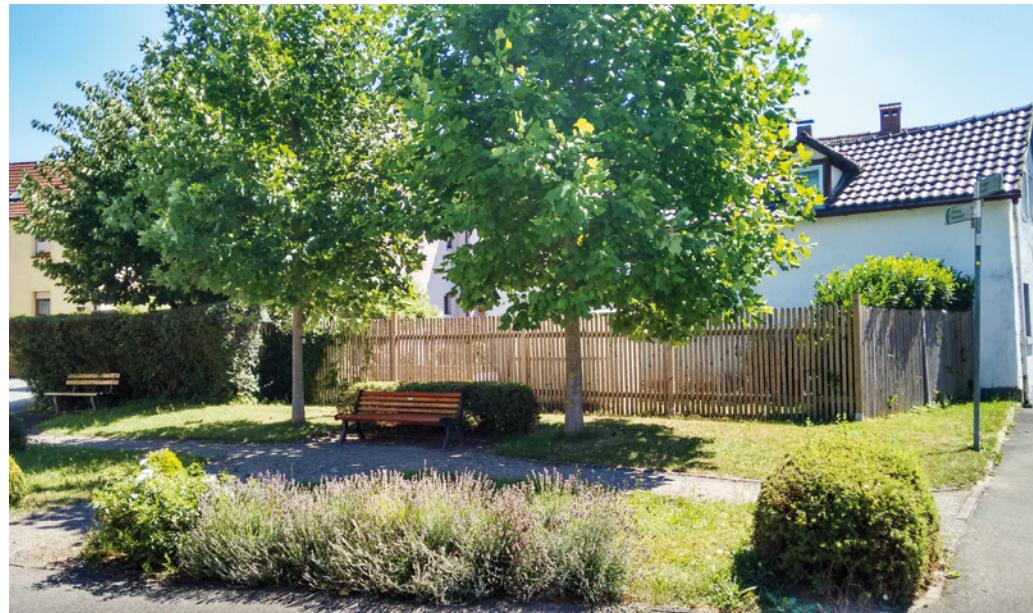
an ein von der Bayerischen Rhön-Gas betriebenes Nahwärmenetz angeschlossen. Andere Hauseigentümer nutzen ebenfalls bereits das auf längere Sicht rentable Nahwärmenetz. Für die Erschließung weiterer Bauplätze ist der Anschluss vorgesehen.

Dank eines ausgeprägten Vereinslebens mit Sport, Kultur und gesellschaftlichen Veranstaltungen, zweckmäßigen Einrichtungen sowie der Rudi-Erhard-Halle mit Sporthalle, Schützenräumen und Kegelbahn sowie einem attraktiven Sportgelände mit Fußball- und Tennisplätzen bietet Burglauer vielfältige Freizeitbeschäftigungen für Groß und Klein. Nicht zu vergessen sind die vom Heimatverein angelegten Rundwanderwege sowie die Anbindung an den Fernradweg Rhön-Hassberge. Ein intaktes soziales Umfeld und ein großes Freizeitangebot mit zahlreichen Möglichkeiten in den Bereichen Sport, Kultur und Gemeinschaft bieten 14 gut geführte Vereine und Interessengruppen. Im sportlichen Bereich steht vom Fußball über Tennis und Tischtennis bis zum hochklassigen Sportschießen eine breite Palette an Angeboten zur Verfügung. Musikalisch kann man sich in unse-

BURGLAUER

rer Musikkapelle, aber auch im Gesangverein einbringen. Brauchtumspflege, eine aktive Kirchengemeinde oder der ehrenamtliche Dienst in der Feuerwehr sind weitere Gelegenheiten, sich in das pulsierende Dorfleben zu integrieren. Fester Bestandteil und wahre Besuchermagnete, auch überregional, sind die Backhausfeste, Karnevalsveranstaltungen, Theaterwochenenden, Mountain-Bike-Biathlon-Events und das bekannte „Politiker-Derbläggn“, bei dem die regionale, aber auch bayernweite Politikprominenz humorvoll derb die Leviten gelesen bekommt.

Der Gemeinderat legt großen Wert auf die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Heimatgemeinde. Im letzten Jahr konnte der Bau des



Burglauer Freiplatz

dringend notwendigen Regenrückhaltebeckens abgeschlossen werden und auch in den kommenden Jahren stehen große Herausforderungen wie die Erneuerung der Reichenbachmauer mit dem Ausbau der Neustädter Straße an.

Nicht zu vergessen ist die Innenentwicklung des Ortskernes, die für mich eine herausragende Bedeutung für die Zukunft hat. Dies sind Maßnahmen, die natürlich enorme Finanzmittel erfordern, aber auch die Lebensqualität für unsere Einwohner/innen steigern werden. Ich bin überzeugt, dass unser Gemeinderat und unsere Bürger/innen gemeinsam die anstehenden Aufgaben bewältigen werden und den Ruf von Burglauer als lebens- und liebenswertes Dorf im Lautertal noch weiter festigen werden.

Viele Grüße aus Burglauer



Kurt Back

1. Bürgermeister
Gemeinde Burglauer



Burglauer Kirche

GEMEINDE HOHENROTH



Luftbild Hohenroth mit Ortsteilen Leutershausen und Windshausen

Foto: Martin Schmitt

Gelebte Inklusion, eine Schulversorgung, die für eine Gemeinde dieser Größenordnung durchaus etwas Besonderes ist sowie eine weitere sehr gute Infrastruktur sind einige der Besonderheiten, die die Gemeinde Hohenroth mit ihren Ortsteilen Leutershausen und Windshausen lebens- und liebenswert machen.

Hier wird mehr als einmal deutlich, dass die Gemeinde vor den Toren Bad Neustadts ihre Bürger mit in die Zukunft nimmt, was dem Ersten Bürgermeister Georg Straub zusammen mit seinem Gemeinderat sehr wichtig ist.

Man versucht den Weg fortzuschreiten, der in Hohenroth schon immer gegangen wurde, eine für den Bürger lebenswerte Gemeinde zu erhalten und wenn möglich zu verbessern.

Dass Menschen mit Handicap in Hohenroth schon immer willkommen waren, zeigen nicht zuletzt das Wohnheim und die Werkstätten der Lebenshilfe mit über 240 Beschäftigten. Diese Einrichtungen bestehen seit Ende der 70er Jahre. Inklusion findet man in der Gemein-

de aber auch in den Schulen und in den Vereinen. Sowohl in der Grund- als auch in der Mittelschule wird Inklusion sehr erfolgreich praktiziert. Kinder mit Schulbegleitern besuchen den Unterricht. Erwähnenswert ist auch, wie die Lehrkräfte dies alles umsetzen. Man hat sich frühzei-



See Hohenroth

tig der Thematik gestellt, aber ohne das Mitwirken aller Beteiligten wäre so etwas wohl nicht möglich.

Auch im Bereich Schulen tut sich etwas. Hier steht das Projekt Neubau der Grund- und Mittelschule an, wofür die Kommune 15 Mio. Euro in die Hand nimmt. Eine Sanierung der alten Schule wäre aufgrund von Vorschriften und vorhandener Mängel nicht günstiger gekommen, zumal momentan eine gute Förder situation herrscht. Aber nicht nur die Schulsituation ist in Hohenroth erwähnenswert, nicht zu vergessen das sonderpädagogische Förderzentrum, die Irena-Sandler-Schule. Mit dieser gibt es eine Kooperation und durch Partnerklassen ist sogar der Übertritt in die Regelschule möglich. Auch Kinderkrippen und Kindergärten (hier gibt es einen weiteren im Ortsteil Windshausen) sind auf dem neusten Stand und voll belegt, obwohl das vor ein paar Jahren noch ganz anders aussah.

Die gute Infrastruktur zeigt sich aber nicht nur durch Schulen und Kindergärten. Auch die Nahversorgung ist gesichert. Ob es die verschiedenen Arztpraxen sind, die Apotheke, der Einkaufsmarkt oder auch das Café am See und die Gastwirtschaften in Windshausen oder Querbachshof: Alle Möglichkeiten sind vor Ort gegeben. Und will oder muss man einmal in die Kreisstadt, so steht eine gute Busanbindung im Stundentakt zur Verfügung. Diese könnte jedoch etwas besser genutzt werden.

Auch bei Gewerbebetrieben muss man sich nicht verstecken. Zwar hat

die Gemeinde keine ganz großen Unternehmen, aber Handwerksbetriebe von 1 – 50 Mitarbeitern sind durchaus vorhanden. Von kommunaler Seite gibt es ebenfalls einige Arbeitsplätze. In den Kindergärten alleine sind fast 40 Personen beschäftigt. Auch der Bauhof hat 24 Mitarbeiter, bei dem eine weitere Besonderheit zu erwähnen ist: Mit Rödelmaier, Salz und Schönau a. d. Brend besteht die Bauhofgemeinschaft Brend-Saale, deren Sitz in Hohenroth ist.

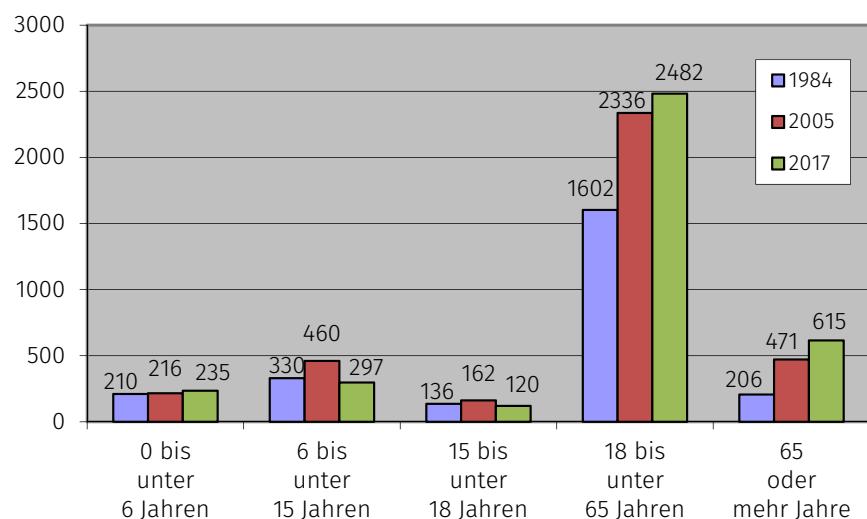
Die Beliebtheit der Gemeinde spiegelt auch wider, dass von den 120 geschaffenen Bauplätzen seit 2006 bereits alle verkauft sind und weiterhin rege Nachfrage besteht. Nun möchte die Gemeinde ein weiteres Baugebiet mit 50 Plätzen erschließen. Zudem versucht die Gemeinde auch im Altort keine Lücken entstehen zu lassen. Dies gelingt zwar nicht immer, aber doch sehr oft.

Weiterhin wurde in den letzten Jahren viel Geld in die Friedhöfe investiert, so dass man nun alle Möglichkeiten hat, sich in der gewünschten Form bestatten zu lassen. Auch hier stellt sich die Gemeinde den geänderten Anforderungen.

Außerdem sorgt ein sehr reges Vereinsleben für ein gutes Miteinander. Viele Vereine der unterschiedlichsten Natur sorgen für das sportliche, kulturelle und gesellschaftliche Leben. Zusammenarbeit untereinander ist dabei natürlich selbstverständlich, weswegen auch viele junge Menschen mitarbeiten. Gemeinsame Veranstaltungen oder der gegenseitige Besuch der Feste zeigen, dass keiner dem anderen etwas neidet, sondern an einem Strang gezogen wird.

Im Bereich der Naherholung schreitet man ebenso voran. Ein Wanderweg, genannt „Der Hohenröther“,

Altersstruktur Hohenroth



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 unter Berücksichtigung des Bevölkerungszuwachses von 8% auf 16% erhöht.

Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Hohenroth um 66% angestiegen.

GEMEINDE HOHENROTH



Kirche Leutershausen

der vorbei an diversen Sehenswürdigkeiten wie zum Beispiel der Kirche in Leutershausen mit den sehenswerten Fensterbildern von Pfarrer und Maler Sieger Köder und den Ausgraben am Veitsberg führt, wurde konzipiert.

Ein Waldinfopark zum Thema Klima, Umwelt und Natur wird die Attraktivität als Naherholungsgebiet weiter steigern. Bürgernähe spielt dabei eine wichtige Rolle, weshalb die ge-

nannten Maßnahmen große Ziele für die Zukunft darstellen.

Zusammen weiterentwickeln was man schon begonnen hat, Wohnmöglichkeiten erhalten, in barrierefreies Wohnen investieren und weiterentwickeln, so die Ziele der Gemeinde.

Zukunft braucht den Einsatz aller – das ist in Hohenroth mehr als gewährleistet. Nicht erst die Wei-

terentwicklung des Naherholungsgebietes macht die Gemeinde interessanter; Sehenswürdigkeiten und Gastfreundschaft vom Salzforst bis Querbachshof unterstreichen dies eindrucksvoll. Bleibt nur eines abschließend zu sagen: Hohenroth – eine überaus lebens- und liebenswerte Wohngemeinde, die sich nach allen Seiten offen zeigt und mit ihren Ortsteilen einen Besuch wert ist. Wer weiß, vielleicht bleibt der eine oder andere hängen.

Viele Grüße aus Hohenroth



Georg Straub

1. Bürgermeister
Gemeinde Hohenroth



Querbachshof



Windshausen

GEMEINDE NIEDERLAUER



Luftbild Niederlauer mit Gemeindeteile Oberebersbach und Unterebersbach

Foto: Martin Schmitt

Die selbstständige Gemeinde Niederlauer mit seinen Ortsteilen Ober- und Unterebersbach liegt idyllisch im Tale des Flüsschens Lauer sowie der fränkischen Saale, südwestlich der Kreisstadt Bad Neustadt an der Saale. Die verkehrsgünstige Lage von Niederlauer kommt durch kurze Entferungen (nur ca. vier Kilometer zur A 71) besonders zum Ausdruck. Erstmals urkundlich erwähnt wurde die Gemeinde 1231 (Unterebersbach 1230 und Oberebersbach 1401).

Ein sehenswertes historisches Bauwerk ist der Dicke Turm, einer von mehreren mittelalterlichen Warttürmen, die von Mellrichstadt bis Münerstadt eine Sichtverbindung herstellten und dessen Umfeld heute von der Dorfgemeinschaft als Freizeitgelände genutzt wird. Das Gelände wird zudem geprägt von mehreren Kunstwerken des heimi-

schen Künstlers Jimmy Fell, wobei einige originale Elemente der Berliner Mauer die im Halbrund um den dicken Turm angeordnet sind hervorstechen. Ein weiterer Zeitzeuge des ausgehenden Mittelalters ist das „Schustershaus“ in der Dorfmitte mit musealer Einrichtung und

einem Hof-Pförtchen von 1576, ein bedeutendes Denkmal des Fachwerkbaus aus dem 16. Jahrhundert mit einem seltenen Fachwerktyp. Ein weiteres bauliches Highlight ist die Fassade des „Zehnthauses“ einem Renaissance-Haus aus dem 16. Jahrhundert und zugehöriger Hof-Pfor-



Niederlauer

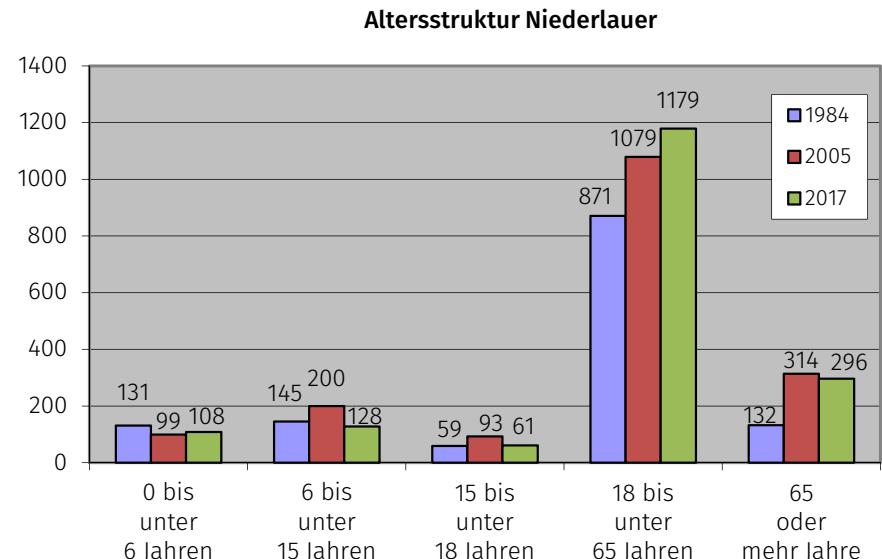
Foto Hans Volkmuth

GEMEINDE

te von 1579, welches ehemals als Wohnhaus des fürstbischoflichen Beamten genutzt wurde. Eine Besichtigung ist auch die Pfarrkirche „St. Katharina“ wert, mit ihrem Fünfspitzturm von vor 1612 und dem 1888 bis 1892 erneuerten Langhaus.

In Unterebersbach kann besonders die Wehrkirche „St. Peter“, eine der ältesten Kirchen in Unterfranken erwähnt werden, sowie die gotische Pfarrkirche „Maria Schnee“.

Der Grundstein für die Attraktivität des Ortskerns von Niederlauer wurde in einer Entscheidung des Gemeinderates von 1995 gelegt, in das Bayerische Städtebauförderungsprogramm einzusteigen. Es begann damals mit der Erneuerung und Sanierung der Straßen, Gehwege und der öffentlichen Flächen. Diese Investition von mehreren Millionen Euro hat die meisten privaten Eigentümer im Ort animiert, ihre Gebäude ebenfalls zu sanieren und attraktiv



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 10% auf 17% erhöht.
Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Niederlauer um 43% angestiegen.

zu gestalten, unter Mithilfe öffentlicher Fördermittel für das Gesamtprojekt.

Im Ortsteil Unterebersbach wurde vor einigen Jahren mit dem Ausbau der Palmsbergstraße eine deutliche Aufwertung dieses Quartiers und mit dieser Investition mehr Verkehrs-

sicherheit erzielt. Aktuell steht die Gemeinde am Beginn von Planungsarbeiten für eine neue Ortsmitte in Unterebersbach, bei der auch der Ebersbach naturnäher ausgebaut werden soll.

In Oberebersbach wird 2019 mit dem Ausbau und der Sanierung der Saalestraße auch in diesem Ortsteil eine erhebliche Verbesserung der Infrastruktur erreicht. Weitere Planungen existieren oder werden derzeit erarbeitet, nach welchen in den drei Ortskernen mit städtebaulichen Maßnahmen öffentliche Gebäude und Plätze saniert und ausgebaut werden und damit die Lebensqualität stark verbessert wird.

Der Grund für die gute finanzielle Leistungskraft der Gemeinde ist auch in der Ansiedlung von zahlreichen erfolgreichen Unternehmen im Gewerbe- und Industriegebiet



Unterebersbach

NIEDERLAUER

an der B 19 begründet. Dort haben sich in den letzten Jahren rund 20 mittelständische Handels-, Produktions- und Dienstleistungsunternehmen angesiedelt, die fast 600 Arbeitsplätze anbieten. Die Gemeinde hat in den letzten Jahren mit einem enormen finanziellen Aufwand, auch mit staatlicher Förderung, alles unternommen, um ihren Bürgern ein lebenswertes Umfeld in einer intakten und fortschrittlichen Infrastruktur zu schaffen. Bürgermeister Knaier und sein Gemeinderat stre-



Kirche Oberebersbach

ben nach wie vor an, Niederlauer mit seinen Ortsteilen Ober- und Unterebersbach zu attraktiven Wohnorten zu machen. Hierzu wurde auch ein Familienförderprogramm eingerichtet, mit welchem Familien mit Kindern Zuschüsse zum Kauf eines Bauplatzes gewährt werden. Andererseits soll aber auch Unter-

nehmen durch die Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes die Möglichkeit der Betriebsansiedlung oder der Betriebserweiterung geboten werden. Für Neuansiedlungen steht ausreichend Fläche zur Verfügung. Damit ist der Grundstein gelegt, weitere Arbeitsplätze in der Gemeinde zu schaffen und Steuereinnahmen zu generieren.

Für Freizeitaktivitäten kann man in den drei Ortsteilen auf ein außergewöhnliches Vereinsleben verweisen. Besonders erfolgreich - auch überregional - sind die Turmschützen und die Kegelfreunde. Mit zwei Mustersportplätzen und einer Sporthalle in Niederlauer sowie einem Sportplatz mit Sportlerheim in Unterebersbach ist die Gemeinde für fast alle Sportarten bestens ausgerüstet. Die beiden Musikkapellen (Niederläuer Blasmusik und Musikkapelle Unter-Oberebersbach) bereichern mit ihren Darbietungen das gesellschaftliche Gemeindeleben. Eine Attraktivität, besonders bei jungen Mädchen, bietet der Voltigierverein Palmsberg, wo auf dem Rücken der Pferde beachtliche Darbietungen einstudiert und gezeigt werden.

Die gemeindliche Infrastruktur wird durch zwei Kindergärten mit über 80 Betreuungsplätzen ergänzt, die nach den neuesten Gesichtspunkten errichtet und ausgestattet sind. Die Kinder der Gemeinde besuchen die Schulen in Hohenroth und Salz und werden dort pädagogisch auf das Leben vorbereitet. Darüber hinaus bietet die Gemeinde in Unte-

rebersbach und auch in Niederlauer als eine der wenigen Gemeinden der Umgebung für Kinder und auch Jugendliche eine gemeindliche Jugendbetreuung in den beiden Jugendräumen an.

Die Flussläufe von Saale und Lauer wurden von der Gemeinde genutzt, um wassernahe Erholungsräume zu schaffen. So sind der „Saalestrand“ in Unterebersbach und der „Lauerstrand“ in Niederlauer bei Alt und Jung beliebte Aufenthaltsräume, insbesondere in den Sommermonaten. Ich bin mir sicher, dass sich Niederlauer mit seinen Ortsteilen Ober- und Unterebersbach durch ein hervorragendes Arbeitsplatzangebot sowie auch hochwertigen Bauplätzen zu einer attraktiven Gemeinde am Rande der Kreisstadt entwickelt hat.

Die Aktivitäten und die vorgesehnen Investitionen der Gemeinde werden dafür sorgen, dass Niederlauer für die Zukunft bestens gerüstet ist!

Herzliche Grüße aus Niederlauer



Richard Knaier

1. Bürgermeister
Gemeinde Niederlauer

GEMEINDE RÖDELMAIER



Luftbild Rödelmaier

Foto: Martin Schmitt

Rödelmaier – um 1300 erstmals urkundlich erwähnt – liegt auf einer Anhöhe 5 Kilometer östlich der Kreisstadt Bad Neustadt. 958 Einwohner leben in dem, trotz der Nachbarschaft mit der Bundesautobahn 71, ruhig gelegenen Ort. Das Ortsbild wird geprägt vom neuen Schloss, welches das Karmelitinnenkloster „Regina Pacis“ beherbergt, der katholischen Pfarrkirche St. Ägidius und dem Ensemble des Alten Schlosses, in dem unter anderem auch das Rathaus ist.

Neben den in Rödelmaier vorhandenen Gewerben, einer Schreinerei und einer Wäscherei, gesellte sich ein Dienstleister im Callcenterbereich, welcher das nun nicht mehr benötigte Schulhaus nutzt sowie eine Spedition hinzu. Mit dem Bau der Autobahntrasse der A 71, welche ostseitig an das Gemeindege-

biet grenzt, findet sich hierzu noch die Straßenmeisterei des staatlichen Hochbauamtes auf Rödelmaier Grund. Die meisten Einwohner jedoch pendeln ins nahe gelegene Bad Neustadt oder auch nach

Schweinfurt, um ihrem Beruf nachzugehen.

Die politischen Interessen des Ortes, der als Rittergut um 1300 ursprünglich den Namen „Rotilmar“ – Dorf an



Am Ortseingang

Foto Helmut Tichay



Bürgerhaus

Foto Helmut Tichay



Kloster Regina Pacis

Foto Helmut Tichay

der Rodungsquelle – trug, werden von einem achtköpfigen Gemeinderat vertreten. In letzter Zeit konnten kleinere und größere Projekte verwirklicht werden, welche Rödelmaier zu einem attraktiven und lebendigen Wohnort erhoben haben. Beispielhaft seien hier die Ortskernsanierung und die Renovierung des Rathauses im Rahmen der Dorferneuerung, der Breitbandausbau, der Ausbau und die Erweiterung des örtlichen Kindergartens samt Ausstattung mit Krippenplätzen und die beinahe stete Ausweisung von Wohnbaugebiet genannt. Zukünftig wird das Gremium den Bau eines Feuerwehrgerätehauses mit Neuausstattung der Feuerwehr, die Neuanlage des Dorfsee-Umgriffs, die Sanierung des ‚Schlosshofs‘ und die nochmalige Vergrößerung des Kindergartens in Zusammenarbeit mit der Diözese Würzburg in Angriff nehmen.

In Rödelmaier herrscht ein reges Vereinsleben, welches das reichhaltige und vielfältige dörfliche Leben enorm aufwertet und bunt gestaltet. So gibt es im Juni das weit über die Gemeindegrenzen hinaus bekannte Fischfest des Angelclubs, im August die Storchsbergfete und am zweiten Adventssonntag die mittlerweile zur Tradition gewordenen Adventskonzerte und den Rödelmairer Adventzauber, den eine Gemeinschaft von Vereinen ausrichtet. Mit den insgesamt zwölf ortsansässigen Vereinen ist ein vielfältiges Betätigen möglich – es ist für Jede und Jeden etwas dabei.

Neben dem stetigen Ausbau der Infrastruktur trägt die Verwaltungsgemeinschaft seit ihrem Bestehen auch maßgeblich zum Gelingen der oben angeführten Projekte bei. Sie ist für die ehrenamtlichen Mitglieder der örtlichen Gemeindeverwal-

tung eine unverzichtbare Hilfe für das Besteiten von kommunalen Aufgaben und in diesen Bereichen nicht mehr wegzudenken.

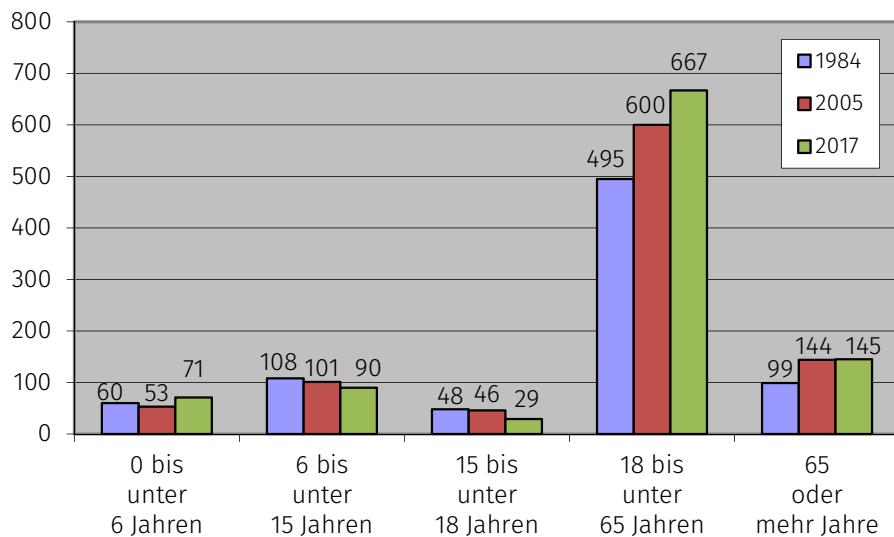
Die Gemeinde Rödelmaier stellt sich Schritt für Schritt der Zukunft und strebt auch weiterhin eine gesunde, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zum Wohle ihrer Bürger an.

Viele Grüße
aus Rödel-
maier

Michael Pöhlein

1. Bürgermeister
Gemeinde
Rödelmaier

Altersstruktur Rödelmaier



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 12% auf 14% erhöht.
Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Rödelmaier um 23% angestiegen.

GEMEINDE SALZ



Luftbild Salz

Foto: Martin Schmitt

Die Gemeinde Salz, die nur durch die Saalewiesen von der Kreisstadt Bad Neustadt getrennt ist, hat eine lange Geschichte. Zum ersten Mal erwähnt wurde die Ortschaft in einer Urkunde aus dem Jahre 742. Wie Ausgrabungen belegen, ist die Umgebung in und um Salz wohl schon seit der Jungsteinzeit besiedelt. Eine besonders erwähnenswerte Fundstelle ist das Sälzer Gräberfeld, in dem ab dem 6. Jahrhundert Beisetzungen mit reichhaltigen Grabbeigaben stattfanden. Ein außerordentlich seltes Fundstück dieser Ausgrabung ist „Das Sälzer Trinkhorn“, das inzwischen über die Landesgrenzen hinaus bekannt ist. Das Dorf trägt den Namen der Kaiserpfalz, die Karl der Große am Zusammenfluss von Saale und Brend gegründet hat. Unter der Dorflinde, die vor der Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt steht, soll Karl der Große

selbst den Frieden mit den Sachsen geschlossen haben. Die Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt wurde im Jahre 942 erstmals erwähnt. Jedoch ist davon auszugehen, dass sie bereits lange vor dieser Zeit bestanden hatte. Die dreischiffige Pfeilerbasilika erstrahlt seit der Fertigstellung der Innenrenovierung in diesem Jahr wieder in neuem Glanz und ist in jedem Fall einen Besuch wert. Eine kleine Besonderheit für Klein und Groß gibt es dort außerdem immer in der Weihnachtszeit zu bestaunen: Die Figuren der Weihnachtskrippe aus dem Jahre 1928 bewegen sich elektrisch betrieben und stellen verschiedene biblische Szenen rund um die Weihnachtsgeschichte dar.

Folgt man der Hauptstraße durch den Altort, kann man vereinzelt noch fränkische Fachwerkhäuser oder große Hoffore und Scheunen

entdecken, die an die ursprünglich durchweg landwirtschaftlich und handwerkliche Prägung des Dorfes erinnern. Mittlerweile hat sich die Gemeinde aber vor allem zu einem attraktiven Wohn- und Industriestandort hin entwickelt. Das staatliche Industrie- und Gewerbegebiet hat bereits über 900 Arbeitsplätze anzubieten und soll durch die kontinuierliche Weiterentwicklung auch in Zukunft für weitere Arbeitgeber interessant gemacht werden.

Die Gemeinde Salz beheimatet aktuell rund 2.500 Einwohner, wobei Prognosen dem Ort – entgegen dem allgemeinen Trend im Landkreis Rhön-Grabfeld – auch in Zukunft ein kontinuierliches Wachstum vorhersagen. Dies mag sicherlich an der verkehrsgünstigen Lage des Ortes liegen. Die nahe Kreisstadt Bad Neustadt ist seit der Tarif- und

Fahrscheinanerkennung der Buslinie auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln einfach und kostengünstig zu erreichen, aber auch die nächste Autobahnauffahrt für Pendler ist keine zehn Autominuten entfernt.

Vor allem aber ist es wohl die intakte Infrastruktur, die die Gemeinde Salz als Wohn- und Lebensmittelpunkt für junge Familien so interessant macht. Der aufgrund steigender Geburtenzahlen zu klein gewordene Kindergarten St. Elisabeth wurde durch einen Neubau am Hirtshorn zukunftsfähig gemacht und bietet nun 50 Krippenplätze sowie 75 Regelplätze. Direkt angrenzend dazu befindet sich die zweizügige Karl-Straub-Grundschule, die von den Kindern aus Salz und den Nachbargemeinden Strahlungen und Niederlauer besucht wird. Das Angebot des Hortes „Mobilo“, die Schulkinder dieser drei Ortschaften auch in den Nachmittagsstunden



Gemeindezentrum

sowie nahezu in den gesamten Ferien in den Räumlichkeiten der Schule und des Sportvereins pädagogisch zu betreuen, findet von Seiten

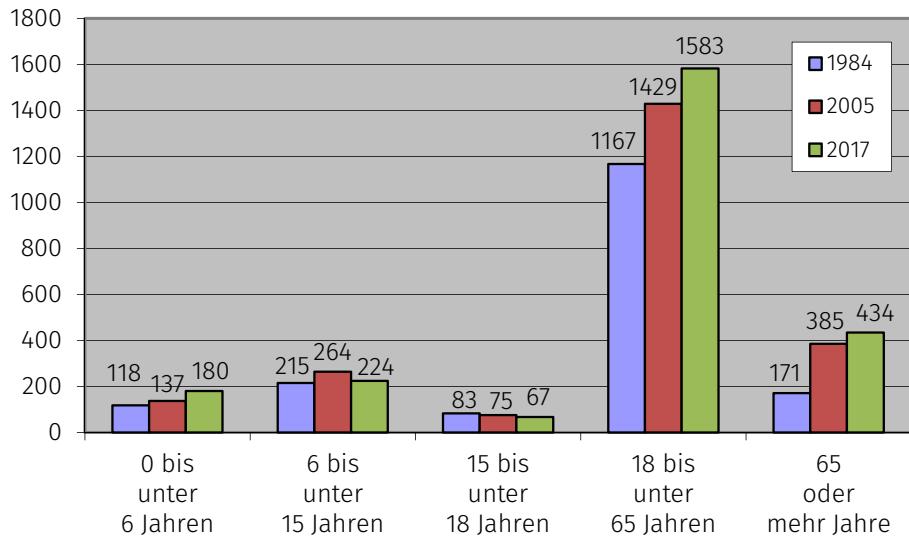
der Eltern sehr großen Zuspruch. Die Jugend des Ortes kann sich im gemeindlich betreuten Jugendraum treffen. Auch die von Ehrenamtlichen geführte und kostenfreie Bücherei erfreut sich in der Bevölkerung großer Beliebtheit. Eine gut aufgestellte Vereinsstruktur bietet zudem ein umfangreiches Angebot für Jung und Alt an. Bei Festen oder Veranstaltungen im Ort beweisen die Vereine immer wieder, dass sie mit ehrenamtlichem Engagement Hand in Hand zum guten Gelingen beitragen.

Die Gemeinde Salz hat also in vielerlei Hinsicht etwas zu bieten, was auch das ungebrochen hohe Interesse an Bauland im Ort erklärt. Mit der Ausweisung eines neuen Wohn-



Kindergarten

Altersstruktur Salz



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 10% auf 17% erhöht.

Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Salz um 46% angestiegen.

gebietes sind die Weichen für die Zukunft bereits gestellt. Aber auch der Altort soll wieder stärker belebt

werden. Dazu lässt die Gemeinde aktuell ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept erstellen, um unter Einbezug der Bürgerinnen und Bürger Stärken und Schwächen zu ermitteln und daraus einen Kurs für die Zukunft ableiten zu können.

Aktuell steht außerdem der Bau eines neuen Feuerwehrhauses mit Schlauchwaschanlage und der Atemschutzstrecke des Landkreises in den Startlöchern, wodurch die ersten Lücken der ehemaligen Industriebrache am Ortseingang geschlossen werden können. Diese bereits konkreten Projekte und viele andere Ziele werden wir umsetzen, um die Gemeinde Salz in eine sichere Zukunft zu führen.

Mit freundlichen Grüßen aus Salz



Martin Schmitt

1. Bürgermeister
der Gemeinde Salz



Kirche Salz



GEMEINDE SCHÖNAU A. D. BREND



Luftbild Schönaу

Foto: Martin Schmitt

Am Fuße der Rhön-Berge, genau in der Mitte der 1885 erbauten und zwischenzeitlich eingestellten Eisenbahnstrecke Bad Neustadt a. d. Saale - Bischofsheim/Rhön, sowie an der Bundesstraße 279 liegt 332 m über NN der idyllische Ort Schönaу

a. d. Brend im Naturpark „Bayerische Rhön“. Erstmals erwähnt wird eine Ansiedlung im Jahre 1207. Nach verschiedenen Ortsbenennungen legte sich die heutige Schreibweise „Schönaу“ um 1776 fest, welcher 1930 von Amts wegen „a. d. Brend“

hinzugefügt wurde. Sehenswert ist die auf einer Anhöhe stehende nachgotische „Julius-Echter-Kirche“ von 1608 (katholische Kirche „Hl. Laurentius“) mit Altären aus dem Kloster Bildhausen. Im Herbst 2008 wurde das 400jährige Kirchenjubiläum im Rahmen eines großen Festaktes gewürdigt.

Der Ortsname drückt es bereits aus, Schönaу liegt im wiesenreichen Brendtal und wird zur linken und zur rechten Seite von tiefen Laub- und Nadelwäldern flankiert.

Der Gemeindeteil Burgwallbach ist etwa 3 km südlich im Seitental des Liesbaches eingebettet. Die Geschichte des Gemeindeteils Burgwallbach ist eng mit dem ringsumgebenden „Salzforst“ verknüpft. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts bauten zwei Ritter aus dem Geschlecht der



Luftbild Burgwallbach mit Kollertshof

Foto: Martin Schmitt

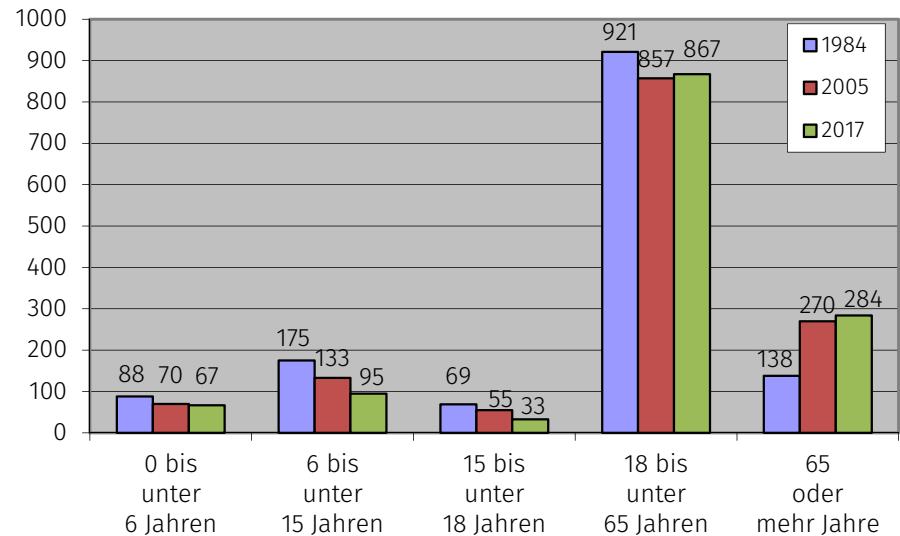
GEMEINDE

Altersstruktur Schönaу

„Marschalks von Ostheim“ im Auftrag des Bischofs von Würzburg eine kleine Wasserburg, um von dort aus die Straßenverbindung von Neustadt nach Bischofsheim und Fulda zu sichern. 1489 ging diese im Laufe ihrer Geschichte mehrmals zerstörte Burg (u. a. im Bauernkrieg 1525) in den Besitz der Freiherren von Bibra über bis zum Jahre 1602. Der ehemalige Ort „Niederwalbach“ in der Gegend des heutigen Badesees wurde 1525 nach Niederschlagung des Baueraufstandes durch die Herren von Bibra dem Erdboden gleichgemacht. Die heutige Kirche von Burgwallbach wurde 1571 errichtet.

Der Weiler Kollertshof wurde erstmals urkundlich bereits 1161 erwähnt. Nachdem er vorher zum Kloster Bildhausen gehörte, kam er 1301 an das Kloster Wechterswinkel bis zu dessen Aufhebung 1592.

Die heutige Gemeinde wurde 1978 im Zuge der Gebietsreform durch Verschmelzung der ehemals selbstständigen Gemeinden Schönaу a. d. Brend und Burgwallbach mit



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 10% auf 21% erhöht.
Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Schönaу um 9% gesunken.

dem Weiler Kollertshof gebildet. Das Gemeindegebiet umfasst eine Gesamtfläche von 1557 ha, wovon 600 ha landwirtschaftlich genutzt werden und der Großteil mit 825 ha Waldfläche ist. Beiden Orten wurde 1984 die Urkunde des Bayer. Staatsministeriums des Innern mit der Auszeichnung als „Staatlich anerkannter Erholungsort“ verliehen. Die Gesamtgemeinde hat heute rd. 1400 Einwohner. Erster Bürgermeister und 12 Gemeinderäte lenken

die Geschicke der Gemeinde. Seit dem Abschluss der Gebietsreform 1978 werden die gemeindlichen Verwaltungsgeschäfte von der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt a. d. Saale vollzogen.

In beiden Gemeindeteilen hat die Dürftigkeit des Bodens die meisten Einwohner schon immer gezwungen, sich neben der Landwirtschaft einen Nebenverdienst zu schaffen. Gegenwärtig sind Industrie, Handwerk und Verwaltung die häufigsten Arbeitgeber. Die Landwirtschaft wird heute fast ausschließlich als Nebenerwerb betrieben.

Die malerische Lage, gut markierte Wanderwege, kulturelle Veranstaltungen und eine leistungsfähige Gastronomie fördern den Tourismus erheblich. Darüber hinaus wurden von gemeindlicher und privater Seite entsprechende Angebote geschaffen.

Hervorzuheben sind im Gemeindeteil Schönaу a. d. Brend ein beheiztes Freibad mit Beach-Volleyballfeld im romantischen Krummbachtal und in Burgwallbach der Badesee an der Kreisstraße nach Bad Neustadt



Rathaus Schönaу

SCHÖNAU A. D. BREND

a. d. Saale. Der Altort von Schönaу a. d. Brend, einst kreuzförmig angelegt, wird vereinzelt durch den Kontrast liebevoll renovierter Fachwerkhäuser aufgelockert. Daneben befinden sich öffentliche Bauten, so unter anderem die gemeinnützigen Gebäude, wie das Gemeindehaus mit Backhaus, der Kolpingsaal, das DJK-Sportheim, die Verbandsschule ein beheiztes Freibad und der Kindergarten.



Fastnachtsbrunnen

Die Rhönstraße, Brendstraße und der Rathausplatz wurden im Rahmen der Dorferneuerung in der Zeit von 2002 bis 2004 neu gestaltet. Der „Fosenochtsbrünn“, entworfen und geschaffen von der Bildhauerin Eva-Maria Warmuth aus Wargols hausen, ziert den Rathausplatz. Am Fuß des Kirchbergs steht das Denkmal für Otto Feick, der hier 1925 gemeinsam mit dem Konstrukteur Gustav Janz das „Rhönrad“ als Turn- und Sportgerät erfand, welches



Rhönradbrunnen

heute in der ganzen Welt bekannt ist. Des Weiteren stehen Tennisplätze, ein Naturlehrpfad, eine Minigolfanlage und eine Kneipp-anlage zur Verfügung. Schönaу a. d. Brend ist durch ein vielfältiges, kulturell und sportlich geprägtes Vereinsleben weit bekannt. Da-für sorgen vor allem erfolgreiche „Rhönrad-Sportler“ und eine intensive Brauchtumspflege mit zahlrei-

chen Veranstaltungen im Jahr. Um die Leistungsfähigkeit und Attrakti-vität unserer Gemeinde zu erhalten und für zukünftige Aufgaben fit zu machen, wird aktuell in enger Zu-sammenarbeit mit der Bürgerschaft ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungs-konzept erarbeitet. Ich freue mich auf Ihren Besuch in un-serer Gemeinde Schönaу a. d. Brend mit Gemeindeteil Burgwallbach und Weiler Kollertshof.



Badesee Burgwallbach

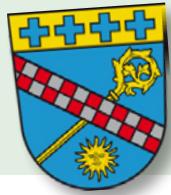
Mit freundlichen Grüßen
aus Schönaу



Rudolf Zehe

1. Bürgermeister
Gemeinde Schönaу a. d. Brend

GEMEINDE STRAHLUNGEN



Luftbild Strahlungen

Foto: Martin Schmitt

Gerne stelle ich Ihnen meine Heimatgemeinde Strahlungen vor: Mein Name ist Karola Back, ich bin seit 2014 die Erste Bürgermeisterin meines Heimatortes. Im Jahr 1196 wurde Strahlungen das erste Mal urkundlich erwähnt. Zuvor, im Jahre 1156, erfolgte die Gründung des vier Kilometer südöstlich gelegenen Klosters Maria Bildhausen, das eng mit

Strahlungen verbunden war. Bis 1796 besaß das Kloster in Strahlungen einen Gülthof, zu dem zwei Hofstellen, drei Weinberge und zwölf Morgen Land gehörten. Das Kloster war zudem Alleinherr des Ortsteils Rheinfeldshof. Seit 1950 gehört das Kloster Maria Bildhausen politisch nicht mehr zur Gemeinde Strahlungen.

Die Gemeinde Strahlungen mit Weiler Rheinfeldshof war schon von jeher Grenzgemeinde und gehörte zum Landkreis Bad Kissingen. Mit der Gebietsreform vom 1. Juli 1972 wechselte die Gemeinde Strahlungen in den vergrößerten Landkreis Bad Neustadt a. d. Saale, der am 1. Mai 1973 in den Landkreis Rhön-Grabfeld umbenannt wurde. Am 1. Mai 1978 trat Strahlungen damals unter dem 1. Bürgermeister Günter Burger der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt bei, wodurch auch der Erhalt der Selbstständigkeit sichergestellt wurde.



Luftbild Rheinfeldshof

Foto: Martin Schmitt

Die Gemeinde Strahlungen mit Weiler Rheinfeldshof beheimatet 930 Einwohner und ist eine attraktive Wohn- und Wohlfühlgemeinde nah an der Natur, mit einem herrlichen Blick in die Rhön und trotzdem zentral gelegen, unweit der Städte

Bad Neustadt, Bad Kissingen und Schweinfurt. Im Gegensatz zu früher dominiert heute in Strahlungen nicht mehr die Landwirtschaft als Haupterwerbsquelle. Die Strukturen im Weiler Rheinfeldshof sind weiterhin landwirtschaftlich geprägt. Die Mehrzahl der Erwerbstätigen Gemeindegäste/innen pendelt zur Arbeit in die nahe gelegenen Orte und Städte.

Unsere Gemeinde verfügt mit einer Backwarenverkaufsstelle, einer Metzgerei, einem Gasthaus mit wunderschönem Biergarten, einem Friseurgeschäft und einer Physiotherapiepraxis über eine sehr gute



Rathaus Strahlungen Foto: B. Chellouche

Infrastruktur und eine gute ÖPNV-Anbindung nach Bad Neustadt. Auch die Auffahrt auf den nächsten Autobahnzubringer ist nur 7 km entfernt. Das Rathaus wurde 2017/18



Weinberg Strahlungen

saniert und barrierefrei gestaltet. Das neu gebaute Kinderhaus St. Nikolaus mit Kinderkrippe und dem Schülerhort „Wildwuchs“ bietet vor allem jungen Familien gute Lebensbedingungen. Vom bayerischen Landesamt für Statistik wurde uns als eine der wenigen Gemeinden im Rhön-Grabfeldkreis ein Bevölkerungswachstum prognostiziert. Die Voraussetzungen hierfür haben wir mit der Schaffung des Baugebietes Zehnt III geschaffen. Schulisch sind wir an die Grundschule in Salz und an die Mittelschule Bad Neustadt angegliedert. Von kirchlicher Seite sind wir mit dem neu renovierten Gotteshaus St. Nikolaus, der Marienkapelle am Altmerberg und den neuen Räumen der Pfarrei im Erdgeschoss des Rathauses gut aufgestellt. Das Vereinsleben spielt in unserem Ort eine sehr große Rolle und bietet unseren Bürgern/innen ein sinnstiftendes, ehrenamtliches Betätigungsfeld, wie z. B. im Projekt „Inklusion durch Sport“. Das bedeu-

tet, dass Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam sportlich aktiv sind. Hier findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Dominikus-Ringeisen-Werk Maria Bildhausen und der Lebenshilfe Rhön Grabfeld statt. Weiterhin haben aktive Bürger unseres Ortes die Tradition wieder auflieben lassen und einen Weinberg angelegt, der von Hobbywinzern betrieben wird. Alle Vereine haben sich zu einer Vereins-GbR zusammengeschlossen und verfolgen gemeinsame Ziele, z. B. das Veranstalten der „Strahlunger Meile“ - ein Dorffest der besonderen Art. Dieses Fest hat sich zu einem wahren Besuchermagnet entwickelt, mit dessen Erlös Projekte in unserer Gemeinde verwirklicht werden. Beispielsweise wurde mit diesem Geld und ehrenamtlichem Engagement oberhalb unseres Weinbergs eine Aussichtsplattform geschaffen. Es ist ein Ort der Ruhe, mit einem herrlichen Blick auf unsere Gemeinde. Das kann man jedem Wanderer

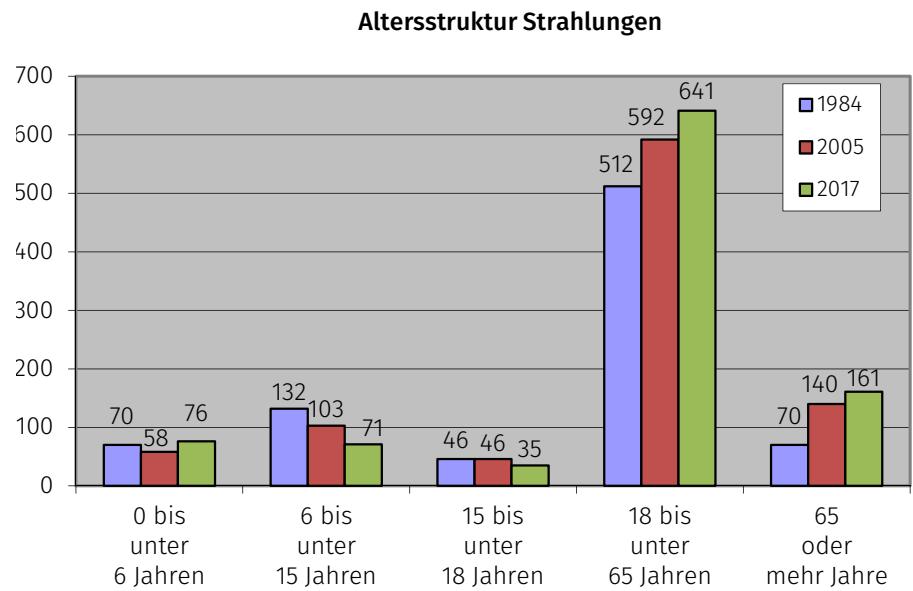
GEMEINDE STRAHLUNGEN

und Fahrradfahrer nur empfehlen. Neben der Aussichtsplattform ist auch ein Trauplatz angelegt worden, sodass Trauungen am Weinberg durchgeführt werden können. Ebenfalls gibt es dort am Weinberg einen Premiumwanderweg mit einer herrlichen Aussicht und schönen Ruheplätzen. Das Bürgerzentrum Günter-Burger-Halle und unser hervorragendes Sportgelände mit Kunstrasenplatz sind Treffpunkte für sportliche Aktivitäten, Veranstaltungen, Inklusionsprojekte und um unsere Gemeinschaft zu pflegen.

Zur freieren Entfaltung unserer Jugend hat die Gemeinde den Neubau eines Jugend-Treff neben dem Sportgelände ermöglicht. Dort baut



Filialkirche Rheinfeldshof



Der Anteil der über 65-jährigen hat sich seit 1984 von 8% auf 16% erhöht. Die Gesamtzahl der Einwohner ist seit 1978 in der Gemeinde Strahlungen um 18% angestiegen.

die Strahlunger Jugend unter finanzieller Mithilfe der Gemeinde und eigenem hohen ehrenamtlichen Engagement ihren Jugend-Treff selbst. Weitere zukünftige Maßnahmen sind der Neubau eines Feuerwehrhauses, die Sanierung und Schaffung von Barrierefreiheit im Bürgerzentrum Günter-Burger-Halle, die Schaffung eines offenen Senioren-Aktiv-Treffs und die Schaffung von Maßnahmen, die es ermöglichen, unseren älteren Mitbürgern den Verbleib solange wie möglich in ihrer eigenen Häuslichkeit sicherzustellen. Der Gemeinderat legt großen Wert auf die kontinuierliche Weiterentwicklung unserer Heimatgemeinde. Deshalb wird zurzeit ein Städtebauliches Entwicklungskonzept unter Beteiligung unserer Bürger/innen erarbeitet. Dieses Konzept soll hauptsächlich die Entwicklung des Innerorts stärken und dient sozusagen als roter Faden für die zukünftige Ge-

meindepolitik, um die Lebensqualität unserer Gemeindebürger/innen weiterhin zu steigern.

Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam die anstehenden Aufgaben gut bewältigen und den guten Ruf unserer Gemeinde Strahlungen als attraktive Wohn- und Wohlfühlgemeinde auch in die Zukunft tragen.

Gemäß unserem Slogan: „Strahlungen mit Blick in die Rhön, strahlend schön!“ grüße ich Sie ganz herzlich.



Karola Back
1. Bürgermeisterin
Gemeinde Strahlungen

AUSBLICK – EINE EINSCHÄTZUNG DER ANFORDERUNGEN AN DIE KOMMUNALVERWALTUNG DER NÄCHSTEN JAHRE

Diese Gedanken zur Fortentwicklung der Kommunalverwaltung und der Zusammenarbeit mit den Gremien sind keine wissenschaftlichen Prognosen für die nächsten 30 Jahre, sondern aus den Erfahrungen der bisherigen Verwaltungsentwicklung, dem heute erkennbaren Fortschreiten der Digitalisierung und den sichtbaren gesellschaftlichen Veränderungsprozessen getroffene Einschätzungen.

In welcher Umgebung leben wir künftig?

Wenn wir über die Zukunft der Verwaltung nachdenken, müssen wir uns zunächst Gedanken darüber machen, wie die Umgebung der Gemeinde jetzt und in Zukunft geprägt sein wird.

- Sind in unserem Raum, wie gegenwärtig, viele Arbeitsplätze vorhanden?
- Bestimmt die Digitalisierung im Wesentlichen das Leben der Menschen? Wird sie viele Arbeitsplätze in der Verwaltung ersetzen?
- Wie wird die Finanzausstattung der Gemeinden sein?
- Wie möchten die Bürger der Verwaltung begegnen? Durch persönliche Gespräche oder digital?
- Gibt es einen Wechsel von der städtebaulichen Außenentwicklung zur Innenentwicklung?
- Wie sehen die Betreuung von Kindern und die Bildung in der Zukunft aus?
- Welche Welt der Mobilität wird uns umgeben?

- Setzen sich die aktuellen politischen Veränderungsprozesse mit der Erosion der bisherigen staatstragenden Parteien fort?
- Steigt sich der Individualismus weiter?
- Was bleibt vom Menschen an gesellschaftlichem Interesse, an Geist und Humanismus?

Jetzt werden Sie sagen, sind das nicht Fragen, die sich in erster Linie die Politik, hier speziell die Kommunalpolitik, und nicht die Verwaltung stellen muss? Aber – Verwaltung und Kommunalpolitik, jeder für sich aber auch beide zusammen, sind nur erfolgreich, wenn sie sich diesen Fragen gemeinsam stellen. Mit dieser Handlungsweise sind wir in der Verwaltungsgemeinschaft in den letzten 40 Jahren gut gefahren. Sie bildet die Basis meines Grundverständnisses von kommunaler Verwaltung.

Anforderungen an das Personal

Die Mitarbeiter spielen bei der Aufgabenbewältigung heute und auch künftig die zentrale Rolle. Was müssen wir von ihnen erwarten, welche Typen sind in der Verwaltung als Dienstleister gefragt?

In unserer VG ist ausschließlich fachausgebildetes Personal im Einsatz: Verwaltungsfachleute unterschiedlicher Qualifizierung, Ingenieure, Techniker, IT-Fachleute und Quereinsteiger, vornehmlich mit betriebswirtschaftlicher Ausbildung oder Vergangenheit.

Die Ausbildung zur Verwaltungsfachkraft lehrt in erster Linie das Verständnis und die Logik der Gesetzgebung, die Ausbildung zur technischen Fachkraft die technischen Elemente. Sie lehrt uns (noch) nicht ausreichend, unser Fachwissen kreativ und innovativ mit den Anforderungen unserer Zeit zu vernetzen, sei es der Umgang mit Bürgern und Vorgesetzten oder sich aus der Politik ergebende Ansprüche. Immer mehr in den Mittelpunkt rückt die persönliche Kompetenz der Mitarbeiter. Sich nicht nur auf sein fachliches Wissen zu stützen, sondern mit diesem Fachwissen, eigener Reflexion und Anschauung sein Arbeitsumfeld mit zu entwickeln, wird den gefragten Mitarbeiter ausmachen. Hinzu kommt die Bereitschaft und das Interesse, sich im Rahmen politischer Prozesse kompetent einzusetzen. Voraussetzung hierfür ist das Geschick der Kommunalpolitik, innovative wie auch erfahrene Kräfte aus der Verwaltung in die Prozesse mit einzubeziehen.

Somit ist ein erstes Fazit zu ziehen, wonach es für die Stärke der Verwaltung als Dienstleistungsbetrieb auch in Zukunft auf fachlich sehr gut aus- und weitergebildetes Personal mit hoher persönlicher Kompetenz ankommt.

Eine besondere Rolle nehmen die Mitarbeiter des IT-Bereichs ein. Zwar arbeiten alle Kommunen mit IT-Dienstleistern, wie beispielsweise der AKDB oder Kommuna zusammen, jedoch bleibt im Haus das Ta-

AUSBLICK – EINE EINSCHÄTZUNG DER ANFORDERUNGEN

gesgeschäft mit der IT-Technik und dem Einsatz der doch mehr als 60 Software-Produkte. Darüber hinaus ist es auch künftig sehr wichtig, Leute mit IT-Sachverstand im Hause zu haben, die den Betrieb, die Verwaltungsabläufe und das Personal kennen und in der Lage sind, Innovationen im IT-Einsatz oder in der digitalen Organisation zu begleiten und zu steuern.

Außerdem erwarte ich, dass vor allem für Steuerungs-, Organisations-, Projektmanagement- und Controllingprozesse weitere Fachleute in den Kommunen hinzukommen werden. Diese Handlungsbereiche müssen auch in der Verwaltungsfachausbildung deutlich mehr an Gewicht bekommen.

Doch wie hält man eigenes Personal oder wie bekommt man qualifiziertes externes Personal? Die Fluktuation hat in manchen kommunalen Verwaltungen deutlich zugenommen und wird sich je nach Organisationsgrad und Bezahlung weiter verschärfen. Besonders sind kleinere Verwaltungen davon betroffen. Es gibt immer weniger den Allrounder, von dem gerade eine kleine Verwaltung stark profitiert, der fachlich hohe Verantwortung trägt und eine große Aufgabenfülle zu bewältigen hat und daher täglich lange (auf Abruf auch in der Freizeit) im Dienst ist.

Die Fluktuation mag an den hohen Anforderungen oder am Organisationsgrad liegen. Sie hat wohl ihre

weiteren Gründe an einem stärkeren Rückzug ins Private, aber auch in der Bezahlung.

Letztere wird in der Zukunft im Ringen um gutes Personal eine spürbar größere Rolle spielen. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes in der Kommunalverwaltung ist keineswegs mehr ein allein entscheidendes Merkmal der Arbeitsplatzattraktivität. Besonders Führungskräfte und spezialisiertes Fachpersonal werden künftig mehr Geld kosten.

Andererseits ist der Arbeitsplatz in einer Kommune, insbesondere dort, wo Gemeindeentwicklung mitgestaltet werden kann, äußerst interessant und herausfordernd. Hier seien die Führungsebenen ebenso benannt, wie Handlungsfelder in den Bereichen der Finanzverwaltung, der Bauverwaltung, der IT und des strategischen Wirkens, soweit die Politik Raum zu kreativer Mitwirkung lässt.

Andererseits ist den Gemeinden künftig noch stärker anzuraten, solche Leute auszusuchen, die neben ihrer Fachausbildung entsprechende Kompetenzen zur kreativen Mitbestimmung erfüllen. Aber auch die klassischen Dienstleistungen der Kommunalverwaltung beispielsweise im Bürgeramt, in der Sozialversicherungsberatung und Bauberatung sind mit ihren Kommunikationskompetenzansprüchen und ihrem Hilfestellungscharakter sehr ansprechende Arbeitsbereiche.

Arbeitsorganisation

Mit Blick auf die Digitalisierung muss jedoch damit gerechnet werden, dass an den Stellen, die erheblich von Datenerfassungen und -verarbeitungen geprägt sind, die Maschine den Mitarbeiter ersetzen wird. Die Einrichtungen von zentralen Bürgerkonten durch den Staat in Zusammenwirken mit den Kommunen, wie sie bereits auf den Weg gebracht sind, wird die zentrale Datenhaltung und -aufbereitung und die digitale Kommunikation verstärken. Es ist eine spannende Frage, ob die Bürger den persönlichen Kontakt künftig höher einschätzen, als die digitale Welt vermutet. Aus der gegenwärtigen Erfahrung ist vielen Bürgern die menschliche Begegnung, die Beratung im persönlichen Gespräch noch sehr wichtig. Es wird auch an den Verwaltungsmitarbeitern liegen, welchen Wert ihre Arbeitsweise durch Service und Verlässlichkeit in der persönlichen Beratung für die Bürger darstellt.

Die Nutzung der Digitalisierung steht natürlich außer Frage. Wir konnten mit frühzeitigen Entscheidungen in diesem Bereich gute Erfahrungen gewinnen, sei es nun die Einführung von Workflows in der Finanzverwaltung oder in personalorganisatorischen Bereichen, der vielseitige Einsatz von GIS, das seit vielen Jahren im Einsatz befindliche digitale Dokumentenmanagement, das elektronische Sitzungsmanagement oder vieles mehr. Die Entwicklung muss laufend sehr aufmerksam verfolgt, hinsichtlich Kosten/

EN AN DIE KOMMUNALVERWALTUNG DER NÄCHSTEN JAHRE

Nutzen sorgfältig abgewogen und bei Sinnhaftigkeit die Möglichkeiten konsequent umgesetzt werden. Die Grundvoraussetzung der erfolgreichen Anwendung von digitalen Arbeitsmitteln ist das „Mitnehmen“ der Mitarbeiter bei Veränderungen, eine systematische Fortbildung und das Controlling der Anwendung.

Die Verwaltung wird zudem deutlich stärker als heute in vielen Teilbereichen eine Projektverwaltung werden. Wir haben in der VG Bad Neustadt vor etwa zehn Jahren damit begonnen, strategische Vorhaben, Baumaßnahmen und bedeutende organisatorische Maßnahmen projekttechnisch einem definierten Steuerungsprozess zu unterwerfen. In diesen sind die beteiligten Ämter (z. B. Finanz- und Bauverwaltung) sowie wie insbesondere die Bürgermeister eingebunden, um die Aufgabendefinition, die Kompetenzen, die Aufgabenverteilung, die Finanzierung und die Verantwortlichkeiten zu definieren und strukturieren und um zeitliche und finanzielle Ressourcen besser zu nutzen. Dieser Prozess ist äußerst schwierig, da er zunächst mehr Zeit kostet, bis er im Verwaltungsalltag zur Regel wird und zur effektiven Umsetzung von allen Beteiligten auch angenommen wird. Allerdings muss dieser Weg konsequent weiter gegangen werden. Wir haben in unserem VG-Bereich jetzt und in den kommenden fünf Jahren allein mehr als 70 Projekte vor uns mit einem Investitionsvolumen von rund 60 Mio. Euro, für die eine Projektsteuerung angezeigt ist.

Besondere Aufgabenstellungen

Eine weitere äußerst bedeutende Anforderung für die Zukunft an die Kommunalpolitik und die Verwaltung ist die Instandhaltung und Erneuerung der gemeindlichen Infrastruktur einschließlich deren Finanzierung. Das beginnt bei den Sporthallen und erstreckt sich neben der Wassergewinnung auch auf den Straßenbau und -unterhalt, die Entwässerung und weitere Einrichtungen der Gemeinden.

Vor allem zur Finanzierbarkeit dieser Aufgaben, die für die Daseinsvorsorge, also für das Kerngeschäft der Gemeinden elementar sind, müssen verbindliche mehrjährige Umsetzungspläne Standard werden. Dazu gehören regelmäßige Schadensanalysen ebenso, wie deren Aufarbeitung zu Sanierungsvorschlägen mit Kostenanalysen und die verbindliche Einstellung in die Haushalts- und Finanzplanung. Hierauf wird gegenwärtig vor allem politisch noch zu wenig systematischer Wert gelegt. Es muss der Bürgerschaft vermittelt werden, welchen Wert eine funktionierende Wasserversorgung und Entwässerung, die Erhaltung von Gebäuden und sonstigen Einrichtungen für die Lebensqualität in der Gemeinde haben.

Es darf keinesfalls gewartet werden, bis etwas nicht mehr funktioniert. Diese Verantwortung liegt hinsichtlich der Organisation bei den Bürgermeistern und der Verwaltungsspitze und im Hinblick auf die Mittelbereitstellung und Umsetzung

bei den Gemeinderäten, da nur sie nach der Gemeindeordnung befugt sind, die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Wir machen meist die Erfahrung, dass seitens der Bürger – auch wenn es für sie unmittelbar mit Kosten verbunden ist – entsprechendes Verständnis dafür aufgebracht wird, wenn eine frühzeitige und kompetente Aufklärung und eine breite öffentliche Diskussion im Gemeinderat erfolgt.

Bürgerarbeit

Das Verwaltungshandeln der Zukunft wird nach derzeitiger Einschätzung noch deutlich stärker als bisher vom unmittelbaren Einfluss der Bürgerschaft betroffen sein. Das kostet zunächst deutlich mehr Zeit und ist wesentlich aufwendiger, da Planungsideen, mögliche Alternativen, Kosten, Betroffenheit und zeitliche Vorstellungen transparent für die breite Öffentlichkeit oder einen begrenzt betroffenen Personenkreis aufgearbeitet werden müssen. Naturgemäß ist dabei die Auseinandersetzung mit deutlich mehr Meinungen erforderlich, die einen sehr qualifizierten Abwägungsprozess erfordern. Es zeigt sich jedoch, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung zunehmend gewünscht ist und Projekte am Ende deutlich verständnisvoller und einsichtiger von der Bürgerschaft begleitet und von der Gemeinde umgesetzt werden können.

Die Mitarbeiter und das Interesse der Bürger sind zu Themen der Allgemeinheit keine Selbstläufer.

AUSBLICK – EINE EINSCHÄTZUNG DER ANFORDERUNGEN AN DIE KOMMUNALVERWALTUNG DER NÄCHSTEN JAHRE

Anders sieht es bei eigener Betroffenheit aus. Hier wird die Arbeit zunehmend schwieriger. Eigene Interessen werden z. T. kompromissloser verfolgt.

Entscheidungsprozesse des Gemeinderates

Eine bedeutende Rolle für die Effizienz und die Kosten des Verwaltungshandelns nehmen zielgerichtete, straffe und konsequente Entscheidungsprozesse im Gemeinderat ein. Dabei spielt die Führung des Gremiums ebenso eine tragende Rolle wie die Verantwortungsbereitschaft und Umsetzungsbereitschaft des Gremiums. Die Verwaltung leistet dazu ihren Beitrag in einer bestmöglichen Vorbereitung. Entscheidend bleibt jedoch letztlich die Handlungsbereitschaft des Gemeinderates nicht im „Klein-Klein“, sondern zu den grundsätzlichen Gemeinde- und Projektentwicklungsfragen. Die Gemeinden werden sich auch umfassender die Frage stellen müssen, ob für die notwendigen Prozessinitiativen und -steuerungen die Berufsmäßigkeit des ersten Bürgermeisters nicht einen lohnenden Mehrwert darstellt.

Handlungsrahmen der Bürgermeister

Des Weiteren ist für eine effektiv arbeitende Verwaltung auch die Entscheidungsbefugnis des 1. Bürgermeisters von besonderer Bedeutung. Aus meiner Sicht sollten die Bürgermeister vom Gemeinderat deutlich höhere Budgets für die Verwaltung der genehmigten

Haushaltsmittel, insbesondere für den Abschluss von Kauf-, Bau- und Grundstücksverträgen erhalten. Die Handlungsschnelligkeit des kommunalen Geschehens könnte damit deutlich gewinnen. Die Gemeinderäte könnten sich noch besser auf ihre Kernaufgaben der Gemeindeentwicklung, des Ausbaus und der Erhaltung der Infrastruktur und der Daseinsvorsorge für die Bürger konzentrieren.

Interkommunale Zusammenarbeit

Zu guter Letzt ist an dieser Stelle natürlich die interkommunale Zusammenarbeit anzusprechen. Die Verwaltungsgemeinschaften sind seit 40 Jahren nichts anderes als Träger einer interkommunalen Zusammenarbeit. Sie haben sich zweifellos bewährt. Insofern ist für die Mitgliedsgemeinden einer Verwaltungsgemeinschaft vieles selbstverständlich, was bei der beginnenden Zusammenarbeit von Einheitsgemeinden als eine besondere Wertschöpfung erst jetzt in Erscheinung tritt. Die Vorteile und die Notwendigkeit von interkommunaler Zusammenarbeit sind auch in Zukunft unbestritten. Bestehende Felder der Zusammenarbeit werden sich erweitern. Gegebene Erfahrungen werden sich dabei positiv auswirken.

Allerdings hat die Auslagerung von Arbeitsfeldern auch ihre Grenzen. Die Verwaltung der Gemeinde muss als solche weitgehend mit eigenen Leuten handlungsfähig sein und nicht zu einer „Hülle ohne Aufgaben“ werden. Gerade dafür haben

sich Verwaltungsgemeinschaften bewährt, in der die Mitgliedsgemeinden gemeinsam unter gegenseitiger Richtlinienbestimmung ihre Verwaltung ausüben. Sie können daher als Modell für das Zusammenwirken auf Verwaltungsebene dienen.

Zusammenfassung

Die Digitalisierung ist stetig weiter zu entwickeln, wenn sie für die Bürger die Verwaltung und hinsichtlich der Kosten einen Mehrwert darstellt. Mit ihr werden jedoch auch Arbeitsplatzverluste vorhanden sein. Allerdings ist in der Daseinsvorsorge, für die Entwicklungsstrategien und für eine transparente Bürgerarbeit weiterer Arbeitskräftebedarf zu erwarten. Die Anforderungen an die Mitarbeiter verlangen neben der fachlichen Kompetenz noch mehr strategisches Denken und Handeln in breiter Zusammenarbeit mit den Gremien. Nach der aktuellen Arbeitsmarktlage muss davon ausgegangen werden, dass Verwaltungspersonal tendenziell teurer wird. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden wird jedoch auch in Zukunft in erster Linie von einer starken eigenen Verwaltung und einer Hand in Hand mit dieser agierenden, klug und straff ausgerichteten Gemeinderatsarbeit am meisten profitieren.

*Bernhard Rösch
Geschäftsstellenleiter*

AUSBLICK

DIE BÜRGERMEISTER IM INTERVIEW

7 Bürgermeister – 7 Themen – 7 Visionen



Wo stehen die Gemeinden der VG in 20 Jahren hinsichtlich ...

... WIRTSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Burglauer wird, so wie heute auch, sein Hauptaugenmerk auf die Neuansiedlung, den Bestand und die Festigung der ansässigen und neuen mittelständischen Handwerks- und Fachbetriebe legen. Die Versorgungseinrichtungen im Ort stehen auch 2038 allen Bürger/innen, vor allem auch der steigenden Zahl von älteren Bewohnern, zur Verfügung. Durch seniorenfreundliche Einrichtungen im Bereich von Tagespflege, der Schaffung von Wohnraum und evtl. von Betreuungseinrichtungen werden weitere Arbeitsplätze im Ort zur Verfügung stehen.

Georg Straub,

Gemeinde Hohenroth:

Die Gemeinden haben sich im Schatten der Kreisstadt positiv weiterentwickelt und profitieren weiterhin vom wirtschaftlich gut aufgestellten Standort Bad Neustadt.

Richard Knaier,

Gemeinde Niederlauer:

Die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung in unserem Land hat dazu geführt, dass die Steuereinnahmen sich auf hohem Niveau stabilisiert haben. In der Folge haben die Kommunen der VG Bad Neustadt ihre Infrastruktur größtenteils

erneuert und die Verschuldung auf ein geringes Niveau gesenkt.

Michael Pöhnlein, Gemeinde Rödelmaier:

Die Nähe zur Kreisstadt Bad Neustadt, insbesondere die Errichtung des Rhön-Klinikum-Campus, kann unserer Gemeinde entsprechende Impulse geben. Mit dem bereits geplanten interkommunalen Gewerbegebiet Bad Neustadt – Rödelmaier sind wir darauf gut vorbereitet.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Eine wirtschaftliche Entwicklung über 20 Jahre ist schwer vorauszusagen, da wir zu sehr von der gesamten Weltwirtschaft abhängig sind. Schaut man jedoch auf die geographisch zentrale Lage unserer Region, so wage ich es, eine positive Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinde Salz und ihr Industriegebiet vorherzusagen.

Rudolf Zehe, Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Schönau ist auch im Hauptort eine dörflich geprägte Gemeinde. Die Nähe zu Bad Neustadt wirkt sich auf die Gemeindeteile auf reine Wohnfunktion aus. Von zentraler Bedeutung ist die Transparenz bezüglich in der Region möglichen Ausbildungen, Berufs- und Karrierechancen bei der nachwachsenden Generation. Die Attraktivität des Lebensraumes muss in der Region be-

AUSBLICK – DIE BÜRGERMEISTER IM INTERVIEW NACH...

wusst weiterentwickelt werden, um in der regionalen Wirtschaftsattraktivität zu bestehen.

**Karola Back,
Gemeinde Strahlungen:**

Das Leben in der Stadt liegt bei jungen Menschen im Trend. Jedoch zieht es immer mehr Menschen mittleren Alters und junge Familien aufs Land. Das bedeutet Zuzug in unsere attraktive Wohn- und Wohlfühlgemeinde und eine Abmilde-

rung des Bevölkerungsrückgangs. Durch das daraus resultierende Angebot von mehr Beschäftigten wird auch die Ansiedlung bzw. Vergrößerung für Klein- und mittelständische Betriebe in den VG-Gemeinden interessant, was wiederum zu einem Mehrangebot an wohnortnahen Arbeitsstellen führt. Dazu trägt natürlich auch die Nähe zu den Städten Bad Neustadt, Schweinfurt und Würzburg und die Nähe zu der Autobahn A71 bei.

Weiterhin werden in unserer Region vermehrt Arbeitsplätze in der Herstellung von regionalen insbesondere von Bio-Produkten benötigt, da das Bewusstsein für gesunde Ernährung steigt.

Unsere Region wird aber insbesondere auch auf Grund des demografischen Wandels einen enormen Ausbau des Dienstleistungssektors erfahren.

... DEMOGRAFISCHER ENTWICKLUNG

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Ich erwarte durch die demografische Entwicklung für die Gemeinde keine gravierenden negativen, sondern eher positive Auswirkungen. Unsere Gemeinde wird als familien- und kinderfreundliche Wohngemeinde mit einem großen Angebot an Freizeitmöglichkeiten und allen für das Leben nötigen Einrichtungen von Kinderkrippe bis hin zur Seniorenpflege, vom Arzt, Gaststätten und Versorgungseinrichtungen gerade bei jungen Familien und vor allem der steigenden Zahl von Senioren weiterhin attraktiv sein.

Georg Straub,

Gemeinde Hohenroth:

Die Gemeinden haben dem prognostizierten deutlichen Rückgang der Bevölkerung getrotzt und haben

gegenüber 2018 rund 5% mehr Einwohner.

Richard Knaier,

Gemeinde Niederlauer:

Der Bevölkerungsrückgang wird an unseren Gemeinden größtenteils vorübergegangen sein. Einerseits weil die politisch Verantwortlichen eine vernünftige Siedlungspolitik betrieben haben, andererseits aber auch durch Investitionen in die Attraktivität der Altorte, wodurch die Leerstandsrisiken gesenkt werden konnten. Dadurch gelang es auch, das Durchschnittsalter in den Altorten signifikant zu senken.

Michael Pöhlein,

Gemeinde Rödelmaier:

Hier ist in Rödelmaier seit geraumer Zeit eine stetige Steigung festzustel-

len. Die Ausweisung neuer Wohnbaugebiete könnte sich durchaus fortsetzen.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Wenn auch viele Prognosen dagegen sprechen, so halte ich es für möglich, dass wir die negative demografische Entwicklung stoppen und durch Geburten und Zuzug in unserer Gemeinde zu einer positiven Trendwende kommen können. Durch die intakte Infrastruktur ist die Gemeinde Salz nach wie vor sehr beliebt als Wohnort für junge Familien. Wir werden unser Bestes geben, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Rudolf Zehe, Gemeinde Schönau

Der demographische Wandel in der Gemeinde Schönau mit seinen Ortschaften Schönau, Burgwallbach und

THEMENFELDERN

Kollertshof hat sich bis zum Jahr 2038 auf ein Niveau knapp über 1000 Einwohner eingependelt. Die Schönheit der Landschaft, die von Urlaubern gerne besucht wird, überzeugt sehr stark zum Leben hier.

**Karola Back,
Gemeinde Strahlungen:**

Der demografische Wandel wird auch unsere Region nicht verschonen. Die Einwohnerzahl wird schrumpfen. Die einzige Altersgruppe, die bis 2030 wächst, sind die über 65-jährigen.

Das ist eine Chance und eine Herausforderung zugleich.

Die Siedlungsentwicklung findet überwiegend im Ortskern statt. In unseren Gemeinden gibt es für alle Altersgruppen attraktive und bezahlbare Wohnangebote. Hier ist auch die wohnungsnahe Infrastruktur gesichert. Die öffentlichen Gebäude unserer Gemeinden sind barrierefrei gestaltet, ebenso die öffentlichen Plätze, Straßen- und Gehwege.

Der demografische Wandel bietet auch die Chance, dass sich viele Menschen ehrenamtlich engagieren und so ein sinnstiftendes Betätigungsfeld finden. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten stärken den sozialen Zusammenhalt unserer Gemeinschaft, erhöhen die Identifikation unserer Ortsbürger mit ihrem Wohnort und macht es möglich, dass in unseren Gemeinden viele zusätzliche Leistungen erbracht werden.

... BILDUNG UND SOZIALES

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

In zwanzig Jahren wird jungen Eltern auch noch eine Grundschule im Ort geboten. Mit unserem neuen Kindergarten mit Kinderkrippe sind wir jetzt, aber auch in der Zukunft, gut aufgestellt. Unter „Soziales“ sehe ich hier besonders die kirchlichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, die wir zu einer sinnvollen und attraktiven Freizeitgestaltung bieten können. Ich hoffe aber, dass sich der Trend „Ehrenamt – nein danke“ nicht fortsetzen wird. Dies würde dazu führen, dass immer mehr Vereine sich im Ort, aber auch mit Nachbargemeinden zusammenschließen müssten. Vielleicht gibt es bis dahin ein „Mehrgenerationenhaus“, wo sich junge mit älteren Menschen treffen können. Für Senioren werden verstärkt Bildungsangebote auf dem Programm stehen.

Georg Straub,

Gemeinde Hohenroth:

Im VG-Gebiet gibt es nur noch zwei Grundschulen und eine Mittelschule. In mehreren Gemeinden sind Schülerhorte vorhanden. Die Betreuung in der Kinderkrippe beginnt schon mit dem dritten Lebensmonat der Kinder. In allen Gemeinden sind dezentrale Einrichtungen für altersgerechtes Wohnen vorhanden.

Richard Knaier,

Gemeinde Niederlauer:

Den Eltern stehen ausreichend Kindergartenplätze sowie eine Auswahl an verschiedenen Schulen in allen Ebenen zur Verfügung. Dadurch besteht die Möglichkeit, je nach Eignung den entsprechenden Bildungsweg für die Kinder und Jugendlichen auszuwählen. Im Pflegebereich und in der Seniorenarbeit ist es gelungen, ein breit diversifiziertes Angebot

einzurichten, in welchem die Auswahl aus unterschiedlichen Lebens- und Wohnformen besteht. Trotz weiterhin bestehender zurückhaltender Bereitschaft zur Ehrenamtlichkeit sind die Ortsvereine eine wichtige Stütze des gesellschaftlichen Lebens in den VG-Gemeinden.

Michael Pöhnlein,

Gemeinde Rödelmaier:

In diesen Kernbereichen fällt in unserer Gemeinde sofort der Kindergarten auf, der in den nächsten Jahren wesentlich vergrößert wird. Auch unser vielfältiges Vereinsleben zähle ich zu diesem Bereich.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Bildung wird von den zukünftigen Generationen immer mehr abverlangen. Durch das Bereitstellen ausreichend vieler Krippen- und Kindergartenplätze sind die Weichen

AUSBLICK – DIE BÜRGERMEISTER IM INTERVIEW NACH

für die Zukunft in der Gemeinde Salz bereits gestellt. Auch im Grundschulbereich zeichnet sich eine immer größere Nachfrage nach Plätzen im Schülerhort ab. Die pädagogische Betreuung auch in den Nachmittagsstunden kann vielleicht gerade für Kinder aus sozial schwachen Familien zur Chance werden. Vielleicht werden wir in 20 Jahren auch eine Ganztageschule im Ort haben oder im Kindergartenbereich über schichtarbeiterfreundliche Betreuungszeiten nachdenken müssen.

Rudolf Zehe,

Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Durch Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Attraktivität und Intensität durch Steigerung der Lebensqualität wurde die Bildung der jungen Generation aber auch die Lebens-

qualität stark verbessert. Es wurde ein Weg gefunden, die Trennung – wie sie 2018 für Kinder, Jugend, Erwachsene und Senioren herrschte – zu überwinden.

Karola Back,

Gemeinde Strahlungen:

Unsere Schulen sind mit den neuesten Medien für ein zeitgemäßes Lernen ausgestattet. Sogenannte Lernpaten, das sind z. B. ältere Menschen oder Mitglieder von Vereinen vermitteln Wissen aus ihrer Lebenserfahrung. Dadurch wird die Alltags- und die Sozialkompetenz gestärkt.

Jede Gemeinde unterhält einen Schülerhort, sodass die Jugendlichen nach der Schule in ihre Gemeinden zurückkehren können und nicht durch die ganztägige Abwesen-

heit den Bezug zum Ort verlieren. Die einzelnen Vereine bringen sich in die Hortbetreuung mit ein, damit die Jugendlichen die Möglichkeit haben, die Vereine kennen zu lernen. Das dient auch der Nachwuchsförderung und baut eine größere Bindung an den Ort auf.

In unseren Gemeinden sind Strukturen geschaffen, damit ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer eigenen Häuslichkeit bleiben können und die selbstständige Lebensführung bis ins hohe Alter gesichert ist. Das können Nachbarschaftshilfen, Seniorengenosenschaften, Helfende Hände usw. sein. Diese Strukturen werden ebenso dazu genutzt, um Familien bei Ihrer Alltagsbewältigung zu unterstützen.

... ÖFFENTLICHEM PERSONENNAHVERKEHR

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Unsere sehr gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr wünsche ich mir auch noch in zwanzig Jahren. Wir haben einen Bahnhofschluss mit sehr guten Anbindungen und gute Busverbindungen. Diese Möglichkeiten zu erhalten, sollte unser oberstes Ziel sein. Es gibt Seniorenfahrdienste, vielleicht fahren auch Elektrobusse. Ob es dann schon Haltestationen für die propagierten Flugtaxis gibt, wird die Zeit mit sich bringen.

Georg Straub,

Gemeinde Hohenroth:

Im gesamten VG-Gebiet verkehren im Stundentakt autonome, batteriebetriebene Stadtbusse.

Richard Knaier,

Gemeinde Niederlauer:

Durch eine intensive interkommunale Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt, der NES-Allianz und dem Landkreis ist fast jede Kommune der VG mit einer mehr oder weniger

engen Taktung an die Kreisstadt sowie an die Zentren Schweinfurt und Würzburg angeschlossen.

Michael Pöhnlein,

Gemeinde Rödelmaier:

Mit der Neuaußschreibung der Buslinie Eichenhausen – Bad Neustadt wird die gute Anbindung an die Kreisstadt auch weiterhin aufrechterhalten. Vor allem in den Plänen des bayerischen Ministerpräsidenten zur Angleichung der Tickets im Personennahverkehr als „gesamt-

THEMENFELDERN

bayerische Lösung“ sehe ich hier eine Chance.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Nicht zuletzt durch die Entwicklung der Technik, wird sich der öffentliche Personennahverkehr wandeln. Wir werden neben den Linienfahrten zwischen den VG-Gemeinden und der Stadt Bad Neustadt womöglich durch selbstfahrende Kleinbusse eine optimale Abdeckung der Bedürfnisse im Nahverkehr erreichen können.

Rudolf Zehe, Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Mit der Abnahme der Bevölkerung wurden die öffentlichen Transportmittel immer wichtiger, sie übernehmen eine wichtige Funktion für die weniger mobilen Menschen, wie Kinder, Jugendliche und Senioren. Die genannten Personengruppen können nun auf die sehr gut ausgebauten Angebote ÖPNV - mit fahrerlosen Fahrzeugen - zurückgreifen. Es wurde erkannt, dass durch die Verbesserung der Verbindungen zu

den Mittelzentren die Existenz bzw. die gesellschaftliche Teilhabe in den Ortschaften gewährleistet und gegenüber 2018 stark verbessert wurde.

Karola Back, Gemeinde Strahlungen:

In unseren VG Gemeinden gibt es einen flexiblen, bedarfsoorientierten Personennahverkehr.

... DIGITALISIERUNG

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Jeder Haushalt wird mit einem Glasfaseranschluss und somit einem Gigabit-Netz versorgt sein, die Möglichkeit der bargeldlosen Zahlung wird von den Bürger/innen genutzt. Die Bürger/innen können Verwaltungsdienstleistungen über ein digitales Bürgerportal in Anspruch nehmen.

abzuwickeln. Die Informationen der Gemeinden erfolgen größtenteils digital und über Apps, mit denen die Bürger schnell die Angebote ihrer Gemeinde nutzen können. Dabei wird auch die Möglichkeit angeboten, mit Verwaltung oder politischen Verantwortlichen online in Kontakt zu treten. Dies geschieht in der Regel mit mobilen Endgeräten.

Fortschritte machen und in viele Bereiche der Arbeitswelt einziehen. Je doch wird auch sie an ihre Grenzen stoßen, denn nicht alles in der Welt lässt sich auch digital abbilden.

Georg Straub, Gemeinde Hohenroth:

95% der Haushalte in den VG-Gemeinden sind an das Glasfasernetz angeschlossen.

Michael Pöhnlein, Gemeinde Rödelmaier:

Die Errichtung eines sog. „Hotspots“ zur Internetnutzung ist in Planung. Darüber hinaus ist die Gemeinde in diesem Bereich dank der Bemühungen des Landratsamts bereits gut aufgestellt.

Rudolf Zehe, Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Beginnend mit der Digitalisierung nach der Jahrtausendwende ist auf diesem Feld ein enormer Wandel vollzogen worden. Es ist kaum vorstellbar, wie weit sich bis 2038 die digitalen Netzwerke weiterentwickeln.

Richard Knaier, Gemeinde Niederlauer:

Von vielen Bürgern wird das Angebot der Verwaltung genutzt, die angebotenen Dienstleistungen online

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Die Digitalisierung wird unweigerlich

Karola Back, Gemeinde Strahlungen:

Hinsichtlich der Digitalisierung sind unsere Gemeinden auf dem der Entwicklung entsprechenden, neuesten Stand.

AUSBLICK – DIE BÜRGERMEISTER IM INTERVIEW NACH

Unsere VG-Gemeinden sind digitale Gemeinden und schöpfen alle Möglichkeiten aus. Beispielsweise können Lebensmittel aus den Dorfläden digital bestellt und nach Hause ge-

liefert werden. Durch die Digitalisierung findet in unseren Kindergärten eine kindgerechte Medienbildung statt. Ebenso wird durch die Digitalisierung ein Notrufsystem für ältere

Menschen aufgebaut und eine Dorffunk-App eingerichtet.

Der Handyempfang funktioniert in allen VG-Gemeinden gleichermaßen.

... ORGANISATION DER VERWALTUNG

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Die Zentralisierung und Digitalisierung der Verwaltung wird sich rasch fortsetzen. Formulare, Anträge und Beantragungen werden überwiegend digital über das Internet beantragt und zugesandt werden. In den Gemeinden werden die Bürger auch in 20 Jahren jederzeit einen kompetenten Ansprechpartner haben.

Georg Straub,

Gemeinde Hohenroth:

Die Digitalisierung wird die Verwaltung deutlich verändern. Die Arbeitsplätze und die Aufgaben werden sich in den kommenden 20 Jahren den veränderten Anforderungen anpassen. Viele Routineaufgaben werden wegfallen.

Richard Knaier,

Gemeinde Niederlauer:

Den politisch Verantwortlichen und der Geschäftsleitung der VG ist es gelungen, das hohe Niveau der Qualifikation der Mitarbeiter auszu-

bauen. Dies geschieht insbesondere auf fachlicher Ebene. Die Mitarbeiter verstehen es aber auch, nicht nur Erfüllungsgehilfen der Politik zu sein, sondern aktiv an der positiven Entwicklung der sieben VG-Gemeinden mitzuwirken.

Michael Pöhnlein, Gemeinde Rödelmaier:

Diese ist in den Händen der Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt bestens aufgestellt.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Die Organisation der Verwaltung wird sich in den nächsten 20 Jahren nicht sehr stark verändern, denn gut funktionierende Organisationen zeichnen sich durch eine lange Kontinuität aus.

Rudolf Zehe,

Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Der Bürger erledigt seine wenige Kommunikation mit der Verwaltung von Zuhause aus, da alle Daten di-

gitalisiert wurden und keine Abgleichung bzw. Änderung der Daten händig mehr nötig sind.

Karola Back,

Gemeinde Strahlungen

Der Dienstleistungs- und Qualitätsgedanke in der Verwaltung wird weiter vertieft. Die Verwaltung reagiert auf den demografischen Wandel hin zu einer zugehenden bzw. mobilen Verwaltung und Beratung vor Ort. Das bedeutet, alte und gebrechliche Menschen oder Menschen mit Behinderungen kommen nicht in die Verwaltung, sondern die Verwaltung kommt zu den Menschen vor Ort. Das bedeutet auch, dass die Mitarbeiter speziell geschult werden.

Das Verwaltungsgebäude selbst ist barrierefrei ertüchtigt. Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind ausgeschöpft.

THEMENFELDERN

... CHANCEN UNSERES RAUMES

Kurt Back, Gemeinde Burglauer:

Ich denke, dass unser Raum auch in Zukunft gute Chancen haben wird. Durch den zukunftsträchtigen Bau des Rhön-Klinikum Campus werden die Gemeinden der VG Bad Neustadt, ebenso wie die umliegenden Kommunen, von den dort beschäftigten Mitarbeitern und Besuchern profitieren. Auch die gerade laufenden Investitionen mittelständischer und internationaler Betriebe in Bad Neustadt sehe ich als sehr positiv. In unmittelbarer Nähe zur Kreisstadt und einen Katzensprung von der Industrie in Schweinfurt gelegen, kann Burglauer mit seiner nahezu optimalen Verkehrsanbindung als familienfreundliche Wohnortgemeinde optimistisch der Zukunft entgegensehen.

Georg Straub, Gemeinde Hohenroth:

Die Gemeinden werden die sich bietenden Chancen unseres Raumes nutzen und sich erfolgreich den neuen Herausforderungen stellen.

Richard Knaier, Gemeinde Niederlauer:

Die Bewohner im Landkreis Rhön-Grabfeld haben erkannt, dass die Rhön nicht nur eine wunderschöne Region ist, sondern bei uns auch attraktive Arbeitsplätze, in der Industrie, im Handel, im Handwerk aber auch bei vielen Dienstleistern vorhanden sind. Das Angebot an kul-

turellen und gesellschaftlichen Angeboten ist reichlich und vielfältig. Dadurch wurde ein qualitativ hochwertiges Lebensumfeld geschaffen und es wird es nur noch partiell notwendig sein, der Region den Rücken zu kehren.

Michael Pöhnlein, Gemeinde Rödelmaier:

Hier sehe ich eine große Vielfalt. Der Trend „auf's Land“ zu ziehen ist ungebrochen. Unsere reizvolle Region ist – wie sogar die Zeitschrift Focus neben anderen Studien bestätigt – etwas ganz Besonderes. Als große Chance sehe ich deshalb unsere hohe Lebensqualität.

Martin Schmitt, Gemeinde Salz:

Ich sehe für unseren Raum in vielerlei Hinsicht sehr gute Chancen für die Zukunft. Unsere Region wird als Wohn- und Arbeitsort an Attraktivität gewinnen. Das gute soziale Umfeld wird junge Familien in unsere Region holen und die Abwanderung aus der Rhön stoppen. Außerdem werden das hohe Lohnniveau und die Einstellung der Menschen zu ihrer Arbeit und ihrem Arbeitsplatz auch neue Arbeitgeber in unsere Region bringen, was für alle zu einer positiven Entwicklung führen wird.

Rudolf Zehe,

Gemeinde Schönau a. d. Brend:

Unser Raum wird sich in den nächsten 20 Jahren als Mittelpunkt von Europa sehr stark als Urlaubs-/Freizeitregion weiterentwickelt haben. Unser Raum wird dadurch aber auch ein Vielvölkerraum werden, in dem verschiedene Kulturen nebeneinander wohnen werden.

Karola Back, Gemeinde Strahlungen:

Durch die verschiedenen Maßnahmen des ILEK und des ISEK werden unsere Gemeinden immer mehr zu attraktiven Wohn- und Wohlfühlgemeinden mit einer guten Infrastruktur umgestaltet. Das zieht Menschen, die gerne aus der Stadt weg ziehen möchten, in unsere Region. Der Tourismus- und Dienstleistungssektor wird weiter ausgebaut und schafft dadurch weitere attraktive Arbeitsplätze.

Herzlichen Dank
für die Teilnahme am Interview

DANKE

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der VG sowie allen Interviewpartnern bedanken, die bei der Erstellung der Jubiläumszeitung mitgewirkt haben. Ohne eure Ideen und Beiträge hätte diese Festschrift nicht entstehen können.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Verwaltungsgemeinschaft Bad Neustadt

Gemeinschaftsvorsitzender:

Richard Knaier

Konzeption:

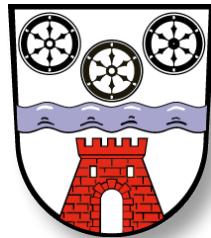
Bernhard Rösch und Kathrin Ihls

Layout & Druck:

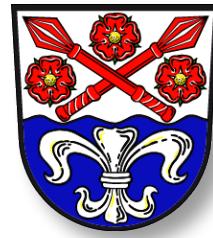
Druckerei Lang, Bad Neustadt



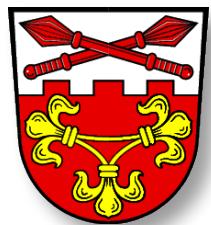
Redaktion: Bernhard Rösch, Erwin Kruczek, Walter Vey, Wolfgang Herbert, Christa Volkheimer, Heidi Ullrich, Claudia Schmitt, Lisa Mauer, Kathrin Ihls



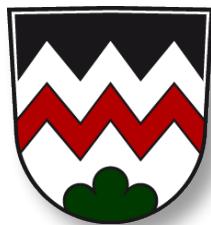
GEMEINDE
BURGLAUER



GEMEINDE
HOHENROTH



GEMEINDE
NIEDERLAUER



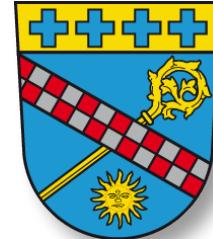
GEMEINDE
RÖDELMAIER



GEMEINDE
SALZ



GEMEINDE
SCHÖNAU A. D. BREND



GEMEINDE
STRAHLUNGEN